

Merc.

25

P

Bidemann

Merc.

25¹

WIENER STADTBIBLIOTHEK

VERZEICHNIS

DER BÜCHER DER VERZEICHNIS

DER SCHULBIBLIOTHEK

IN DER VERZEICHNIS

VERZEICHNIS DER BÜCHER DER VERZEICHNIS

WIEN

VERZEICHNIS DER BÜCHER DER VERZEICHNIS

VERZEICHNIS DER BÜCHER DER VERZEICHNIS

1868

Merc. 25^{fl}

DIE
WIENER STADT-BANK,
IHRE ENTSTEHUNG,
IHRE EINTHEILUNG UND WIRKSAMKEIT,
IHRE SCHICKSALE

VON
DR. H. IGNAZ BIDERMANN.

(Aus dem XX. Bande des von der kais. Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Archivs für
Kunde österreichischer Geschichtsquellen besonders abgedruckt.)



WIEN.

AUS DER K. K. HOF- UND STAATSDRUCKEREI.

IN COMMISSION BEI KARL GEROLD'S SOHN, BUCHHÄNDLER DER KAISERLICHEN AKADEMIE
DER WISSENSCHAFTEN.

1859.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

I. Entstehung der Bank.

I. Die Finanzlage Österreichs im Anfange des XVIII. Jahrhunderts.

Als der spanische Successionskrieg ausbrach, schwankte das Staatseinkommen in Österreich noch dergestalt von Jahr zu Jahr, dass nie auf das richtige Einlangen eines bestimmten Betrags im Voraus gerechnet werden konnte. Es fehlten auch alle Anhaltspunkte, worauf sich ein sicherer Calcul hätte gründen lassen.

Was die Regierung an Grundsteuer bezog, richtete sich nach der grösseren oder geringeren Opferwilligkeit der einzelnen „Landschaften“, denen die Entscheidung darüber, so wie die Einhebung der resolvirten Summen zustand. Abgesehen nun davon, dass der Stände Geneigtheit zum Steuerzahlen in einem völlig unberechenbaren Masse bald zunahm, bald wieder sich verminderte¹⁾: war ein verlässlicher Voranschlag des Grundsteuer-Ertrags schon darum nicht ausführbar, weil oft noch nach Erledigung der Landtags-Postulate, beim Sammeln der Gelder nämlich, unbesiegbare Schwierigkeiten auftauchten, denen zufolge dann die wirklich abgelieferte Summe hinter der versprochenen um ein Namhaftes zurückblieb²⁾.

Die Stände kannten eben einerseits die Contributionsfähigkeit der ihrem Besteuerungsrechte unterworfenen Objecte selber viel zu wenig, als dass sie deren Grenze nicht hin und wieder hätten überschreiten sollen, und andererseits gebrach es ihnen an der nöthigen Executivgewalt, um säumige Schuldner der Contributionskasse zum Einhalten der Zahlungstermine zu zwingen. Sie waren froh, wenn Steuer-Rückstände nach jahrelangem Hin- und Herreden endlich flüssig wurden, ohne dann viel an eine exemplarische Bestrafung der Säumigen zu denken³⁾.

In einzelnen Provinzen hatte zwar dieses Unwesen zunächst keinen Einfluss auf die Staatseinkünfte, weil die dortigen Stände übereingekommen waren, den sich am präliminirten Steuerertrage ergebenden Abgang

jeweilen aus der Domesticalkasse oder durch Zuhilfenahme ihres Credits zu suppliren⁴⁾; dafür gab es aber wieder Länder, wo derlei Rückstände zum Nachtheile der Finanzen vorläufig unersetzt blieben und in Bezug auf deren Beiträge zum Staatshaushalte daher die peinlichste Ungewissheit herrschte.

Auch musste die Staatsverwaltung stets in der Besorgniss schweben: es würden die Stände der einen oder anderen Provinz plötzlich wegen eingetretener Erschöpfung des Landes sich insolvent erklären, was auch zuweilen geschah. Denn die Stände wussten, wie gesagt, selber nicht genau, wie weit sie in der Anwendung ihres Besteuerungsrechtes gehen durften, ohne das Stammvermögen zu afficiren, da die alten Kataster äusserst mangelhaft angelegt waren und auf ihre Ergänzung und Berichtigung geringe Sorgfalt verwendet wurde⁵⁾.

War aber auch eine Landschaft mit der Steuerkraft ihres Landes näher vertraut: so hütete sie sich doch, der Staatsverwaltung davon eine wahrheitsgetreue Mittheilung zu machen. Vielmehr war es Grundsatz der Stände: in die von ihnen verwahrten Kataster und sonstigen Orientirungs-Behelfe der Regierung nicht die geringste Einsicht zu gewähren und ohne geziemende Rücksicht darauf bei jeder ein Steuer-Postulat betreffenden Verhandlung über „Geldmangel“ und „schlechte Zeiten“ zu klagen, so dass die Regierung fast nie genau wusste, woran sie war⁶⁾. Nur durch List oder Gewalt-Androhung gelang es ihr zuweilen, hinter den wirklichen Sachverhalt zu kommen. Eben so eifrig liessen sich die Städte die Geheimhaltung der in ihrer Verwahrung befindlichen Grundbücher und Häuser-Rollen angelegen sein, obschon sie den Nachforschungen der Regierung nicht denselben Widerstand entgegenzusetzen wagten wie die Stände. Die Folge hievon war, dass auch der anzuhoffende Ertrag der Häusersteuer sich den Berechnungen der Finanzverwaltung entzog.

Um nichts besser war letztere in Betreff der häufig ausgeschriebenen Kopf- und indirecten Steuern daran. Denn weder über die Volksmenge, noch über die Vermögensvertheilung und den individuellen Güterverbrauch lagen ihr verlässliche Daten vor. Die administrative Statistik, ohne welche eine stichhaltige Vorausberechnung des Ertrags solcher Auflagen gar nicht denkbar ist, war eben erst im Entstehen⁷⁾. Auch waren die bezüglichlichen Control-Massregeln so unvollkommen und von so ungleicher Wirksamkeit, dass in Ansehung der indirecten Steuern nicht einmal aus dem Ertrage des jüngstverflossenen Jahres auf den des nächstfolgenden mit einiger Sicherheit geschlossen werden konnte. Die

wenigen „Überreuter“, welche den Dienst der heutigen Finanzwache versahen, mussten ihrer geringen Anzahl wegen auf die Bewachung der Landesgrenzen und Strassenkreuzungen sich beschränken und kannten viele Orte ihres Bezirkes kaum dem Namen nach.

Was endlich den Ertrag der Gebühren (Taxen), der Regalgefälle und des werbenden Staatsvermögens (worunter wir die Domänen, Ärarial-Fabriken und vom Staate betriebenen Bergbaue verstehen) aubelangt: so variirte derselbe in Gemässheit der Natur dieser Einkünfte noch weit greller, als jener der vorerwähnten Einkommensquellen. Es verhielt sich damit beinahe wie mit den Zuflüssen, welche der Finanzverwaltung durch den Heimfall erledigter oder verwirkter Lehensgüter, durch die Einziehung von Verlassenschaften, für die kein berechtigter Erbe sich vorfand, oder in der Gestalt auferlegter Geldbussen (Pönfälle) sich darboten und mit Recht „Zufälligkeiten“ („Casualitäten“) hiessen.

Aber nicht nur vielen Schwankungen unterworfen und unzuverlässig waren Österreichs öffentliche Einkünfte zur fraglichen Zeit, sondern sie genügten auch in quantitativer Hinsicht keineswegs, die sich häufenden Staatsauslagen prompt zu bestreiten.

Noch beim Regierungsantritte Kaiser Karl's VI. standen der Hofkammer zur Bestreitung der Kosten des kais. Hofhaltes und der gesammten Civil-Administration in den sogenannten Erblanden, so wie behufs der Verzinsung einer Schuldenlast von 24 Millionen Gulden nicht mehr als 4,800.000 fl. zur Verfügung⁸⁾.

Die Anwerbung, Ausrüstung und Verpflegung der Truppen hatten in finanzieller Beziehung in der Regel die Kriegskassen der einzelnen Provinzen zu besorgen. Diese aber waren von den Ständen, denen dies oblag und die zu diesem Ende die Landtags-Bewilligungen direct dahin abführten, so schlecht dotirt, dass das Militär oft selbst in Friedenszeiten seinen Sold nicht nach Gebühr erhielt und in Kriegszeiten sich geradezu aufs Plündern angewiesen sah. Die Correspondenz, welche die damaligen österreichischen Heerführer: Markgraf Ludwig von Baden, Prinz Eugen von Savoyen und Graf Guido von Starhemberg, unter sich sowohl, als mit den höchsten Regierungs-Behörden führten, ist voll von Klagen über den deruten Zustand der Armee und schildert dieselbe als ein undisciplinirtes Conglomerat von Soldaten, die halbnackt und hungernd einherzogen und weit häufiger den Entbehrungen als feindlichen Geschossen erlagen⁹⁾. Die umfassendsten strategischen Kenntnisse und die höchste kriegerische Bravour vermochten unter solchen Verhältnissen

nur geringe Erfolge zu erzielen, und waren vollends fruchtlos, wenn die Feldherren nicht auch aufs Bestürmen der Finanz-Behörden sich verstanden. Dies hatte aber wieder zur Folge, dass die einzelnen Truppenkörper oft in entscheidenden Momenten ohne Führer waren, weil diese eben in Wien weilten, um dort eine ausreichende Unterstützung ihrer Operationen durch Geld zu erwirken. Gelang es dem einen oder anderen Feldherrn, eine erkleckliche Summe zu erobern, so glich die Überführung derselben ins Lager einem Triumphzuge, so selten trug sich ein derartiges Ereigniss zu ¹⁰⁾.

Die Regierung liess den Ständen gegenüber kein Mittel unversucht, diesem Jammer zu steuern. Sie bat, drohte und zwang, wo nur immer eine solche Nöthigung mit einiger Aussicht auf Erfolg und ohne Aufstandsgefahr sich anwenden liess. Dieses Verfahren hatte sich in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts auch oft als wirksam erprobt; als aber die Regierung dasselbe beim Ausbruche des spanischen Successionskrieges neuerdings in Anwendung brachte, musste sie alsbald gewahr werden, wie sehr am Vermögen herabgekommen die Unterthanen mittlerweile waren. Die Stände zeigten sich zwar damals gefügiger als gewöhnlich ¹¹⁾, allein die Bauern, auf deren Kosten diese enorme Bereitwilligkeit in den mannigfachsten Beschlüssen sich kundgab, widersetzten sich dem Vollzuge letzterer in einigen Gegenden mit bewaffneter Hand oder stiessen mindestens bedenkliche Drohungen aus, betheuernd, dass man Unerschwingliches von ihnen verlange ¹²⁾. Damit hatte es freilich nur insoferne seine Richtigkeit, als die ausgeschriebenen Steuern neben den Giebigkeiten, welche die Bauern an ihre Herrschaften zu entrichten gehalten waren, zumal unter dem Drucke der Robot- und Zehentpflicht, von jenen nicht erschungen werden konnten ¹³⁾, und es würde der gedachte Anstand sich sogleich behoben haben, wenn die Herrschaftsbesitzer zum Vortheile des Staates auf einen Theil ihrer Urbarial-Einkünfte hätten verzichten wollen; so weit aber erstreckte sich die Opferwilligkeit, welche dieselben auf den Landtagen und in den ständischen Ausschuss-Conventen offenbarten, keineswegs; vielmehr drangen sie mit unerbittlicher Strenge auf die Leistung besagter Prästationen, um solchergestalt sich für die Steuern, die sie von ihrem eigenen Vermögen zu entrichten sich verbindlich gemacht hatten, einigermaßen schadlos zu halten ¹⁴⁾. Es musste also die Regierung, wollte sie es nicht auf eine allgemeine Empörung des Bauernstandes ankommen lassen, ihre Steuerforderungen, statt sie im Einklange mit der wachsenden Staatsgefahr zu

steigern, im Gegentheile ermässigen, besonders da französische, baierische und ungarische Emissäre die gereizte Stimmung der Bauern für revolutionäre Zwecke auszubeuten suchten ¹⁵).

Diese Einwirkung aufrührerischer Bestrebungen verkürzte nicht nur die Regierung an ihrem Einkommen, sondern verursachte auch neue Auslagen, da ihretwegen in den einzelnen Provinzen eine grössere Truppenzahl unterhalten werden musste, als sonst nöthig gewesen wäre. Sie gereichte also dem österreichischen Finanzwesen in doppelter Beziehung zum Nachtheile, und bereitete der Hofkammer eine um so grössere Verlegenheit, als die gleichzeitigen politischen Constellationen es nothwendig machten, drei Armeen nach Aussen hin zu beschäftigen, und es überdies die ungarischen Insurgenten wenigstens von einem Einfalle ins erbländische Gebiet abzuhalten galt.

Dass das revolutionäre Ungarn weder Steuern nach Wien sandte, noch Gefälle dahin ablieferte, sondern vielmehr dessen Bekämpfung den Ertrag anderer Kronländer verschlang, versteht sich von selbst.

Andererseits drangen die nicht durch Hypotheken gedeckten Staatsgläubiger, deren Forderungen sich zum Theile noch aus dem XVI. Jahrhunderte herschrieben, wenn sie gleich längst auf Zurückerlangen des Capitals verzichtet hatten, doch mit desto grösserer Energie auf die pünktliche Bezahlung der Interessen, welche allein jährlich mehrere Millionen absorbirten ¹⁶). Diesen Bedarf von Jahr zu Jahr aufzubringen, war die schwierigste und zugleich dringendste Aufgabe der Hofkammer. Es handelte sich da um die Erhaltung des Staatscredits, der unter den vorerwähnten Umständen oft die einzige Quelle war, aus welcher die Hofkammer in Eile Hilfsmittel zu schöpfen vermochte. Alle übrigen Staatserfordernisse liessen sich im Nothfalle durch einige Zeit auch ohne baare Bezahlung herbeischaffen: den Truppen konnte anheim gegeben werden, selbst für ihren Unterhalt zu sorgen; den Beamten konnte bedeutet werden, sie möchten ein paar Monate lang sich mit ihrem Privatvermögen oder durch's Schuldenmachen gegen späteren Ersatz behelfen; ja selbst der Hofstaat konnte bewogen werden, zeitweilig auf Borg zu leben. Allein die Staatsgläubiger liessen sich durch keine leeren Versprechungen beruhigen, sondern wollten von Termin zu Termin pünktlich und baar bezahlt sein, widrigenfalls sie laut über das ihnen widerfahrene Unrecht klagten und dem Staate dadurch seinen Credit entzogen. Dieser also konnte nur durch genaues Zuhalten der bezüglichen Zahlungstermine, hierdurch aber auch um so gewisser

erhalten werden, als es zu jener Zeit den meisten Capitalisten nur um eine sichere, d. h. den geregelten Interessenbezug verbürgende Anlage und nicht um eine jederzeit kündigbare Placirung ihrer Capitalien zu thun war. Erwies sich die Hofkammer den Staatsgläubigern gegenüber stets als eine pünktliche Zahlerin der stipulirten Interessen, so konnte sie getrost in die Zukunft blicken: sie erhielt nicht nur jährlich so viel dargeliehen als sie brauchte, um die alten Schulden zu verzinsen, sondern noch ansehnliche Summen darüber hinaus.

Man sollte nun meinen, die Hofkammer habe gerade, weil dieses Mittel, Geld zu erhalten, ein so einfaches war, und es nur einer gewissen Pünktlichkeit bedurfte, um dessen Wirksamkeit zu perpetuiren, nie diese Bedingung ausser Acht gelassen und stets die betreffenden Zahlungstermine mit der grössten Genauigkeit eingehalten. In der That aber liess sie sich hierin die grösste Nachlässigkeit zu Schulden kommen, so dass ihr, d. h. des Staates Credit von Jahr zu Jahr sich verminderte.

Viel trugen dazu ohne Zweifel die Mängel der früheren Buchführung bei, welche eine genaue Kenntniss des Schuldenstandes verhinderten, und zur Folge hatten, dass oft plötzlich Staatsgläubiger auftauchten, deren Ansprüche der Hofkammer bis dahin völlig unbekannt gewesen waren¹⁷⁾. Dazu kam dann noch, dass oft Gelder, die schon zur Abfertigung der Staatsgläubiger bereit lagen, unbedachter Weise kurz vor dem Zahlungstermine anderweitig verwendet wurden, ohne dass sie mehr rechtzeitig hätten ersetzt werden können.

Endlich darf nicht unerwähnt bleiben, dass die frechen Defraudationen, welche damals bei allen österreichischen Finanz-Behörden, die höchste nicht ausgenommen, im Schwange gingen, nirgends häufiger Platz griffen, als in jenem Departement der Hofkammer, dessen Aufgabe die Verzinsung der schwebenden Staatsschuld war. Geschah es doch unter dem Präsidenten Grafen Georg Ludwig Sinzendorf (1656—1679), dass Staatsgläubiger, wenn sie sich um ihr fälliges Geld dort meldeten, mit Thätlichkeiten abgewiesen wurden, weil es den betreffenden Beamten besser dünkte, das Geld für sich zu behalten, und Niemand um derlei Unterschleife sich kümmerte!¹⁸⁾

Allerdings führten die Nachfolger des Grafen Sinzendorf, gleich wie sie selbst durch grössere Rechtschaffenheit sich hervorthaten, auch eine strengere Aufsicht über ihre Untergebenen; dennoch aber wurde aus Unkenntniss und Missachtung finanzieller Grundsätze auch später noch von der Hofkammer eine Sünde um die andere wider die Natur des

Credits begangen, da der Kaiser, durch das heillose Gebahren des genannten Ministers gewitziget, sofort bei Besetzung der betreffenden Stellen sein Hauptaugenmerk auf Männer von erprobter Gerechtigkeitsliebe richtete, ohne viel darnach zu fragen, ob dieselben wohl auch die gehörige finanzielle Vorbildung besäßen.

Es wurden nun zwar liquide Forderungen gewissenhafter respectirt als ehemals, dafür aber verlegte sich die grossentheils aus Juristen zusammengesetzte Hofkammer mit advocatischer Erpichtheit aufs Bestreiten der Rechtmässigkeit aller Forderungen an sie, deren Rechtstitel nicht klar zu Tage lagen oder zweifelhaften Ursprungs waren, und schädete durch dieses rigore Verfahren dem Staatscredite noch mehr, als die Vorgänger der Juristen ihm durch ihre Unpünktlichkeit geschadet hatten. Denn die mit Processen hingehaltenen Staatsgläubiger empfangen nicht nur für den Augenblick keine Interessen, sondern sahen sich auch mit dem Verluste ihrer Ansprüche für alle Zukunft bedroht¹⁹⁾.

Es trug sofort Jedermann Bedenken, mit der österreichischen Hofkammer Darlehens-Contracte einzugehen, und es war demzufolge schon zu Ende des XVII. Jahrhunderts so weit gekommen, dass dieselbe nicht einmal Vorschüsse auf sichere Einkünfte und kurze Dauer anders als zu 12—20 pCt. erhielt²⁰⁾.

Daher konnten auch für die als liquid anerkannten und durchaus nicht bestreitbaren Forderungen bald nicht mehr die schuldigen Interessen bezahlt werden, und hatte man früher blos an der Geneigtheit der Hofkammer, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen, gezweifelt, dabei aber doch immer auf einen Personenwechsel, mit dem die Sache sich zum Besseren wenden würde, gehofft: so schwand nun auch der Glaube an die Zahlungsfähigkeit der Hofkammer und damit jegliche Aussicht auf eine geregelte Berichtigung jener Interessen.

Der hierdurch herbeigeführte Mangel an Credit erreichte im Jahre 1703, also gerade zur Zeit der grössten Bedrängnisse, die Österreich — abgesehen von der Türkengefahr des Jahres 1683 — unter Kaiser Leopold I. auszustehen hatte, seinen Höhepunkt.

Da nun, wie wir oben zeigten, die Regierung damals mit ihrem laufenden Einkommen kaum die gewöhnlichen Auslagen zu bestreiten vermochte, und folglich ohne Zuhilfenahme des Credits jenen Bedrängnissen schon gar nicht gewachsen war, so galt es vor Allem, die unterbrochenen Interessen-Zahlungen schleunigst und mit Hintansetzung kleinlicher Scrupel wieder aufzunehmen

und den Staatsgläubigern, welche ihrer contractlichen Verbindung mit der Hofkammer überdrüssig waren, Gelegenheit zur Lösung dieses Verbandes zu bieten.

Von dem Gelingen dieser Vorkehrung hing, so wie die Verhältnisse sich einmal gestaltet hatten, damals die Abwehr der Feinde, welche Österreich bedrohten, hing selbst die Rettung der Monarchie, die Fortdauer des österreichischen Staates ab²¹⁾.

2. Unmittelbare Anlässe.

Unter den Vorschlägen, welche der Regierung im Jahre 1703 von berufenen und ungerufenen Projectanten in Absicht auf die Herstellung des Staatscredits und behufs einer Reorganisation der zerrütteten Finanzen gemacht wurden, war auch der Plan einer Bank, durch deren Errichtung der Staat diese beiden Zwecke angeblich schnell und ohne besonderes Risiko sollte erreichen können.

Der Plan war in Kürze folgender:

„Die Regierung errichtet im eigenen Namen und unter eigener Haftung ein Institut, das seinen Functionen nach ganz einer Girobank gleicht, d. h. Guthaben, welche Jemand in seinen Büchern hat, durch Umschreibung auf Andere überträgt und solchergestalt das Zählen, Einkassiren, Wiederausbezahlen und Verpacken, mit einem Worte: das Rouliren der betreffenden Geldsummen entbehrlich macht.

In den Büchern des Instituts wird jedem Staatsgläubiger, dessen Forderungen sich als liquid darstellen, ein Folium eröffnet und auf demselben seine Forderung an den Staat ihm gutgeschrieben, so zwar, dass er diese von nun an ganz oder theilweise auf jede Person seiner Wahl durch die blosse Erklärung seines diesfälligen Wunsches in der Form eines „Giro-Zeddel's“ übertragen kann und der Cessionar sodann dieselben Rechte und Begünstigungen genießt, welche jener genossen hat.

Diese Rechte und Begünstigungen sind:

1. Das Recht, die Forderung weiter zu giriren.
2. Das Recht, so oft der eingelegte Bankfond es gestatten würde, den zehnten Theil aller ihm überwiesenen Schulden zu tilgen, die auf das betreffende Guthaben entfallende Rate zu beheben.
3. Die Begünstigung, dass derlei Guthaben nur im äussersten Falle, d. h. erst nachdem das ganze übrige Vermögen des Bankgläubigers in Execution oder Sequestration gezogen worden ist und sich als unzureichend zur Deckung der eingeklagten Forderungen erwiesen

hat, mit einem gerichtlichen Verbote belegt oder vom Gerichte sequestrirt werden können.

4. Die Begünstigung, dass derlei Guthaben keiner Entwerthung durch etwaige Devaluation der Geldsorten, auf welche sie lauten, unterworfen und steuerfrei sind.

5. Die Begünstigung, dass dieselben nicht confiscirt werden dürfen, es wäre denn, dass der betreffende Bankgläubiger einer Majestätsbeleidigung (*criminis laesae Majestatis*) schuldig befunden würde.

Um die Übertragbarkeit der Giroposten und den Umlauf der darauf ausgestellten Assignationen („Giro-Zeddel“) zu befördern, wird festgesetzt, dass jeder am Wiener Platze oder mit demselben Handel treibende Kaufmann gehalten ist, solche an Zahlungsstatt anzunehmen, so zwar, dass kein öffentlicher Notar, bei Verlust seines Amtes und Zahlung des fraglichen Betrags („*ejus, quod interest*“), einen hierauf bezüglichen Protest verfassen, und kein Gericht auf Execution erkennen darf, wenn der Geklagte seine Schuld auf jene Weise abzutragen sich bereit erklärt, d. h. mit anderen Worten: die Assignationen auf die kais. Giro-Bank erhalten Zwangscours.

Damit aber dieser Zwangscours dem Ärar unmittelbar zu Statten komme, behält der Kaiser sich vor, in eigener Person nach Massgabe der Bank-Dotation und mit Rücksicht auf deren bereits eingetretene Belastung Assignationen auf die Bank auszustellen, d. h. es werden vom Staate nach dessen freiem Ermessen Bancozettel mit Zwangscours in Umlauf gesetzt.

Um ferner dem Staate baare Darlehen zuzuwenden, wird bestimmt, dass alle Wechsler und Kaufleute Wiens bei ihrem Wechselverkehre sich der kais. Giro-Bank als eines unvermeidlichen Mediums zu bedienen haben, folglich, wenn sie nicht ehevor schon Staatsgläubiger sind, sich beeilen müssen, es zu werden.

Die Dotation der Bank soll vorläufig aus einem jährlichen Zuflusse von 4 Millionen bestehen und dem Contributionsfonde der Königreiche Ungarn und Böhmen, so wie dem Ertragnisse der österreichischen Erblande entnommen werden. Reicht der also gesammelte Fond hin, den zehnten Theil der gesammten Bankschuld abzutragen, so soll mit deren Tilgung der Anfang gemacht, und so oft dieser Fall eintritt, damit bis zur gänzlichen Abtragung derselben fortgefahen werden“ ²²).

Wer der eigentliche Urheber dieses Planes war, wissen wir nicht mit Bestimmtheit; doch hat es den Anschein, als sei derselbe von einem

Priester, der sich Abbate Norbis nannte, ausgegangen. Dieser war mindestens Mitglied der Commission, welche nachmals dessen Ausführung leitete, was zur Annahme berechtigt: er habe an dem Entwurfe mitgearbeitet, wo nicht allein ihn verfasst²³).

Der Plan mochte Anfangs wenig Anklang gefunden haben, da man in Wien unter der zaghaften und alle forcirten oder noch unerprobten Mittel scheuenden Regierung Kaiser Leopold's I. auf derlei Projecte nicht gut zu sprechen war, wie wir aus den dortigen Erlebnissen des Freiherrn Wilhelm v. Schröder ersehen. Dieser hatte zur Zeit, wo er in des Kaisers Diensten stand, die Absicht, in Wien eine Zettelbank, die zugleich mit Escomptiren und Beleihen von Depositen sich befassen sollte, ins Leben zu rufen. Er offerirte sein Project zuerst der Hofkammer und hierauf (kurz vor der zweiten Belagerung Wiens durch die Türken) den niederösterreichischen Ständen, jedoch ohne damit durchzudringen. Den Gewinn, welchen das Unternehmen abzuwerfen versprach, hätte man freilich gerne gezogen, allein man fürchtete, dadurch in ein Labyrinth von Verbindlichkeiten zu gerathen, aus dem es keinen Ausweg gäbe, und liess darum lieber den Antrag fallen²⁴).

Als aber 20 Jahre später das ersterwähnte Project in Wien auftauchte, war die Noth der Regierung zu gross, als dass sie nicht über die seiner Realisirung entgegen stehenden Bedenken sich hätte hinwegsetzen sollen. Denn zur allgemeinen Finanzcalamität gesellten sich noch besondere Fatalitäten. Es fallirte nämlich im Frühjahr 1703 das jüdische Banquierhaus Oppenheimer, ungeachtet die Zahlwoche der Leipziger Ostermesse, um dem bereits schwankenden Hause einige Zeit zur Erholung zu gönnen, ganz aussergewöhnlicher Weise um acht Tage verlängert worden war. Angeblich soll an diesem Fallimente die Wortbrüchigkeit der kaiserlichen Hofkammer Schuld gewesen sein; doch stand das genannte Banquierhaus auch mit anderen Hofkammern in Verbindung, die sich gleichfalls als säumige Schuldner mögen gezeigt haben, und es ist nicht unwahrscheinlich, dass dasselbe ohne gegründete Ursache blos zu seiner Entschuldigung sich auf die notorische Nachlässigkeit der kais. Finanz-Verwaltung berief.

Sei dem übrigens wie immer: der Fall dieses Hauses war für letztere ein harter Schicksalsschlag, da mit ihm die letzte Quelle, aus der ihr noch zuweilen Darlehen zuflossen, versiegte. Auch erklärte auf jenes Gerücht hin die gesamte Handelswelt: jeden Verkehr mit der kais. Hofkammer in so lange meiden zu müssen, als nicht die Forderungen

der Firma Oppenheimer an dieselbe zu Gunsten der am Fallimente Betheiligten sicher gestellt sein würden²⁵⁾.

Gleichzeitig liefen von den Schauplätzen des Krieges, in welchen Österreich sich der spanischen Succession halber verwickelt sah, die jämmerlichsten Nachrichten ein. Schon unterm 1. April 1703 hatte der in Italien wider das an Zahl weit überlegene Heer des Herzogs von Vendome streitende Graf Guido Starhemberg an den Prinzen Eugen von Savoyen nach Wien eine Depesche gesendet, worin er diesem anzeigte, dass sein Armeecorps aus Mangel an Geld und Munition beinahe kampfunfähig sei²⁶⁾. Ungefähr einen Monat später (am 6. Mai) vereinigte sich die französische Armee unter Villars bei Tuttlingen mit der baierischen unter dem Kurfürsten Max Emanuel, der nun nichts Geringeres im Schilde führte, als geraden Wegs auf die ihm schutzlos preisgegebenen Städte Prag und Wien loszugehen²⁷⁾. Wie übel daran aber die Rhein-Armee war, welche der Markgraf Ludwig von Baden commandirte, geht aus einem Briefe hervor, den dieser unterm 15. Juni 1703 von Heilbronn aus an den Kaiser schrieb und worin es heisst: „Es ist Alles auf die Extremität in Geldsachen kommen, so zwar, dass ich aus meinem Eigenen Alles, was ich vermocht, hergeben müssen und mit harter Mühe davon etliche 100 Gulden habe aufbringen können“²⁸⁾.

Unter dem erschütternden Eindrucke solcher Berichte genehmigte Kaiser Leopold, wenn auch ungerne, den gedachten Plan.

Das Patent, womit diese Allerhöchste Entschliessung kund gemacht wurde, ist, gleich den es ergänzenden Bank-Statuten, vom 15. Juni 1703 datirt, doch ohne Zweifel später erlassen und offenbar zurückdatirt²⁹⁾. Der Kaiser erklärt darin: dass die Oberaufsicht der Bank von ihm dem Fürsten Joh. Adam v. Liechtenstein und dem niederösterreichischen Landmarschall Grafen Otto Ehrenreich v. Traun-Abensberg übertragen worden sei, und begibt sich ausdrücklich und feierlich des Rechtes, über die der Bank gewidmeten Staatseinkünfte anderweitig zu disponiren.

Von einer Verzinsung der Staatsschulden, welche sofort an die Bank übergehen würden, ist aber darin keine Rede. Dieses Stillschweigen über einen so wichtigen Punkt erregte bei den Staatsgläubigern von Vorneherein den Verdacht: es sei die Errichtung der Bank nur ein Vorwand zur momentanen Beschwichtigung ihrer Besorgnisse, wogegen die öffentliche Meinung darin ein völlig ungerechtfertigtes Zugeständniss an die jüdischen Geldmäcker, denen die Regierung obligirt war,

erblickte, und um so heftigeren Unwillen darüber äusserte, als ihr diese Classe von Kaufleuten ohnehin längst ein Dorn im Auge war³⁰⁾. Der Wiener Handelsstand insbesondere fand es unerträglich, dass er zum Frommen jener Geldmäcker Wechsel nur mehr durch die Bank sollte ausstellen und auch nur durch sie sollte einkassiren können.

So erfuhr denn das Institut, bevor es noch ins Leben getreten war, Anfeindungen von allen Seiten. Vergebens suchte die Bank-Verwaltung die Staatsgläubiger wegen der Interessen durch eine Verlautbarung, worin sie dieselben zur Behebung der 4procentigen Zinsen nachträglich einlud³¹⁾, zu beruhigen; vergebens widerrief auch der Kaiser mittelst des sogenannten „Amplifications-Patentes“ vom 3. Juni 1704 die den Wechselverkehr betreffende Bestimmung des Patentes vom 15. Juni 1703, und stellte er unter Einem die Bank durch mancherlei Modificationen des ursprünglichen Programms auf eine festere Basis³²⁾: die Bank war und blieb in den Augen des grossen Publicums geächtet, und kam kaum dazu, diesem auch nur einige Lebenszeichen von sich zu geben.

Die dankenswerthe Absicht der Regierung, den grössten Theil der schwebenden Staatsschuld dadurch zu fundiren und dergestalt deren Tilgung mindestens anzubahnen, wurde fast nur von den höheren Kreisen der Gesellschaft anerkannt und mit vertrauensvoller Hingebung erwiedert. Es wirkte dort der persönliche Einfluss des allverehrten Fürsten Liechtenstein und die Achtung vor dem kaiserlichen Willen. Allmählich aber sagte sich auch der Adel von seiner Theilnahme an der kais. Giro-Bank los; der Graf Otto von Traun-Abensberg fand es unvereinbar mit seinem Landmarschall-Amte, die Oberinspection darüber zu führen, da hieraus auf eine Mithaftung der niederösterreichischen Stände (denen ohnehin die Übernahme einer diesbezüglichen Garantie von der Regierung öffentlich zugemuthet ward) hätte geschlossen werden können; Anderen bangte um das Geld, das sie in die Bank eingelegt und solchergestalt dem Staate vorgestreckt hatten, nachdem, wie die Regierung selbst später bekannte, „die dem angezielten instituto gewidmeten Mittel und Fundi aus unterschiedlichen Ursachen entweder unterbrochen worden oder nicht haben zum Effect gebracht werden können“³³⁾. Am längsten hielten der Fürst Liechtenstein und der Herzog Franz v. Moles, der nach dem Rücktritte des Grafen Traun dessen Stelle eingenommen zu haben scheint, bei dem Institute aus. Im October 1705 resignirten aber auch diese beiden Getreuen³⁴⁾ auf die ihnen anvertraute Bank-Inspection, von welchem Augenblicke an das Institut für erloschen gelten konnte.

Um aber den Staatsgläubigern einige Beruhigung über das ihren Forderungen nunmehr bevorstehende Schicksal zu gewähren, setzte Kaiser Joseph I., der mittlerweile die Regierung überkommen hatte, eine Commission ein, welche die Geschäfte der Bank bis zur Entscheidung der Frage, was mit jenen Forderungen zu geschehen habe, provisorisch fortführen sollte. Dieselbe bestand aus dem Statthalter von Nieder-Österreich, Grafen Ferd. Karl v. Welss, als Präses, und den beiden Hofkammerräthen Baron Thavonat und Herrn v. Krapf. Am 3. November 1705 übernahm sie die Administration der Bank, deren Zustand indessen, wie gesagt, ein hoffnungsloser war³⁵).

Nach den kläglichen Erfahrungen, welche die Regierung bei der Activirung dieses Instituts hatte machen müssen, war sie begreiflicher Weise nicht sonderlich geneigt, die damit betretene Bahn weiter zu verfolgen, und es würde daher wahrscheinlich fürderhin von allen Bankprojecten abgesehen worden sein, hätte nicht der Hofkammer-Präsident Graf Gundacker Starhemberg einem neuerlichen Versuche dieser Art das Wort geredet.

Dass die der kais. Giro-Bank zu Grunde liegende Idee nicht absolut verwerflich sei und, mit der gehörigen Umsicht durchgeführt, selbst sehr gute Früchte tragen könne, bewiesen die 4 $\frac{1}{2}$ Millionen, welche die Bank (freilich ihren Ruin dadurch beschleunigend) im März 1705 aus ihrem Fonde als ein „Superfluum“ an die Regierung abgeführt hatte³⁶). Was jedoch den bezüglichen Antrag des Grafen Starhemberg am meisten unterstützte und schliesslich auch zum Gesetz erhob, war das abermalige Zusammentreffen innerer Ohnmacht mit äusseren Gefahren.

Die Steuerkraft der Bürger und Bauern hatte während der vorausgegangenen drei Kriegsjahre eher noch ab- als zugenommen, und würde, auch wenn sie eine noch stärkere Anstrengung vertragen hätte, doch haben geschont werden müssen, weil der aufrührerische Geist, dessen wir bereits gedachten, immer weiter um sich griff³⁷). Selbst das sonst allezeit getreue Tirol blieb nicht frei von Anwandlungen der Empörungssucht, die sich besonders im Etsch- und Pusterthale bemerkbar machte³⁸) und eine Vermehrung der Abgaben nicht blos hier, sondern im ganzen Reiche unthunlich erscheinen liess. Der Adel aber war gleich dem Clerus zu sehr von der damals durch Deutschland verbreiteten und von Frankreich aus genährten Baulust ergriffen³⁹), als dass er nicht dem Steuermitleiden sich möglichst zu entziehen hätte trachten sollen. Die wenigen Ausnahmen hiervon, welche in seiner Mitte glänzten, wogen bei Weitem

nicht den Nachtheil auf, der für das gemeine Beste aus der Renitenz der Mehrzahl erwuchs. Auch litten durch die Ungunst der Zeitverhältnisse viele Herrschaften nicht minder als der Bürger- und Bauernstand⁴⁰⁾.

An eine Steigerung der Staatseinkünfte war also jetzt schon gar nicht zu denken. Die Regierung musste froh sein, wenn dieselben auf der Höhe des Jahres 1703 sich erhielten. Die Bedürfnisse des Staates dagegen reichten im Jahre 1705 noch über das Niveau der beiden vorhergehenden Jahre hinaus und drohten in Kürze noch grössere Dimensionen zu erreichen⁴¹⁾.

Zwar hatte der Kurfürst von Baiern nach der Schlacht von Hochstädt das Land räumen und dessen zurückgebliebene Gattin dasselbe sogar an das österreichische Herrscherhaus übergeben müssen, dessen Territorialbesitz dadurch keinen geringen Zuwachs erhielt; allein die Bedrückungen, welche das österreichische Regime sich aus Noth dort erlaubte, hatten einen Aufstand zur Folge, der erst im December 1705 durch das Sendlinger Blutbad gedämpft wurde und die Früchte jener Erpressungen wieder vollends verzehrte. Gerade zur Zeit, wo man in Wien über die Beibehaltung des Banksystems Berathungen pflog, am 22. November 1705, erliess der Leiter der „baierischen Landesdefension“ (wie die Rebellen ihre Erhebung glimpflich genug benannten), Sebastian Plinganser, das berüchtigte Manifest, womit er seine Landsleute wider die „eingedrungenen“ Österreicher zu den Waffen rief⁴²⁾. In Italien sah sich Prinz Eugen durch das Genie des Herzogs von Vendome, noch mehr aber durch Geld- und Proviantmangel im Schach gehalten, so dass er im October 1705 verzweiflungsvolle Briefe an den Kaiser schrieb, und Graf Guido Starhemberg, vom gleichen Drange getrieben, im December aus dem Lager zu Lonato sich nach Wien begab, um dort durch mündliche Vorstellungen Abhilfe zu erwirken. Die Rhein-Armee beschränkte sich gleichfalls auf die Defensive, und kostete viel, ohne den Krieg zum Abschluss zu bringen. In Siebenbürgen errang Graf Herbeville gegen das Ende des Jahres 1705 überraschend glückliche Erfolge: das Land huldigte wieder dem Kaiser und schien dauernde Ruhe zu wünschen. Desto schlimmer standen die Dinge in Ungarn, wo alle Unterhandlungen mit den Insurgenten sich zerschlugen und diese factisch im vollen Besitze der Regierungsgewalt waren. In Spanien endlich nahm zwar der Krieg einen für die habsburgische Dynastie entschieden günstigen Fortgang; doch gehorchte noch immer die grössere

Hälfte des Landes französischen Befehlen und die weite Entfernung des dortigen Kriegsschauplatzes vom Centrum der österreichischen Monarchie erschwerte ungemein die Ausführung umfassender Operationen⁴³). Die Subsidien, welche der im Spätherbste des Jahres 1705 in Wien anwesende Herzog von Marlborough für das kommende Frühjahr in Aussicht stellte⁴⁴), waren unter diesen Umständen nicht zu verachten, doch im Verhältnisse zur Grösse des Bedarfs ein schlechter Trost.

Die Bemühungen des Grafen Gundaker Starhemberg, den Kaiser zur Beibehaltung des Banksystems zu bewegen, waren daher keineswegs fruchtlos, zumal er nachwies, dass auf diesem Wege allein noch ein ausgiebiger Succurs zu erlangen und die dem Staate von jenem ersten Bankbruche her anhaftende Schmach zu tilgen sei.

Erwägend die Nothlage des Reiches und die unverschuldete Bedrängniss der Staatsgläubiger, welche ihre Obligationen damals nur mit einem Verluste von 60 pCt. an Mann bringen konnten, resolvirte der Kaiser am 24. December 1705 die Fortsetzung des finanziellen Verfahrens, zu dessen Bethätigung schon die Leopoldinische Giro-Bank creirt worden war, doch mit dem ein neues Institut dafür schaffenden Beisatze: dass die Verwaltung der Bankgeschäfte und Bankrevenüen in Zukunft von der Stadt Wien unter deren eigener Verantwortung und ohne alle fernere Einmischung der Hofkammer besorgt werden soll⁴⁵).

Von da an datirt die Existenz der Wiener Stadt-Bank.

Freilich hatte die Stadt damals ihre erforderliche Einwilligung noch nicht in juristisch verbindlicher Form erklärt, doch scheint eine hierauf bezügliche Zusage dem Kaiser, als er jene Resolution fasste, vorgelegen zu haben. Auch konnte die Regierung in Anbetracht der Unterwürfigkeit, deren sich die Stadt bei jedem Anlasse befliss, des Gehorsams derselben im Voraus versichert sein.

Ihre Wirksamkeit begann indessen die Bank erst im März des darauf folgenden Jahres (1706)⁴⁶).

3. Leitende Principien.

Der vom Grafen Starhemberg durchgesetzte Plan ging von der Ansicht aus: dass eine Bank, um des öffentlichen Vertrauens sich dauernd zu erfreuen, von Männern geleitet werden müsse, die zwar in Bezug auf die Erfüllung der übernommenen Pflichten vom Staate controlirt werden und diesem Rechenschaft schuldig sind, im Übrigen aber die vollste Unabhängigkeit von den Organen der Regierung geniessen und auch

durch die Reinheit ihres persönlichen Charakters vor dem Verdachte einer pflichtwidrigen Connivenz gegen letztere geschützt sind.

In diesem Sinne sprach sich auch die öffentliche Meinung mit specieller Bezugnahme auf das verunglückte Bankproject aus. Sie mahnte mit steigendem Nachdrucke an die Unvereinbarkeit einer Bankunternehmung mit der Obsorge über die Finanzen des Staates, und erinnerte wiederholt daran, dass zu allen Zeiten die unabhängigsten Banken auch die blühendsten gewesen seien. Der Kaiser selbst gab seinerseits die Nothwendigkeit zu, dass den Bankgläubigern ein „notorie accredirtes Corpus Civile“ sich verbürge.

In Gemässheit dessen traf nun der Staat mit den Repräsentanten der Stadt Wien ein Übereinkommen, wodurch diese die Verantwortung für die statutengemässe Führung der Bankgeschäfte und für die bestmögliche Benutzung der zur Bankdotation gehörenden Einkommensquellen auf sich nahm. Graf Starhemberg hatte mit Recht die Stadt Wien wie zur Leitung der Bankgeschäfte so auch zur Administration der dem Institute gewidmeten Gefälle für geeigneter erkannt als die schwerfällige, an Erschlaffung der Extremitäten laborirende Hofkammer, und mit dem ihm eigenen Scharfblicke den günstigen Einfluss ermessen, welchen die förmliche Übergabe jener Gefälle „ins Eigenthum“ der Stadt Wien auf den Credit der neucreirten Bank üben musste.

Von nun an war eine bestimmungswidrige Verwendung der Bankdotation nicht mehr zu denken, da — so raisonnirte wenigstens das Publicum — im Falle, als die Stadt sich eine solche würde haben zu Schulden kommen lassen, die Regierung und wenn etwa diese hierauf ausgegangen wäre, sicher die Stadt Einsprache dagegen erhoben hätte. Auch konnte man sich bei der Stadt einer baldigen und continuirlichen Aufbesserung des Roh- und Reinertrages der ihr überlassenen Staatsgefälle um so eher versehen, als jeder derartige Fortschritt nur dazu dienen konnte, derselben das Tragen der Bürde, die sie auf sich geladen hatte, zu erleichtern und folglich in deren eigenstem Interesse lag. In Wirklichkeit war es — wie wir später sehen werden — freilich nicht sowohl die Stadt, als vielmehr die Hof-Baucodeputation, welche diesen Fortschritt herbeiführte, nachdem erstere sich durch die eben genannte Behörde bald aller Sorge um die Administration der bezüglichen Gefälle und sonstigen Revenüen der Bank überhoben sah. Allein das Publicum knüpfte einmal jene Erwartung an den Übergang der Bank in die Verwaltung der wohlaccreditirten Stadt Wien, und damit war vorerst schon viel gewonnen.

Die nächste und vornehmste Aufgabe der Wiener Stadt-Bank sollte die Tilgung der ihr überwiesenen alten Staatsschulden sein, wofür ihr eine Frist von 15 Jahren zugestanden wurde. Dem entsprechend sollte sie auch dotirt werden. Doch behielt sich die Regierung vor, von Fall zu Fall gegen verhältnissmässige Erhöhung der Jahresdotation auch neue Staatsschulden der Bank zur ratenweisen Tilgung zuzuweisen, wobei, so wie bei Fundirung der alten Staatsschulden, stets der Grundsatz gelten sollte: dass für je 100 Gulden übernommene Schulden die Bank auf die Dauer von 15 Jahren eine Annuität von 10 fl. zur Abstossung der Schuld und einstweiligen Verzinsung derselben durch die Einantwortung gewisser Einkommensquellen, welche den vorbezeichneten Ertrag abwerfen, von der Hofkammer zugesichert erhält.

Für Veruntreuungen der Bankbeamten und sonstige Verstösse derselben wider die Bankordnung, namentlich aber für jede wissentliche Überbürdung der Zahlungsfähigkeit der Bank durch allzu bereitwilliges Eingehen auf die bezüglichen Forderungen der Regierung sollte die Stadt mit ihrem gesammten Vermögen haften: so zwar, dass jede Schuld, die sie ohne gehörige Bedeckung übernehme, von ihr aus eigenen Mitteln bezahlt werden müsste und, dafern sie sich dessen weigern wollte, durch Execution eingetrieben werden könnte.

Zum competenten Gerichtsstand in Streitigkeiten der Bankgläubiger (qua talis) unter sich und mit der Bank ward die Hof-Bancodeputation erklärt, welche, aus Räthen der Hofkammer und der niederösterreichischen Regierung (Statthalterei) zusammengesetzt und ursprünglich von den Vorständen dieser beiden Behörden präsidirt, auch das Gebahren der Bank zu überwachen und dieselbe vor jeglicher Beeinträchtigung zu schützen hatte, also Vormund, Richter und Control-Behörde der Bank zugleich war⁴⁷).

Dies sind die Principien, nach welchen die Wiener Stadt-Bank organisirt wurde, die aber — wie wir zur Vermeidung eines Missverständnisses gleich hier bemerken wollen — weder für das nachmalige Gebahren derselben, noch für das Verhalten der Hof-Bancodeputation massgebend waren.

Die detaillirte Schilderung ihrer Einrichtung und Wirksamkeit, welche wir hier folgen lassen, beruht, gleich der Erzählung ihrer Schicksale, womit wir unsere Abhandlung beschliessen, grösstentheils auf einem Actenconvolute, das sich in der Bibliothek der ungarischen Akademie der Wissenschaften zu Pesth (unter der Signatur 77, B)

befindet und dessen eingehende Benutzung uns die Zuvorkommenheit des die Bibliothek verwaltenden Herrn Akademikers Paul Hunfálvi ermöglicht hat⁴⁸⁾. Wo wir aus anderen Quellen schöpften, haben wir dies durch deren specielle Anführung (in den Noten) ersichtlich gemacht.

II. Einrichtung und Wirksamkeit der Bank.

I. Verhältniss derselben zur Hof-Bancodeputation und zur Finanz-Verwaltung.

Die Hof-Bancodeputation⁴⁹⁾ war das Bindeglied zwischen Regierung und Bank. Sie sollte das Interesse ersterer sowohl als die Rechte letzterer wahrnehmen und unparteiisch verfechten. Ihr stand es zu, die Hofkammer von Übergriffen ab- und die Bank zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten. Sie war, um es kurz zu sagen: der zum Schutze des bezüglichen Contracts und seiner genauen Erfüllung vom Staate bestellte Anwalt.

Zunächst an sie hatte die Bank sich mit allen ihren Beschwerden, mochten diese nun den Staat oder ungestüme Gläubiger betreffen, um Abhilfe zu wenden. Sache der Hofdeputation war es dann, die vorgebrachte Beschwerde nach Umständen entweder den höchsten Regierungsbehörden vorzutragen oder aus eigener Machtvollkommenheit ohne Weiteres abzuthun.

Sie liess es jedoch bei dieser Einflussnahme nicht bewenden, sondern zog auch die Verwaltung der Bankrevenüen ins Bereich ihrer Wirksamkeit. Von ihr gingen die Anträge zur Meliorirung der Herrschaften aus, welche der Bank vom Staate zur Bedeckung der übernommenen Schulden eingeräumt wurden; sie entwarf ferner die Pläne zur Erhöhung des Ertrages der dieser Bestimmung gewidmeten Gefälle und führte auch diese Entwürfe theils im eigenen Namen, theils in dem der „kais. Bancogefäll-Administration“ (welche eine städtische Behörde war) aus.

Der Stadt blieb es allerdings unbenommen, an den betreffenden Beschlüssen sich zu betheiligen und eine etwaige Meinungsverschiedenheit dabei geltend zu machen, zumal sie ursprünglich im Gremium der Deputation durch den Bürgermeister und mehrere Rathsherren vertreten war; allein die tonangebende und vollziehende Gewalt übte in derlei Fällen stets die aus Staatsdienern bestehende Majorität der genannten Behörde.

Denn obschon im Art. 2 des bezüglichen Contracts (vom 25. Febr. 1706) der Staat sich der Stadt gegenüber ausdrücklich verbindlich

gemacht hatte, ihr die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Gefälle „in bester Form Rechtens als eigen zu überlassen“, so glaubte doch die Hof-Bancodeputation, da sie eben mit dem Staate nicht identisch, sondern vielmehr ebensowohl zu seiner Überwachung als zur Überwachung der Bank eingesetzt war, dem Zwecke dieser Bestimmung Genüge zu thun, indem sie der Stadt zwar die aus jenen Gefällen einkommenden Renten (so weit selbe Anspruch darauf hatte) ungeschmälert zukommen liess, die Gefälle selbst aber der eigenen Obhut und Manipulation vorbehielt⁵⁰). Dadurch bildete sich mit der Zeit der Usus, dass die Stadt Wien ein Gefäll schon dann als in ihr „Eigenthum“ übergegangen betrachtete, wenn es aus den Händen der Hofkammer in die der Hof-Bancodeputation übergegangen war, und es war auch in der That mehr das negative Ereigniss, dass die völlig discreditierte Hofkammer von der Verwaltung des Gefälles zurücktrat, als dessen positive Einverleibung ins Stadteigenthum dasjenige, worauf es behufs der Kräftigung des Bankcredits ankam.

Die Seele aller diesfälligen Verhandlungen war der Vorstand der Deputations-Buchhaltung, Gregor Wilh. Kirchner, ein rastlos thätiger, genialer, doch auch leidenschaftlicher Mann, der — abgesehen von der Revision der Bankbücher und Collationirung der Bankjournale in Absicht auf die innere Richtigstellung beider — durch zwei Decennien mit scharfem Auge die Bilanzirung des Bankvermögens besorgte, und den Ertrag, welchen die der Bank überlassenen Staatsgefälle und Domänen abzuwerfen versprachen, nicht nur gewissenhaft schätzte, sondern auch mindestens auf der präliminirten Höhe zu erhalten verstand⁵¹).

Der unersättliche Ehrgeiz dieses Mannes war ohne Zweifel die Hauptursache, warum die Stadt Wien sich bei Verwaltung dieser Anstalt immer mehr auf die Besorgung des mechanischen Theiles der Geschäfte beschränkt, später gar zu einem blossen Diener der Hofdeputation erniedriget sah, und brachte — wie wir an geeigneter Stelle nachweisen werden — schliesslich die Bank an den Rand des Verderbens, dem dieselbe erlag.

Die Stadt war übrigens selbst an dieser ihrer Unterjochung schuld, da sie dem Genannten freiwillig und, wie es scheint, selbst mit grösserer Hingebung, als die Regierung billigte, die Vornahme von Amtshandlungen überliess, welche nach der Intention des bezüglichen Vertrags unzweifelhaft ihr, der Stadt, zustanden, und folglich von dem Deputations-Buchhalter nicht kraft seines eigenen Amtes, sondern nur auf Grund

einer, durch den angezogenen Contract freilich auch gerade nicht verwehrten Delegation seitens der Stadt vorgenommen wurden.

Andererseits ist aber auch nicht zu verkennen, dass die vormundschaftliche Stellung, welche die Hof-Bancodeputation der Stadt gegenüber einnahm, diese bei einiger Schwäche des Magistrats verleiten musste, sich blindlings der Leitung eines so talentirten und berufseifrigen Mannes, als Kirchner war, zu überlassen.

Hieraus erklärt es sich, warum die thatsächliche Einrichtung der Bank, besonders gegen das Ende ihrer Wirksamkeit, von der in den betreffenden Diplomen vorgezeichneten verschieden war.

Vorstand der drei Bankkanzleien, deren eine (die „kais. Banco-Gefälls-Administration“) die Bankrevenüen einzusammeln und zu registriren hatte, während die andere („Gemeiner Stadt-Banco-Hauptkasse“) das Anweisungsgeschäft und die Kassenführung verwaltete, und die dritte („Gemeiner Stadt-Banco-Buchhaltung“) das Verbuchen der Veränderungen, die sich im „Haben“ und „Sollen“ der Bank ergaben, besorgte: war der Bürgermeister der Stadt. Diesem standen in seiner erst-erwähnten Eigenschaft (als Präses der „kais. Banco-Gefälls-Administration“) vier „Con-Präsides“ aus dem Bürgerstande zur Seite. Die Beamten jener drei Kanzleien wurden von der Stadt, der sie auch allein verantwortlich waren und die wieder für deren Gebahrung der Regierung verantwortlich war, nach freiem Ermessen erwählt und angestellt.

Auch die Ernennung der Banco-Gefälls-Einnehmer, so wie der diesen beigegebenen Assistenten und „Gegenhandler“ (Controlore), ferner der Aufseher und „Überreiter“ ging von der Stadt aus; doch ward die denselben einzuräumende Besoldung, weil die Hofkammer sie zu zahlen hatte, auch von dieser festgesetzt.

Sämmtliche Bankbeamte, mochten sie nun in Wien oder auswärts bedienstet sein, unterstanden, Criminalsachen ausgenommen, der Jurisdiction des Stadtrathes und wurden von der Stadt in Eid genommen, ungeachtet die Gefälle, zu deren Behebung sie grösstentheils verwendet wurden, ihrer Natur nach Staatsgefälle waren und das vorgebliche „Eigenthumsrecht“, das die Stadt daran erwarb, eigentlich ein blosses Besitzrecht, und kein bleibendes, sondern ein auch der Dauer nach begrenztes war⁵²).

Als Entgelt für die städtischen Localitäten, in welchen die Bankkanzleien untergebracht wurden, für die Heizungs- und Beleuchtungskosten, für Kanzleirequisiten und Einrichtungsstücke, ferner mit Rücksicht

auf die Gehalte der in diesen Kanzleien beschäftigten Beamten, deren Bezahlung der Stadt oblag, endlich zur Entlohnung der „pro inspectione bestellten“ Rathsherren war der Bank von der Hofkammer ein jährliches Pauschale von 15.000 fl. ausgeworfen, das dieselbe von dem Überschusse des Ertrages der ihr eingeräumten Gefälle zurückbehalten durfte, während der Rest des Überschusses, den die Bankrevenüen im Verhältnisse zur Bankdotation gewährten, am Schlusse jedes Jahres an die Hofkammer abzuführen und von dieser zu quittiren war.

Mit der Hofkammer kam die städtische Bankverwaltung ausserdem bei der Ausmittlung und Übernahme der Bankdotation und auch insoferne in Berührung, als sie derselben über den Ertrag und die Verwendung der ihr eingeräumten Staatsgefälle jährlich Rechnung zu legen hatte, und dulden musste, dass Abgeordnete der Hofkammer auch während des Jahres in den Geschäftsgang der Gefälls-Administration Einsicht nahmen. Das bezügliche Absolutorium aber wurde der Bank, beziehungsweise der Stadt Wien, von der Hof-Bancodeputation ertheilt, und zwar innerhalb dreier Monate nach erfolgter Vorlage der Rechnungen, die gleichfalls nicht länger als drei Monate in Rückstand bleiben durften.

Eine wesentliche, wenn auch dem äusseren Anscheine nach geringfügige Änderung erfuhr das Verhältniss der Bank zur kais. Finanz-Verwaltung durch die im Jahre 1715 erfolgte Resignation des Grafen Gundacker Starhemberg auf die Würde eines Hofkammer-Präsidenten, welche bis dahin mit der eines Vorstandes der Hof-Bancodeputation in seiner Person vereinigt gewesen war. Indem Graf Starhemberg sofort ohne allen weiteren Personalnexus mit der Hofkammer den zweiterwähnten Posten bekleidete, wurde erst die der Bank zugesagte Unabhängigkeit von dieser Behörde zur Wahrheit. Dass sie in der Folge dennoch auf viele von der Hofkammer gestellte Zumuthungen, ungeachtet dieselben ihr keineswegs genehm waren, einging, ist auf Rechnung kaiserlicher Befehle, die mit diesen Anträgen übereinstimmten, und denen die Bank sowohl, als die Hof-Bancodeputation aus Ehrerbietung vor dem Monarchen sich fügte, zu setzen.

2. Dotation der Bank.

Die statutenmässige Deckung, welche die Bank vom Staate für die von ihm an sie übergegangenen Schulden empfing (oder mindestens empfangen sollte), bestand — wie bereits bemerkt wurde — in einer 15 Jahre lang währenden Annuität von 10 pCt., deren Ausbezahlung laut des

bezüglichen Contractes zwar aus triftigen Gründen unterbrochen, unter keiner Bedingung aber auf einen kürzeren Zeitraum eingeschränkt werden durfte. Da nun die Bank gleich im ersten Jahre ihres Bestehens Staatsschulden im Betrage von 6 Millionen übernahm: so hatte die Hofkammer ihr in Gemässheit jener Proportion ursprünglich schon Gefälle, welche jährlich 600.000 fl. oder vielmehr, insoferne auch das der Bank zugesagte Kanzleipauschale per 15.000 fl. dadurch garantirt werden sollte, 615.000 fl. eintrügen, abzutreten.

Sie vermochte indessen dieser Obliegenheit anfangs nur theilweise nachzukommen, indem sie blos Gefälle im Gesammtertrage von 340.000. fl. dazu verfügbar fand. Diese Gefälle waren: die Rothen-thurmmauth, die Tabormauth und die Pflastermauth in Wien, der Ertrag des dortigen Viehmarktes am Ochsen griess, der Mehl-, Bier-, Wein- und Getreideaufschlag innerhalb der Linien Wiens, und die in Wien einkommenden „Toleranzgelder“. Die genannten vier „Aufschläge“ hatte die Regierung erst kurz zuvor mit Zustimmung der niederösterreichischen Stände eingeführt⁵³⁾; ihr durchschnittlicher Ertrag liess sich daher für die Zukunft nicht einmal annäherungsweise sicher bestimmen. Im Übergabsinstrumente war er mit 138.000 fl. angesetzt. Der Ertrag der Mauthen ward darin auf 160.000 fl., der des Viehmarktes auf 36.000 fl., der der „Toleranzgelder“ auf 6000 fl. veranschlagt⁵⁴⁾. Indessen konnten auch diese Anschläge keineswegs für verlässlich gelten, da ja jede Störung des Handels durch eine Kriegsgefahr oder sonstige Verkehrshemmung, ferner jede Verminderung des Consums durch Drangsale, die das Vermögen der Stadtbevölkerung trafen, oder durch abnorme Sterblichkeit (die in den damaligen Pestzeiten oft furchtbare Dimensionen annahm) den präliminirten Ertrag um ein Beträchtliches herabsetzen musste. Namentlich erlitt durch Epidemien auch der Ertrag der „Toleranzgelder“, welche die dann aus der Stadt fliehenden Juden zu entrichten hatten, jederzeit eine merkliche Abnahme. Jener Gesamtanschlag per 340.000 fl. war also schon der Natur der Gefälle zufolge, die diesen Ertrag gewähren sollten, eine bedenkliche Hypothese; doch noch übler daran war die Bank in Ansehung derjenigen Einkünfte, auf welche sie zur Ergänzung der ihr gebührenden Bedeckung gewiesen war und die folglich einen Abgang von 275.000 fl. hätten ersetzen sollen. Es waren dies: der im Jahre 1704 in Nieder-Österreich an die Stelle des früheren Monopols getretene Tabakaufschlag und der schon der kais. Giro-Bank incorporirt gewesene „Fleischkreuzer“. Die Bank hatte, um in den

Vollgenuss dieser beiden Gefälle treten zu können, ehevor noch mit den Staatsgläubigern, denen dieselben theilweise verpfändet waren, sich abzufinden. Gelang es ihr nun auch, diese Vorbedingung zu erfüllen, so war damit doch noch lange nicht die gehörige Bedeckung der Bank gesichert, nachdem beide Gefälle im günstigsten Falle kaum halb so viel eintrugen, als die Bank über jene 340.000 fl. hinaus noch zu fordern hatte. Indessen reichte das wirkliche Einkommen der Bank gleich von ihrer Eröffnung an mindestens hin, die Interessen des übernommenen Schuldecapitals pünktlich und vollständig zu bezahlen, und mehr hatte die Wiener Stadt-Bank im Anfange ihrer Wirksamkeit ohnehin nicht zu prästiren, um im Gegensatze zur bestandenen Giro-Bank, die nicht einmal der ihr obgelegenen Verpflichtung des Zinsenzahlens gehörig nachgekommen war, das ihr vom Publicum a priori geschenkte Vertrauen aufrecht zu erhalten. Den schlimmen Folgen, die eine solche Unzulänglichkeit der Bankrevenüen in späterer Zeit nach sich ziehen musste, suchte die Regierung durch eine Bestimmung des Contractes, den sie mit der Stadt Wien der Bank wegen schloss, zu begegnen, indem sie (im Art. 7) festsetzte: dass im Falle eines „unverhofften Land- oder Stadtschadens“ (casus fortuitus) und dadurch veranlassten Rückstandes der ihr zugewiesenen Gefälle die Bank nicht obligirt sein sollte, die ihr vorgeschriebenen Zahlungstermine einzuhalten, sondern nur im Verhältnisse zur wirklich eingehenden Dotation ihren Verpflichtungen nachzukommen brauchte.

Dadurch war freilich die Stadt vor vielen Anfechtungen geschützt, die sie sonst als Bankhalter würde zu bestehen gehabt haben; andererseits aber konnte sie mit Rücksicht auf diesen Schutz bei Anständen, die sie mit der Hofkammer der Dotation halber hatte, nicht so energisch auftreten, als im Interesse des Bankcredits wünschenswerth gewesen wäre, und nicht minder waren dadurch der Hof-Bancodeputation vielfach die Hände gebunden. Denn jedes Zurückbleiben des Ertrags der betreffenden Gefälle hinter dem Voranschlage der Hofkammer entschuldigte diese mit irgend einem „casus fortuitus“, mochte nun auch das Taxationsverfahren noch so fehlerhaft gewesen und von absichtlich übertriebenen Voraussetzungen ausgegangen sein. Dessenungeachtet gelang es der Hof-Bancodeputation durch die Sorgfalt, womit sie, vom Buchhalter Kirchner durch detaillirte Nachweisungen unterstützt, jene Voranschläge der Hofkammer prüfte und durch die Beharrlichkeit, womit sie alle Überlistungsversuche zurückwies, der Bank längere Zeit hindurch die

bedungene Dotation, und in manchen Jahren sogar eine grössere Bedeckungssumme, als die Hofkammer abzuführen schuldig war, aus öffentlichen Mitteln zuzuwenden.

So kam es, dass z. B. im Jahre 1715 die Einkünfte der Bank sich zum Schuldenstande derselben wie 165.000 : 1,130.000 verhielten, während die statutenmässige Proportion 113.000 : 1,130.000 gewesen sein würde. In der Folge sah sich jedoch die Bank viele Staatsschulden ohne alle Deckung zu übernehmen gezwungen, da bald die Hof-Bancodeputation eine solche für den Moment entbehrlich fand, bald wieder die Hofkammer, allerlei Ausflüchte gebrauchend, eine solche zu leisten sich weigerte.

Im Jahre 1720 betrug die der Bank „sine fundo“ obliegende Schuldenlast 505.689 fl.; von da an bis zum Schlusse des Jahres 1731 stieg dieselbe auf 27,102.771 fl. Die Hofkammer suchte den nun klar vorliegenden und lange fortgesetzten Vertragsbruch stets durch das Vorgeben zu bemänteln: es genüge zur Erhaltung des Bankerredits die pünktliche Verzinsung des Schuldcapitals, und es sei daher die Bank insolange nicht gefährdet, als die ihr ursprünglich bewilligte und längere Zeit hindurch auch wirklich bezahlte 10procentige Dotation mit Rücksicht auf die sofort für überflüssig erachtete Capitalstilgung hinreicht, die nur 5 oder höchstens 6 pCt. in Anspruch nehmenden Interessen auch für den späteren Schuldenzuwachs zu entrichten. Die Hof-Bancodeputation neigte sich — wie gesagt — in schwachen Momenten gleichfalls dieser Ansicht zu, oder widersetzte sich derselben in späterer Zeit mindestens nicht mehr so kräftig wie ehemals. Darüber gerieth die einschlägige Bestimmung des Fundamentalvertrags vom 25. Februar 1706 allmählig in Vergessenheit und die Bank immer tiefer ins Verderben.

Die Pfänder, welche der Bank vom Staate zu ihrer Sicherheit eingeräumt wurden, waren sehr verschiedener Art.

Nicht nur eigentliche „Gefälle“, sondern auch Domänen, Regalrechte, Monopole, die der Staat sich vindicirt hatte, und industrielle Unternehmungen, die er betrieb, gingen nach und nach an die Bank über. Folgende Beispiele mögen dies beweisen:

Im Jahre 1715 cedirte die Hofkammer der Bank die Domäne Ungarisch-Altenburg; 1718 die Mauthämter zu Linz und Ybbs, das Zollgefälle in Mähren und jährliche 16.000 fl. aus dem niederösterreichischen Salzamte; 1719 die Mauth zu Himberg in Nieder-Österreich sammt

den dortigen Teichen, dem Fischhofe und dessen Zugehör; 1721 das Salzgefäll in Nieder-Österreich, Mähren und Böhmen, und das Zollgefäll in Schlesien; 1724 das Monopol des Quecksilberhandels von Idria nach den holländischen Seehäfen ⁵⁵⁾; ferner die Neuhauser Spiegelfabrik ⁵⁶⁾, das niederösterreichische Waldamt, den von Gmunden aus administrierten Theil des oberösterreichischen Salzkammergutes mit Inbegriff des dortigen Salzamtes, und die Herrschaften Neuhaus, Fahrafeld und Arnstein (westlich von Wiener-Neustadt); 1733 den Verschleiss des Schmöllnitzer und Neusohler Kupfers ⁵⁷⁾; 1735 das Sónvárer Salzwerk ⁵⁸⁾ sammt den dahin gehörenden Legstätten (zu Sónvár, Kaschau, Emauss, Hradek, Thurdossin, Palócsa [Plawec], Bartfeld, Käsmark, Homona, Rosenberg und Sillein), Wäldern, Sägwerken und Transportanstalten, ferner dem Sónvárer Provisorate und allen dieser Domänenverwaltung unterstehenden Rechten und Realitäten; 1736 den sechs Jahre zuvor in Wien eingeführten Aufschlag auf Hafer, Heu, Stroh und junges Vieh, den um 2 Pfennige per Pfund erhöhten Fleischaufschlag, die das Jahr zuvor in Österreich ob und unter der Enns, Böhmen, Mähren und Schlesien auf trockene Fische, Zucker, Syrup, Öl und Wachs gelegte Accise, endlich eine jährliche Lieferung von 30.000 Centner Steinsalz aus der Marmaros (kostenfrei bis Tokai gestellt).

Mehrere von diesen Pfändern gewährten der Bank nicht nur kein reines Einkommen, sondern verursachten ihr im Gegentheile Auslagen, die aus anderweitigen Revenüen bestritten werden mussten, waren folglich für sie keine Stütze, sondern eine Last. Namentlich gilt dies von dem Salzkammergute, auf welchem zahllose Deputate, Gnadengaben und fromme Stiftungen hafteten, so dass die Bank bei dessen Verwaltung eine jährliche Einbusse von 100.000 fl. erlitt. Bei der Administration des niederösterreichischen Waldamtes setzte sie jährlich 1700 fl. zu; die Neuhauser Spiegelfabrik trug zur Zeit, wo die Bank sie übernahm, und noch geraume Zeit nachher, keinen Heller. In welch' erbärmlichem Zustande aber die der Bank vom Staate cedirten Domänen zur Zeit der Übergabe waren, zeigt die Schilderung, welche der im Jahre 1717 zur statistischen Aufnahme des Dominiums Ungarisch-Altenburg delegirte Buchhalter Kirchner nach seiner Rückkunft von dieser Herrschaft (in einem Berichte an die Hof-Bancodeputation) entwarf.

Zwar hatte die der Herrschaft seit dem Jahre 1672 (wo dieselbe wegen Theilnahme ihres Besitzers, des Grafen Nikolaus Draskowits, an der Nádasdy'schen Verschwörung confiscirt worden war) vorgestandene

Cameraladministration das Rinnsal der Leitha durch Bepflanzung der beiden Ufer mit Tannen eingeengt und die angrenzenden Moräste trocken gelegt, so dass nun an Weideland dort Überfluss war; allein Niemand dachte daran, die gewonnene Flur mit Vieh zu besetzen oder auf das dort gewinnbare Futter eine Maiererei zu basiren. Im Schaflerhofe zu Nickelsdorf, der leicht 2000 Stück Schafe fassen konnte, standen deren nicht mehr als 1400; auf dem Terrain des Dorfes Zanegg, wo 2400 Stück reichliche Nahrung gefunden hätten, weideten blos 1800. Zur Winterszeit wurden die Schafe auf eine überaus verschwenderische Weise gefüttert, indem man das Futter aus einer Öffnung des Heubodens in ihre Mitte warf, unbekümmert um die dadurch einer völlig nutzlosen Vernichtung preisgegebenen Quantitäten. Das Getreide wurde unter freiem Himmel in sogenannten „Triesten“ aufbewahrt und so schlecht gedroschen, dass die das Stroh von der Herrschaft kaufenden Bauern ohne allen Zusatz Häckerling daraus machten. Die vorhandenen Schafheerden waren meist von melirter Zeugung und schlechter Stammrace. Nur zu St. Andrä standen Schafe von besserer Beschaffenheit, wozu aber der bei diesem Dorfe gelegene salzige See mehr als die Ökonomieleitung beitrug. Viele Wirthschaftsgebäude waren baufällig; andere (wie der Schaflerhof zu Wieselburg, welcher, in Mitte des Dorfes stehend, dessen ganze Atmosphäre durch seine Ausdünstung verpestete) mussten ihrer unpassenden Lage wegen abgerissen und auf einer anderen Stelle neu aufgebaut werden. Dreizehn zur Herrschaft gehörende Ortschaften hatten seit den letzten Kriegen her, wo sie zerstört worden, nicht wieder aus dem Schutte sich erhoben und waren folglich menschenleer. Die Jagd hatten auf der ganzen Herrschaft die Officiere der nächsten Militärstationen mit Berufung auf das „jus regium“ sich angemasst und vollständig ruinirt. Das Forstwesen besorgten zwei elend besoldete Forstknechte, die, um nur ihr Leben zu fristen, den Wald mehr plünderten als hegten und wenig von der Forstwirthschaft verstanden. Auch der dem Herrschaftsverwalter beigegebene „Gegenhandler“ war seines geringen Gehaltes wegen „sehr verdrossen“ und sozusagen aufs Stehlen angewiesen. Der Hofkastner aber war mit Geschäften dergestalt überbürdet, dass manches Wichtige seiner Aufmerksamkeit entging. Was endlich die Bestandverträge betrifft, mittelst welcher die herrschaftlichen Heerden an sogenannte „Schafmeister“ zur Wartung und unmittelbaren Verwerthung ihrer Producte nach ungarischer Gepflogenheit ausgegeben waren: so lauteten sie im Vergleiche mit den Verträgen der benachbarten

Dominien keineswegs günstig für die Herrschaft, und doch hing gerade von ihnen das Erträgniss des Dominiums hauptsächlich ab!

Die der Bank in Unter- und Ober-Österreich vom Staate abgetretenen Herrschaften waren allerdings besser instruiert und bewirthschaftet als das Altenburger Dominium; doch ein befriedigendes Bild boten auch sie nicht. Die Hof-Bancodeputation suchte sie daher bald wieder los zu werden, und als ihr dies nicht gelang, ging sie an eine durchgreifende Umgestaltung des Wirthschaftsbetriebes auf denselben. Am meisten aber liess sie sich die Aufbesserung des Ertrags der Gefälle, welche den grössten Theil der der Bank vom Staate gegebenen Hypothek ausmachten, angelegen sein. Sie hat in dieser Beziehung Erstaunliches geleistet und durch das Beispiel, mit welchem sie hierin der auf sie eifersüchtigen Hofkammer voranleuchtete, indirect auch zur Erhöhung des Staatseinkommens nicht wenig beigetragen.

Schon unterm 27. Februar 1724 konnte Graf Starhemberg in einem Referate an den Kaiser mit Stolz auf die Erfolge hinweisen, welche die Hof-Bancodeputation durch weise Sparsamkeit und strenge Aufsicht auf jenem Gebiete errang.

Als Kaiser Karl VI. im Jahre 1713 der Bank durch das sogenannte „Confirmations-Patent“ vom 24. März ⁵⁹⁾ eine Erweiterung ihres Wirkungskreises zugestand und sie zur Annahme verzinslicher Einlagen ausdrücklich ermächtigte, wies er ihr auch, damit sie desto gesicherter dastände, einige neue Einkommensquellen zu. Diese waren:

- a) Die „allgemeine Bank-Arrha“, welche von allen Bankinteressenten in sieben Abstufungen von 3 bis 192 fl. einzuzahlen war.
- b) Die „Barratirungs-Arrha“, womit die an der Bank mit Einlagen sich betheiligenden Interessenten gleichsam die Erlaubniss zu dieser Art von Betheiligung sich erkaufen mussten.
- c) Die „Dienst-Arrha“, welche jeder Bankinteressent, der in Berücksichtigung dieser (durch das gedachte Patent als hiezu erforderlich erklärten) Qualität eine kaiserliche Bedienstung überkam, gleichsam zum Dank für die ihm zu Theil gewordene Gnade im Betrage eines ganzen Jahrgehaltes der Bankkasse zu entrichten gehalten war.

Von obiger Einrichtung hatte es jedoch bald wieder sein Abkommen, da die mit Patent vom 14. December 1714 creirte „Universal-Bankalität“, welche mit der Wiener Stadt-Bank nichts gemein hatte als das Stammwort ihres officiellen Titels, jene Einkommensquellen an sich zog und sozusagen mit Beschlag belegte. Die Dotation der Wiener

Stadt-Bank begriff daher nur kurze Zeit über auch die genannten „Arrhen“ in sich, und es wäre ein grosser Irrthum, zu glauben: es seien die der „Universal-Bankalität“ (auf welche wir später noch zu sprechen kommen werden) vom Staate eingeräumten Fonds der Wiener Stadt-Bank (welche vielmehr in jenem Institute eine, freilich gleich vom Anbeginne her machtlose Rivalin sich erstehen sah) zu Gute gekommen.

3. Functionen der Bank.

Gleich vom Beginne ihrer Wirksamkeit an war die Bank nach drei verschiedenen Richtungen hin thätig. Sie gerirte sich nämlich: 1. nicht nur als eine Anstalt zur Tilgung und regelmässigen Verzinsung der Staatsschulden (was allein sie fundationsgemäss sein sollte), sondern nahm 2. auch von Privatinteressenten kündbare „Zuschüsse“ an, um auf diesem Wege einen Fond zu sammeln, mittelst welchem sie dann 3. der Regierung durch baare Darlehen zu Hilfe kam.

Sie fungirte also dem Staate gegenüber in zweifacher Beziehung als Leihbank, und dem Publicum gegenüber nicht nur als Zahler und Bürge der Staatsschulden, sondern auch als Depositenkasse und als Darlehenscontrahent für eigene Rechnung und auf eigene Gefahr.

Die Kundmachung, womit die Bank ihre letzterwähnte Function antrat, erschien am 3. November 1706 und war vom Grafen Gundaker Starhemberg und dessen Secretär, Ferdinand Gory, Namens der Hof-Bancodeputation unterzeichnet. Die Zuschüsse sollten binnen zehn Jahren zurückgezahlt und nach Landesbrauch verzinst werden. Die Hof-Bancodeputation machte dieses Anerbieten offenbar ohne höhere Ermächtigung, doch konnte sie füglich voraussetzen, dass die Staatsverwaltung in Berücksichtigung des Endzweckes, zu welchem dasselbe publicirt ward, nichts dagegen werde einzuwenden haben. Förmlich sanctionirt aber ward dieses Verfahren der Bank erst durch das bereits erwähnte Confirmations-Patent vom 24. März 1713, welches demselben sogar eine weitere Ausdehnung gab, die indessen — wie wir mit Hinzufügung der Ursache gleichfalls schon erwähnten — keine Dauer hatte.

Was die Befriedigung der Staatsgläubiger durch die Wiener Stadt-Bank anbelangt: so müssen wir vor Allem bemerken, dass das Institut in diesem Betreff theils die Geschäfte der Leopoldinischen Giro-Bank fortführte und insoferne allerdings eine Fortsetzung derselben (als was das Gründungs-Patent vom 24. December 1705 es bezeichnete) war, theils und vornehmlich aber Verpflichtungen ganz anderer Art einging.

Ungefähr nach der alten Norm, doch etwas übler, wurden diejenigen Girobank-Creditoren behandelt, welche sich zu keiner Daraufgabe auf die früher schon dem Staate dargeliehenen Summen verstanden, vorausgesetzt, dass ihre Forderungen liquid waren und nicht von blossen Gehaltrückständen herrührten. Denn im ersteren Falle (d. h. wenn die Rechtmässigkeit ihrer Forderungen irgend einem Zweifel unterlag) gingen sie ganz leer aus; im letzteren Falle aber erhielten sie, ohne Anspruch auf das Capital zu haben, eine diesem entsprechende ewige Rente, und hiessen sie auch noch fortan „Girobank-Creditoren“, obschon die Wiener Stadt-Bank es war, von welcher sie besagte Rente bezogen.

Jene Gläubiger der aufgelösten Giro-Bank dagegen, welche die ihnen von der Wiener Stadt-Bank zugemuthete Daraufzahlung willig leisteten, erhielten von dieser in Form einer neuen Obligation das Versprechen: dass ihr ganzes Guthaben (sowohl das neu erworbene, als das von früher her bestehende) ihnen binnen 3 — 4 Jahren auf Verlangen ausbezahlt werden solle.

Wer aber auf sogleiche Befriedigung seiner Forderungen drang, musste sich gefallen lassen, dass die Bank ihn mit 65 pCt. abfertigte. Bei dem Umstande, dass die Dotation der Wiener Stadt-Bank auf derlei Abfertigungen nicht berechnet war, versteht es sich übrigens von selbst, dass obstinate Staatsgläubiger (beziehungsweise Girobank-Creditoren) Gefahr liefen, bei jener Classification gleich den Prätendenten illiquider Forderungen ganz leer auszugehen und dass Manchen in der That dieses Schicksal traf.

Aus dem Allen geht hervor, dass die Bank mit den Staatsgläubigern ziemlich willkürlich verfuhr, was ihr auch nachmals von der Hofkammer wiederholt zum Vorwurfe gemacht wurde, obschon, im Grunde genommen, doch nur diese selbst schuld daran war und jenes Verfahren seiner Zeit mindestens durch passives Zuschauen gebilligt hatte. Ja es ist selbst nicht zu verkennen, dass die Wiener Stadt-Bank weit klüger als die das entgegengesetzte Verfahren vorziehende Hofkammer handelte, indem sie lieber weniger versprach, das wirklich Versprochene aber desto pünktlicher leistete. Dadurch stieg sie immer höher in der öffentlichen Meinung, nachdem sie einmal der geringen Schwierigkeiten, mit welchen sie beim Beginne ihrer Thätigkeit zu kämpfen hatte, Herr geworden war.

Von allen Seiten flossen, ja strömten ihr nun Capitalien zu. Im Jahre 1724 belief sich die Zahl der „treuherzigen Creditsparteien“,

welche durch freiwillige Einlagen an der Bank betheiligt waren, auf 90.000. Darunter waren viele Witwen, Waisen, Spitäler, Armeninstitute, Kirchen und Communitäten, auch Dienstboten, die den erkargten Sparpfennig dem Institute anvertraut hatten. Noch im Jahre 1732 verfügte die Bank, obschon damals ihre Blüthezeit schon vorbei war (laut einem Bücherextracte vom 17. Februar), über freiwillige Einlagen im Gesamtbetrage von 51,138.894 fl. 44 kr.

Es erklärt sich dies aus dem relativen Mangel an Gelegenheit zur vortheilhaften Placirung von Capitalien, welcher damals, wie auch noch lange nachher, in Österreich herrschte. Nicht als wäre in den ersten Decennien des XVIII. Jahrhunderts dort keine Nachfrage nach verleihbaren Capitalien gewesen; man bewarb sich im Gegentheile um solche damals ebenso lebhaft und ebenso vielseitig, wo nicht noch häufiger als heutzutage. Denn Kriege, Seuchen, Elementarereignisse und Missjahre setzten damals in ununterbrochener Aufeinanderfolge den Bewohnern Österreichs zu ⁶⁰⁾, und andererseits war die Erwerbskraft derselben theils noch nicht so ausgebildet wie jetzt, theils minder einträglich, nachdem es — besonders auf dem flachen Lande — an Gelegenheit, sie gut zu verwerthen, gebrach ⁶¹⁾. Es wurden daher zwar nicht zur Begründung weitausgreifender Unternehmungen, für die damals in Österreich noch wenig Sinn zu finden war ⁶²⁾, wohl aber zur Fristung des Lebens und zur Wiedereröffnung von Erwerbsquellen, die nur kleine Menschengruppen zu ernähren hatten, unzählige Darlehen, und zwar nicht blos in grösseren Orten, sondern auch in Mitte der zerstreut wohnenden Landbevölkerung aufzunehmen gesucht. Man bot, wie gleichzeitige Wucherpatente bezeugen, insgemein 6—8, auch mehr Procent, also immerhin genug, um die Aufmerksamkeit der Leihlustigen zu erregen ⁶³⁾. Allein mit der Sicherheit, welche die Darlehenswerber zu bestellen im Stande waren, sah es übel aus, da die Mehrzahl derselben am Bettelstabe einherwankte und eben erst mit Hilfe des gesuchten Darlehens sich eine feste Existenz zu gründen gedachte. Und besass auch der Eine oder Andere aus ihnen liegende Güter, die er allenfalls hätte verpfänden können, so war doch eine Beruhigung gewährende Vormerkung darauf darum nicht möglich, weil es nirgends Hypothekenbücher für den bäuerlichen Besitz und selbst für adelige Güter nur in einigen Provinzen solche gab ⁶⁴⁾. Überdies war auch die Justizpflege unter Kaiser Karl VI. in Österreich noch so mangelhaft, dass damals gewiss jeder besonnene Capitalist sich hütete, einem Darlehenswerber, der nicht durch

seine Persönlichkeit ihm Vertrauen einflösste, eine Geldsumme zu borgen⁶⁵). Kam dem Capitalisten keine Person seines Vertrauens mit einem Darlehensgesuche entgegen, so frug er sich damals — wie Familienpapiere aus jener Zeit fast überall, wo sich solche bei uns erhalten haben, beweisen — in der Regel, unbekümmert um die 8 oder 10 Procent, die ihm von Fremden geboten wurden, bei nahen und fernen Freunden an, ob nicht sie etwa baares Geld zu mässigen Zinsen, und wären es auch nur 4 Procent, brauchen könnten. Meldete sich hierauf Niemand, so vergrub oder versperrte er seine Ersparnisse lieber, als dass er sie einem Fremden, mit welchem er am Ende einen langwierigen Process darum hätte führen müssen, dargeliehen hätte.

Mit derselben Vorsicht gingen die Waisenämter, Spitalverwaltungen und sonstigen Stiftungsadministratoren zu Werke. Auch sie sahen beim Placiren der ihnen anvertrauten Gelder nur auf den persönlichen (das erforderliche Zahlungsvermögen selbstverständlich in sich begreifenden) Credit und geriethen, da die Offerte, welche ihnen demzufolge annehmbar dünkten, selten die ihnen zu Gebote stehenden Summen ganz erschöpften, oft in Verlegenheit darüber, was sie mit dem Reste beginnen sollten, ungeachtet der gemeine Zinsfuss eine enorme Höhe erreicht hatte.

Die Einladung der Wiener Stadt-Bank, sich an ihr durch „Zuschüsse“, die sie mit 5 und 6 Procent zu verzinsen gelobte, zu betheiligen, war daher besonders allen Verwaltern fremden Vermögens willkommen und man braucht, um den grossartigen Erfolg, den diese Einladung bei denselben hatte, begreiflich zu finden, durchaus nicht an directen oder indirecten Zwang zu denken. Sicher zog der minder berufseifrige Mann, welchem es blos um die formelle Erfüllung seiner Amtspflichten zu thun war, die Placirung der ihm anvertrauten Gelder in der Bank jeder anderen vor, weil die kaiserliche Protection, unter welcher das Institut stand, geeignet war, ihn von aller weiteren Verantwortung für die also untergebrachten Summen und von aller Sorge um dieselben zu befreien. Aber auch Viele, welche ihr eigenes Vermögen verwalteten und bei denen folglich das eben erwähnte Motiv fehlte, begrüsst jene Einladung der Wiener Stadt-Bank Angesichts der oben geschilderten Verhältnisse als einen Ausweg, den sie, geblendet durch das imponirende Auftreten der Anstalt, ohne alle Gefahr einschlagen zu können meinten, um zu einer ansehnlichen und keinen Wechselfällen unterworfenen Rente zu gelangen.

Der Ruf strenger Rechtlichkeit und Ordnungsliebe in Geldsachen, welchen der Wiener Magistrat durch ganz Österreich genoss, liess in den mit der Natur und Stellung des Instituts nicht näher Vertrauten kein Bedenken wider ihre schnell beschlossene Betheiligung an demselben aufkommen, und wie lockend war nicht die Bequemlichkeit, mit welcher sie ihren Beschluss ausführen konnten! Fast an jedem Orte von einiger Bedeutung hatte in den deutsch-böhmischen Provinzen und später auch in Ungarn irgend ein „Bankoamt“ seinen Sitz, das die Vermittlung gerne übernahm; ja in manchen Grenzdistricten brauchten die Leute blos zur nächstgelegenen Zollstätte sich zu begeben, um das Geschäft ins Reine zu bringen.

So sehr kamen der Bank die Organe zu Statte, deren nächste Bestimmung die Einhebung der ihr eingeräumten Staatsgefälle war, und es ist mindestens zweifelhaft, ob dieselben ihr nicht durch die Zumittlung von Darlehen mehr nutzten, als durchs Sammeln der Gefälle. Denn sie werden wohl auch zu Gunsten der Vermehrung der Bankeinkünfte durch derlei Zuschüsse Propaganda gemacht und dadurch sich ihren Vorgesetzten zu empfehlen gesucht haben. Diese mündliche Thätigkeit musste aber desto bessere Früchte tragen, als sie weder durch entgegenarbeitende Zeitungsberichte, noch durch die Concurrenz anderer Creditinstitute (abgesehen von der „Universal-Bankalität“, welche aber erst im Jahre 1714 als Nebenbuhlerin der Wiener Stadtbank auftrat und nirgends grossen Credit genoss) beeinträchtigt wurde ⁶⁶).

Wir wollen nun, nachdem wir die Zuflüsse der Bank kennen gelernt haben, auch den Gebrauch, den sie von diesen Zuflüssen machte, näher betrachten.

Von den Verbindlichkeiten, welche sie ihren Gläubigern gegenüber einging, war bereits die Rede. Wir bemerken hier nur noch, dass sie denselben bis zu ihrem Verfall stets gewissenhaft nachkam und sich grosse Mühe gab, dieses Renomé zu behaupten.

Dem Staate aber erwies sie sich wiederholt als eine Retterin aus banger Noth, und zwar nicht nur durch Übernahme seiner Schulden, sondern auch — wie wir oben bereits andeuteten — durch baare Darlehen.

Was die von ihr zu verschiedenen Zeiten übernommenen Staatsschulden betrifft, so gibt folgende Übersicht derselben (deren Vollständigkeit wir indessen nicht verbürgen) Daten an die Hand, welche

die Grösse des Dienstes, den sie durch die bezüglichen Transactionen dem Staate leistete, deutlich erkennen lassen:

Im Jahre 1706 übernahm sie	6,000.000 fl.
Vom Jahre 1715 bis 1721 inclusive	4,132.247 „
Vom Jahre 1721 bis 1729 inclusive	39,601.643 „
Im Jahre 1730	8,500.000 „

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Bank, so oft sie neuerdings Staatsschulden übernahm, einen Theil der früher übernommenen bereits getilgt hatte und daher im Jahre 1730 keineswegs mit der Gesamtsumme der vorangeführten Theilbeträge belastet war. Im Jahre 1732 belief sich das von der Übernahme sogenannter „Cameralschulden“ herrührende Obligo der Bank an Capital nur mehr auf 15,630.512 fl. 54 kr.

Um so grösser war damals die Zahlungsverbindlichkeit, welche die Bank durch die Übernahme von baaren Einlagen, die sie sodann dem Staate vorzustrecken pflegte, auf sich geladen hatte. Wie wir bereits angeführt haben, überstieg dieselbe 51 Millionen. Hieraus allein schon kann auf die Grösse der Darlehen geschlossen werden, welche die Bank dem Staate nach und nach gewährte.

Von 1715 bis 1720 inclusive erwarb sie solcher Gestalt der Hofkammer gegenüber ein Guthaben von 18,049.754 fl. Dazu kamen in den Jahren 1721—1729 inclusive weitere Vorschüsse im Gesamtbetrage von 4,446.582 fl. Auch später noch half die Bank dem Staate mit ansehnlichen Summen aus, so lange nur sie selbst Credit genug hatte, um baares Geld an sich ziehen zu können. So z. B. im Jahre 1730 mit 8,884.549 fl. 30³/₄ kr.; im Jahre 1733 mit 3,251.018 fl. 30 kr.; im Jahre 1735 mit 3,333.641 fl. 57 kr.; in der ganzen Periode von 1730 bis 1736 inclusive mit 17,865.998 fl. 24 kr.

Wie mächtig die Bank durch diese Vorschüsse an den Staat nicht nur in den Gang der politischen Ereignisse, sondern auch in das Hofleben und in das industrielle Getriebe, ja selbst in die Entwicklung religiöser und wissenschaftlicher Bestrebungen eingriff, zeigt nachstehende Zusammenstellung von Specificationen, welche der Hof-Bankodeputation von Zeit zu Zeit seitens der Bank-Buchhaltung über die Zwecke, zu welchen jene Darlehen bestimmt waren, vorgelegt wurden.

An „Gnadengeldern“ kamen auf kaiserlichen Befehl durch die Wiener Stadt-Bank unter Anderen zur Vertheilung:

1723: 25.000 fl. an den Hofrath Johann Georg Managetta von Lerchenau, welcher an den Berathungen der durch Gesetzartikel 59 vom Jahre 1715 vom ungarischen Reichstage eingesetzten („exmittirten“) „Comissio Systematica“ das Jahr zuvor als Regierungs-Commissär den lebhaftesten Antheil genommen und das bezügliche Elaborat einer gründlichen Beurtheilung unterzogen hatte ⁶⁷⁾.

„ 45.000 fl. an den Staatsminister Grafen Philipp Ludwig von Sinzendorf;

„ 20.000 fl. an den Freiherrn Franz Szluha von Iklád, der nächst dem Palatin Grafen Niklas Palffy (V.) durch seine hinreissende Beredtsamkeit wohl das Meiste beigetragen hatte, die Ungarn zur Annahme der pragmatischen Sanction zu bewegen, und zum Lohne dafür auch im Jahre 1726 die Herrschaft Salgó im Neográder Comitath vom Kaiser als ein „beneficium regium“ geschenkt erhielt ⁶⁸⁾.

„ 70.000 fl. an den General-Hofbau-Director Grafen Gundaker Althann ⁶⁹⁾.

1724: 100.000 fl. an die „Hungarischen Comitath“;

„ 40.000 fl. an einen Grafen Stürkh.

„ 8.087 fl. an den Convent der Karmeliter in Wien;

1725: 100.000 fl. an die „Chur-Prinzessin“ in Baiern;

„ 11.500 fl. an Herrn von Hagenbach (?);

„ 24.000 fl. an den Vice-Palatin Stephan Nagy;

„ 30.000 fl. an den geheimen Secretär und Staatsrath Johann Georg Freiherrn von Buol ⁷⁰⁾.

„ 30.000 fl. an eine „Gräfin Bräunerin“;

1730: 941 fl. an die hinterlassenen Weiber der in die Marmaros „verschickten“ Schiff-, Holz- und Sagknechte ⁷¹⁾.

1731: 1.500 fl. an das Jesuiten-Collegium zu Antwerpen in Gemässheit einer vom Kaiser Leopold I. dahin gemachten Stiftung.

Für „geheime Zwecke“ wurden von der Bank über Anordnung der Hofkammer und auf deren Rechnung bezahlt:

1732, den 1. Mai: 2500 Stück Ducaten an den kaiserlichen Gesandten in Berlin Grafen Seckendorf, durch das Banquierhaus der Gebrüder Palm, und 50.000 fl. an den kaiserlichen Gesandten in Frankfurt, Grafen Harrach, theils durch das vorerwähnte Haus, theils durch den Hoffactor Wolf Werthheimer;

1732, den 30. Mai: 36.000 Stück Ducaten an den kaiserlichen Gesandten am polnischen Hofe, Grafen Wilczek;

„ den 16. Juni: 3730 Stück russische Rubel à 2 fl. an den kais. Residenten am russischen Hofe, Nikolaus Sebastian von Hochholtz (per Wechsel);

1733, den 20. August: 300.000 fl. an den (letzten) kaiserlichen Gouverneur von Schlesien, Grafen Johann Anton Schafgotsch zu Breslau;

„ den 14. November: 40.000 fl. an den kaiserlichen Gesandten in Berlin.

Die Bank war es ferner, welche dem wallachischen Fürsten Rudolph Katakuzen die ihm vom Kaiser zuerkannte „Pension“ von jährlichen 2850 fl. und obendrein noch manche Summe zu geheimen Auslagen ausbezahlte.

Auch empfing durch sie der gelehrte P. Marquard Herrgott einen Theil der Gelder, welche die Munificenz Kaiser Karl's VI. ihm zur Sammlung und Herausgabe „Habsburgischer Documente“ bewilligte, und zwar 1500 fl. am 22. October 1733 als Ersatz von „Reise- und anderen Unkosten“ und 8000 fl. am 26. August 1736 für die Herausgabe der „Genealogia Augustae Gentis Habsburgicae“, welche 1737 zu Wien in zwei Theilen erschien.

Nicht minder war es die Wiener Stadt-Bank, welche zu Anfang des Jahres 1730 auf Grund einer Deputations-Verordnung vom 5. Jänner dem Melchior Muraldo (richtiger vielleicht Muralt) zur ferneren Fortsetzung seiner „Gold- und Silberfabrik“, d. h. einer Gold- und Silberbortenfabrik, welche derselbe, ein Schweizer von Geburt, kurz zuvor in Wien angelegt hatte, die verhältnissmässig ungeheure Summe von 108.165 fl. hinauszahlte und gegen Schluss dieses Jahres überdies ein mit 6 Procent zu verzinsendes Darlehen von 7000 fl. verabreichte ⁷²⁾.

Mehreren Würdenträgern des Staates zahlte sie wiederholt in Vertretung der Hofkammer, die das dazu erforderliche Geld nicht aufbringen konnte, ihre Gehalte und sonstige Guthaben an die Staatskasse aus. So z. B. im Jahre 1734 dem Grafen Gundaker Starhemberg seinen Präsidentengehalt, d. i. nach Abzug der 3procentigen Legitimations-Arrha, welche der Universal-Bankalität gutgeschrieben werden musste, 29.100 fl.; am 12. April 1734 dem Prinzen Eugen von Savoyen 100.000 fl., am 5. Mai 1735 ebendemselben abermals

100.000 fl. und dazu dessen Kriegspräsidentens - Gage pr. 16.500 fl. und Personalzulage pr. 22.000 fl.

Endlich bestritt die Bank viele regelmässig wiederkehrende „Hofauslagen“, insbesondere die Kosten der kaiserlichen Jägerei ⁷³⁾ und verschiedene „Kammerdeputate, Appanagen und extraordinäre Reichnisse“. — Neben der Befriedigung ungestümer Creditsparteien, welche die Kaiserin bedrängten, und neben der Ausfolgung einer grossen Summe (100.000 fl.), welche zur Errichtung der am hohen Markte in Wien stehenden „Votivsäule“ ⁷⁴⁾ bestimmt war, finden wir in jenen Specificationen Ausgaben für Kammerzofen, welche Besoldungsrückstände reclamirten und für Kleider und Toilette-Gegenstände, welche die Erzherzogin (nachmalige Kaiserin) Maria Theresia sich aus London bringen liess, verzeichnet.

Die Wiener Stadt-Bank half aber dem Staate nicht nur durch materielle Unterstützung, sondern gewährte ihm auch durch Erhöhung des kaiserlichen Ansehens einen moralischen Succurs, wie dies — anderer Belege nicht zu gedenken — aus der durch sie bewerkstelligten Rückzahlung der Summen erhellt, welche holländische Capitalisten der österreichischen Regierung in Zeiten grosser Noth (1669 und 1703) unter „höchst disreputirlichen“ Bedingungen vorgestreckt hatten ⁷⁵⁾.

4. Stellung der Bankgläubiger.

Genau genommen, lassen sich sechs Kategorien von Bankgläubigern unterscheiden:

Erstens: Besitzer von Bankobligationen, welche eine permanente 5procentige Rente gewährten, ohne dass jedoch das Capital je hätte zurückgefordert werden können.

Zweitens: Besitzer von Bankconsignationen über eingelegte Fideicommiss - Capitalien oder sonstige Stiftungsgelder, welche gleichfalls nicht aufgekündigt werden konnten und theils mit 4, theils mit 5 Procent verzinst wurden.

Drittens: Pupillen, denen ihr Guthaben bei der Bank nach erreichter Grossjährigkeit hinauszuzahlen und mittlerweile mit 4 oder 5 Procent zu verzinsen war.

Viertens: Besitzer von Schuldbriefen über Anlehen, welche die Bank im eigenen Interesse contrahirt und nicht nur mit 5 oder 6 Procent zu verzinsen, sondern auch auf Verlangen jederzeit zurückzuzahlen sich verbindlich gemacht hatte.

Fünftens: Besitzer von Obligationen über Capitalien, welche die Bank für den Staat aufgenommen hatte und die sie nach einer festgesetzten Reihe von Jahren zu tilgen, inzwischen aber mit 5 oder 6 Procent zu verzinsen verpflichtet war.

Sechstens: Bankgläubiger, deren Guthaben in einer Annuität von bestimmter Dauer bestand ⁷⁶).

Die letzterwähnte Kategorie ging indessen bald in der ersterwähnten auf, nachdem die Einkünfte der Bank nicht hinreichten, neben den Zinsen auch die Amortisation des Capitals zu bestreiten.

Gewisse Begünstigungen hatten alle Bankgläubiger mit einander gemein. Diese waren:

1. Die gänzliche Steuerfreiheit ihrer bezüglichlichen Forderungen.
2. Das Privilegium, dass derlei Forderungen, ausgenommen den Fall einer Majestäts-Beleidigung, keiner Confiscation oder sonstigen Inbeschlagnahme unterlagen.
3. Die Begünstigung, dass Extracte aus den Büchern der Bank über alle durch dieselbe gemachten Zahlungen volle Beweiskraft hatten, so dass („ob fidei dignitatem“) ein anderer Beweis dafür vor Gericht nicht beigebracht zu werden brauchte.
4. Das Vorrecht, von der Bank alle Münzen umsonst umgewechselt zu erhalten.
5. Die Annahme der Bank-Obligationen al pari seitens aller Staats- und Bank-Kassen.
6. Der Anspruch auf ausschliessliche Berücksichtigung bei Anstellungen im Staatsdienste, bei Gnadenverleihungen, Standeserhöhungen, Belohnungen u. dgl. Allerhöchsten Gunstbezeugungen.
7. Eine „Prävalenz vor den Abstinenten vom Banko in allen Begebenheiten.“
8. Der Anspruch der Witwen und Waisen verarmter Bankgläubiger auf Unterstützung durch die Bank, im Falle als denselben keine obrigkeitliche Versorgung zu Theil wird.

Die unter 3—8 erwähnten Begünstigungen wurden übrigens den Bankgläubigern erst durch das Confirmationspatent vom 24. März 1713 zugestanden, welches andererseits auch bestimmte, dass derjenige Bankinteressent, welcher von der Bank ein kündigbares Guthaben wirklich zurückfordern würde, dadurch auf 20 Jahre das Recht, an der Bank Theil zu nehmen (die „*facultas interessentiae*“), verlieren sollte.

Einige aus diesen Begünstigungen, wie namentlich die unter 4., 5. und 8. erwähnten, kamen auch nie zu voller Geltung oder hatten nur vorübergehend Statt. Dagegen stand, und zwar gleich von der Eröffnung des Instituts an, fest: dass jeder Bankgläubiger sein Guthaben ganz oder theilweise („per partes zu 100 fl., die man Banco-Portion heisst“) durch mündliche Erklärung seines Willens vor der Bankverwaltung an wen immer cediren oder eine beliebige Person schriftlich darauf „assigniren“ konnte; doch war Niemand gehalten, eine derartige Bezahlung sich gefallen zu lassen. Die auf Bankcapitalien gezogenen Anweisungen cursirten wie Wechsel, vorausgesetzt, dass die Bankverwaltung sie acceptirt hatte. Nach dem Confirmationspatente vom Jahre 1713 durften für derlei Anweisungen, dafern sie zu Darlehen an andere „Bankalisten“ verwendet wurden, nur 3 pCt. an Interessen bedungen werden, da die Bank das bezogene Capital ohnehin grösstentheils mit 6 pCt. verzinst, und dem Besitzer daher auch unter dieser Beschränkung im Ganzen eine 9procentige Rente daraus erwuchs. Wer auf Grund einer in Händen habenden Anweisung die wirkliche Umschreibung der Summe, auf welche dieselbe lautete, erwirken wollte, begab sich damit zur Bankliquidatur, wo das Geschäft schnell vollzogen ward. Kassirte aber der neu eintretende Bankgläubiger den Betrag, auf welchen die Assignment gelautet hatte, ein, und ging demzufolge der betreffende Assignant der Zinsen, welche er bis dahin seitens der Bank dafür bezog, verlustig: so war die Bank nach dem Confirmationspatente verpflichtet, letzterem noch durch zehn Jahre jährlich 3 pCt. des Betrages „gleich einer Pension“ zu entrichten ⁷⁷⁾).

Der Stadt Wien war es anheimgegeben, die Bankobligationen auch vor der Verfallszeit einzulösen, nur musste sie in diesem Falle drei Monate zuvor das Capital kündigen. Auch die ihr obgelegenen Annuitäten konnte sie vor dem präliminirten Termine entrichten, wenn sie es für gut fand. Der Gläubiger war schuldig, sechs Wochen nach erfolgter Kündigung (oder vielmehr Avisirung) die nächstfällige Capitalsrate sammt den laufenden Interessen anzunehmen. Wollte hinwieder ein Gläubiger sein Guthaben über den Verfallstermin hinaus gegen Zinsen in der Bank belassen: so musste er mit der Stadt ein eigenes Abkommen treffen, und es stand bei letzterer, darauf einzugehen oder auch den Offerenten abzuweisen.

Nach geschעהener Übernahme eines Gläubigers und erfolgter Ausstellung der bezüglichlichen Obligation seitens der Bank sollte diese laut

des Gründungspatentes keine „Exception“ wider ersteren mehr vorbringen können, sondern gehalten sein, Alles zu erfüllen, was der Schuldbrief ihr auferlegte. In keinem Falle konnte der Staat von Gläubigern, deren Forderungen an ihn die Bank einmal übernommen hatte, um diese Guthaben mehr belangt werden. Wohl aber machte sich die Regierung anheischig, durch eine besonders prompte Justizpflege den Bankgläubigern stets zu ihrem Rechte gegenüber der Bank zu verhelfen. In dem Gründungspatente vom 24. December 1705 heisst es ausdrücklich: „Wann zwischen dem Banco und einem Creditore ein Zwiespalt oder Streitigkeit sich erheben und dem Banco von dem Creditore mehr, als er kraft dieses Diplomatis und seiner von gemeiner Stadt habenden Obligation zu prätendiren befugt ist, zugemuthet oder der Creditor von dem Banco verkürzt werden wollte: so solle auch diese (Hof-Banco-) Deputation der Judex competens und die billige Ausrichtung zu thun cum derogatione aliarum quarumvis instantiarum autorisirt seyn; in judicio ipso deputationis aber die Nothdurfft gantz Summarie und zwar soviel thun- und möglich nur mündlich gehandelt, die Handlung von dem Actuario fleissig aufnotirt und sogleich darauf der (die) Sententz gesprochen und publicirt werden. Da aber durch die von der Deputation schöpfende Erkänntniss ein oder ander Theil beschwert zu seyn vermeynte soll die Revision stante pede angemeldet und in casum talem die pro & contra gehandelte und von dem Actuario aufnotirte Nothdurfft cum rationibus decidendi alsogleich an Uns zu Handen Unserer Oesterreichischen Hof-Cantzley gegeben werden, welche wir dann dahin gnädigst befiehlt und instruirt haben, dass sie dergleichen angemeldte Revisiones sine mora et sepositis omnibus aliis Uns zu Unserem gnädigsten Final-Entschluss vortragen solle; indessen aber wird gleichwohl die von dem judicio delegato geschöpfte Erkänntniss exequirt und demjenigen Theil, welcher den Sententz vor sich erhalten, gegen leistender Caution das adjudicirte Quantum ausgefolgt werden. Und wird hiemit pro Sanctione irrevocabili statuirt, dass sub nullo praetextu, wie der immer eronnen oder erdacht werden mag, keiner Parthey, so bey dieser Banco-Deputation judicirt wird, einiges Moratorium oder Stillstand verwilliget oder gegeben werden, und so einiges gegeben würde, selbiges vor sub — & obreptitie erhalten geachtet, folglich ohngültig und ohne Effect seyn solle.“

Nichtsdestoweniger sicherte die Regierung der Bank im Contracte vom 25. Februar 1706 (Art. 7) ein allgemeines Moratorium für jeden

„Casus fortuitus“, der den Staat oder die Stadt treffen würde, zu, inso- weit nämlich solches schon im gemeinen Rechte begründet sei. Obgleich nun dieser Vertrag erst im Jahre 1748 (als die Bank bereits mit raschen Schritten ihrem Ende nahte) veröffentlicht wurde: so erhielten doch die Bankgläubiger von der Gefahr, in welche jene Zusicherung sie versetzte, frühzeitig Kenntniss, da die Hof-Bancodeputation bei Entscheidung der Processe, welche bei ihr wider die Bank anhängig gemacht wurden, sich wiederholt darauf berief. Besagte Gefahr wurde jedoch durch die Begünstigungen, welche die Bankgläubiger als solche genossen — wenn- gleich nie alle oben aufgezählten denselben zu Statten kamen — auf- gewogen, und es gab kaum einen Gläubiger, der nicht einen blossen Aufschub seiner Befriedigung, vorausgesetzt, dass er nicht sein Guthaben darüber einbüsste oder einen nachhaltigen Zinsenverlust erlitt, sich am Ende gutwillig hätte gefallen lassen.

Grossen Werth hatte namentlich die Steuerfreiheit der Bank- obligationen in einer Zeit, wo das übrige Vermögen der österreichischen Staatsangehörigen den mannigfachsten Steuern unterlag⁷⁸⁾. Auch die schlagende Beweiskraft der Bankbücherextracte war eine Wohlthat, welche Jeder wohl zu schätzen wusste, der mit den damaligen Gerichten und Advocaten in Berührung kam⁷⁹⁾, so wie die Unantastbarkeit des in der Bank anliegenden Geldes schwer wog unter Verhältnissen, welche zu häufigen Vermögensconfiscationen und sonstigen Enteignungen Anlass gaben⁸⁰⁾.

III. Schicksale der Bank.

I. Periode des Aufschwungs.

In früherer Zeit, wo man in Geld- und Creditsachen bedachtsamer zu Werke zu gehen pflegte als in unseren taumeligen Tagen, und Banken noch eine seltene Erscheinung, ja in vielen Ländern etwas Unerhörtes waren, hatte ein derartiges Institut regelmässig mehrere Entwicklungs- stadien durchzumachen, ehe dessen Zustandekommen als gesichert betrachtet werden konnte.

Das erste Stadium war das des Misstrauens, womit das Publicum demselben Anfangs zu begegnen pflegte, und das allein schon hinreichte, eine Bank, noch bevor sie Wurzel fassen konnte, im Keime zu vernich- ten, wenn sie nämlich nicht zusetzbare Mittel genug hatte, um ohne tödtlichen Kraftverlust dieses sterile Stadium zu überdauern.

Das zweite Stadium war das der hervorbrechenden Verleumdungen, denen es mit solider Energie zu begegnen galt.

Das dritte Stadium war das des beginnenden Vertrauens, welches sorgsam gepflegt und mit angelegentlicher Selbstempfehlung genährt werden wollte.

Erst wenn eine Bank diese drei Stadien zurückgelegt hatte, konnte man insgemein von ihr sagen: sie besteht und verspricht zu gedeihen.

Doch gab es auch damals schon Ausnahmen von obiger Regel, und zu diesen gehörte die Wiener Stadt-Bank.

Wie verschieden auch deren Charakter von dem einer gewöhnlichen, in die Classe der Erwerbsgeschäfte gehörenden Bankunternehmung war: so hing doch deren Zustandekommen nichtsdestoweniger von dem Vertrauen, welches das Publicum in sie setzte, ab. Hiezu konnte nun ein gewöhnliches Creditinstitut — wie gesagt — nur auf dem dornenvollen Wege gelangen, der in jene drei Stadien zerfiel. Die Wiener Stadt-Bank aber erreichte dieses Ziel weit schneller und beinahe ohne alle Gefahr. Nicht als ob ihre Vorläuferin, die Leopoldinische Giro-Bank, ihr den Weg dazu geebnet hätte; die im Publicum fortlebende Rückerinnerung an dieses verunglückte Unternehmen war vielmehr ein grösseres Hemmniss ihres Fortkommens, als die völlige Unbekanntschaft der Leute mit der Natur eines solchen Instituts gewesen sein würde: sondern weil die Regierung Alles aufbot, um dem Publicum durch Belehrung die Scheu vor einer Betheiligung daran zu benehmen.

Die ermuthigenden Worte, womit das Oberhaupt des Staates sich in den bezüglichlichen Patenten an seine Unterthanen wandte, fanden, der misslichen Erfahrungen ungeachtet, welche in Ansehung der vom Kaiser Leopold I. gleichfalls durch solche anempfohlenen Bank vorlagen, doch in einer Zeit, wo die seither im Kampfe mit bösen Mächten zu männlicher Treue erstarkte Hingebung des Österreichers an sein Herrscherhaus noch das Gepräge kindlicher, alles Misstrauen ausschliessender Pietät trug⁸¹⁾, bei der überwiegenden Mehrzahl des Volkes Glauben. Viele nahmen die Versicherungen jener Patente hin, ohne auch nur über die Möglichkeit ihrer Erfüllung nachzudenken; Andere misstrauten zwar der Hofkammer, von deren Verhalten das Gelingen des neuen Unternehmens doch eigentlich abhing, hofften aber, es werde der ausdrückliche Wille des Kaisers von derselben mindestens noch insoweit respectirt werden, dass die der Bank gewidmeten Staatseinkünfte keine andere Bestimmung erhalten.

Muthwillige Verleumdungen wurden der Wiener Stadt-Bank gleichfalls von der Regierung, deren Interesse dabei im Spiele war, durch strenge Handhabung der Censurvorschriften und Criminalgesetze erspart⁸²⁾.

Für die Pflege und Kräftigung des ihr solchergestalt von der Regierung gewissermassen octroirten Vertrauens musste aber die Bank zunächst selber sorgen. Sie that dies auch, von der Hof-Bancodeputation durch kluge Massregeln unterstützt, mit dem besten Erfolge.

Schon im Spätherbste 1706 erschien eine Kundmachung der Hof-Bancodeputation, worin diese erklärte: dass vom Anfange des kommenden Jahres (1707) an die auf 100 fl. lautenden Schuldbriefe der Bank, welche damals auf 65 standen, von allen Kassen der Banco-Gefäll-Administration für 70 fl. an Zahlungsstatt angenommen werden; was in der That geschah. Zwar ergaben sich später Anstände bei der Interessenzahlung und stipulirten Capitalstilgung, weil die hiezu bestimmten Geldmittel der Bank jener Verfügung zufolge um den Betrag, bis zu welchem dieselbe sohin eigene Obligationen zum Curse von 70 einzulösen gezwungen war, hinter dem Voranschlage zurückblieben, während die Ersparnisse an Interessen und Tilgungsraten, welche die Bank durch die sogleiche Einlösung der Schuldbriefe allerdings für die Folge erzielte, ihrem Ausgabenbudget in den nächsten Jahren noch keine, den gedachten Entgang aufwiegende Erleichterung gewährten. Der Graf Gundaker Starhemberg stellte jedoch im Einvernehmen mit dem Wiener Bürgermeister Wenighofer die von ihm angebahnte Ordnung durch Darlehen, die er gegen Verpfändung der vorerwähnten Ersparnisse insgeheim im Namen der Stadt contrahirte, bald wieder her. Sofort erlitt auch der Geschäftsgang der Bank bis zu deren völligem Verfall keine Unterbrechung mehr. Die Consolidation der Bank machte im Gegentheile von Jahr zu Jahr grössere Fortschritte, ungeachtet die Hofkammer eine steigende Feindseligkeit ihr gegenüber an den Tag legte.

Diese Feindseligkeit trug nicht wenig zur Verwirklichung eines Projectes bei, das, obschon die ihm zu Grunde liegenden Motive keineswegs gerade gegen die Wiener Stadt-Bank gerichtet waren, doch, sobald es in's Leben trat, mit diesem Institute collidiren musste und daher der Hofkammer einen erwünschten Anhaltspunkt zu Machinationen wider dasselbe darbot.

Die sogenannte „Universal-Bankalität“, welche wir hier meinen, sollte eigentlich, wie das Fundationspatent vom 14. December

1714 besagt, nur eine bessere Einrichtung der Staatswirthschaft vermitteln und die Contributionsfähigkeit der Unterthanen durch geeignete nationalökonomische Vorkehrungen befördern ⁸³). Aus ihr gingen später die „Hofrechnungskammer“, der „Hofcommerzienrath“ und die „Staatsschulden-Tilgungs-Kasse“ hervor. Sie bildete nur ein Departement der obersten Finanzbehörde, und war als solches der „kais. Finanz-Conferenz“ und der „Hofkammer“ coordinirt.

Um jedoch die Kosten ihrer Erhaltung nicht auf die bereits in Benutzung stehenden Einkommensquellen repartiren und deren Ertrag sohin neuerdings in die Höhe treiben zu müssen, um ferner einen Reservefond zu Gunsten der regelmässigen Bestreitung der Staatsauslagen zu schaffen, und endlich um die zu nationalökonomischen Vorkehrungen, insbesondere zur Unterstützung geldbedürftiger Gewerbsleute durch Darlehen erforderlichen Mittel aufzubringen, verfiel man auf die sonderbare Idee, mit dieser Behörde ein Institut in Verbindung zu setzen, das für eine Assecuranzanstalt zur Versicherung von Forderungen an den Staat gelten konnte und auch von der Regierung offen hiefür ausgegeben ward, zugleich aber den Dienst einer Leihbank versah oder mindestens laut den darüber verbreiteten Nachrichten auch in dieser Eigenschaft, so wie noch in mehreren anderen, weiter unten zu erwähnenden Eigenschaften thätig sein sollte.

Die dem Institute zugewiesene Dotation bestand zunächst in allerlei „Arrhen“ ⁸⁴), und zwar:

1. in Versicherungsprämien, welche die Beamten, Officiere, Armeelieferanten und sonstigen Staatsgläubiger zu erlegen hatten, um der richtigen Bezahlung ihrer Forderungen sich zu versichern;
2. in Beiträgen, mittelst welcher alle auf ein Darlehen aus dem Bankalitätsfonde Aspirirenden, um Anspruch hierauf zu haben, sich in das Institut gleichsam einkaufen mussten;
3. in einer den Juden, welche gewisse Stellen nachsuchten oder auch nur in Wien unangefochten domiciliren wollten, auferlegten Beisteuer;
4. in den Summen, von deren Erlag das bezügliche Fundationspatent die äussere Qualifikation zum Staatsdienste und die Würdigkeit zum Empfange gewisser Gnaden von Seite des Staatsoberhauptes sofort abhängig machte. Dazu kamen dann noch Rechnungsausstände, Abfahrtgelder, Caducitäten, Fiscalitäten, aufgegriffene Contrabandobjecte, Straf gelder und noch nicht anderweitig vergebene Taxen.

Den „Bankalisten“, d. h. den Theilnehmern am Institute, stand es übrigens frei, sich desselben nicht nur gegen eine mässige Provision zur Aufbewahrung ihrer disponiblen Gelder (welche Deposita sie dann auch giriren konnten), sondern auch — wie das angezogene Patent die Sache darstellt — zur Verdoppelung des Ertrags ihres baaren Vermögens zu bedienen.

Die Bankalität erbot sich nämlich, die bei ihr gemachten Einlagen mit 3 pCt. zu verzinsen, und ausserdem Urkunden darüber auszustellen, die, nachdem sie von ihr jederzeit eingelöst werden sollten, sich wie baares Geld und folglich gleichfalls fruchtbringend verwenden liessen, so dass also der Bankalist sein eingelegtes Capital „in effectu in und ausser der Bankalität“ geniessen und Nutzen damit schaffen könnte.

Durch derlei Anlockungen trat nun die „Universal-Bankalität“ allerdings der Wiener Stadt-Bank nahe, indem sie ihr die Creditoren, welche diese Anstalt bisher bei Kraft erhalten hatten, abwendig zu machen suchte. Der wirkliche Schaden aber, welchen die Bankalität der Bank zufügte, beschränkte sich auf den Verlust der Dotation, womit das Confirmationspatent vom 24. März 1713 letztere nachträglich bedacht hatte, und die, wenn die Bank von ihren freiwilligen Creditoren nicht in Stich gelassen ward, leicht zu verschmerzen war. Diese Dotation ging nämlich, wie bereits gemeldet wurde, im Jahre 1714 bei Errichtung der Bankalität mit einigen Modificationen an diese über, wogegen aber die Wiener Stadt-Bank nunmehr auch der correlativen Verpflichtungen ledig war.

Von ihren Gläubigern hat kaum der eine und andere ihr seine Einlage gekündigt, um damit zur Bankalität überzugehen, ungeachtet dieselbe ausser den vorerwähnten noch viele andere Vortheile denen in Aussicht stellte, welche sich ihr anschliessen würden. Hatte also die Hofkammer gehofft, der Wiener Stadt-Bank durch diese neue Einrichtung die Bedingungen ihrer Fortexistenz entzogen zu sehen, und damit sich über die Kränkung getröstet, die in des Kaisers Absicht, durch die Bankalität sie überwachen zu lassen, für sie lag: so hatte sie sich vorläufig verrechnet.

Die Ränke der Hofkammerräthe, welche, absehend von der darin liegenden Prostitution der eigenen Amtsehre, die Errichtung der „Universal-Bankalität“ herbeiwünschten, um nur die verhasste Wiener Stadt-Bank los zu werden, schlugen vielmehr insoferne zum Vortheile letzterer aus, als der auch durch andere Vorgänge disgustirte Hofkammer-Präsident Graf Gundaker Starhemberg, hinter dessen Rücken jene Kabalen

geschmiedet worden zu sein scheinen, es unter seiner Würde fand, einem solchen Collegium länger noch vorzustehen, und, auf diese Präsidenschaft resignirend, den Kaiser bat, sofort seine geistigen Kräfte ungetheilt der Bank (als Vorstand der Hof-Bancodeputation) widmen zu dürfen⁸⁵).

Kaum hatte der dem Grafen persönlich zugethane Monarch diese Bitte erfüllt und Starhemberg mit verdoppeltem Eifer der Bankgeschäfte sich angenommen, so nahmen letztere einen früher ungeahnten Aufschwung. Auf die blosse Nachricht hin, dass Starhemberg von der Stelle eines Hofkammer-Präsidenten zurückgetreten sei, hob sich der Curs der Bankobligationen und der Stand der Einlagen.

Die Hofkammer ruhte indessen nicht, bis sie der Bank neue Verlegenheiten bereitet hatte, und erklärte ihr unter dem Präsidenten Grafen Franz Gottfried v. Dietrichstein⁸⁶), der mit Starhemberg ohnehin nicht harmonirte, offen den Krieg. Ein hierauf hindeutendes Zeichen war namentlich der im Jahre 1717 (unterm 29. September) von der Hofkammer bei dem Kaiser gestellte Antrag: es möge der Wiener Stadtbank die von der aufgelösten Giro-Bank an sie übergegangene Dotation entzogen und ihr (der Hofkammer), die dafür auch die auf dieser Dotation haftenden Zahlungen in Zukunft bestreiten zu wollen sich bereit erklärte, eingeräumt werden.

Graf Starhemberg, welcher mittlerweile (unterm 6. März 1717) die zwar einflussreiche, doch (weil damit keine eigentlichen Bureaugeschäfte verbunden waren) seine Thätigkeit nicht sehr in Anspruch nehmende Stelle eines Directors der kais. Finanzconferenz neben der eines Präsidenten der Hof-Bancodeputation zu bekleiden durch des Kaisers Wunsch bestimmt worden war, widersetzte sich mit der ganzen Macht seines Einflusses diesem Antrage, und erwirkte auch, dass der Kaiser ihn zurückwies.

Da nun die Hofkammer sah, dass der Bank auf diesem Wege nicht beizukommen sei, und inzwischen wieder tief in Schulden gerathen war: so drang sie auf einen Vergleich zwischen ihr und dem Institute, kraft welchem das letztere einen Theil jener Schulden auf sich nehmen sollte.

Die Bank konnte hiegegen keine stichhaltige Einwendung machen, weil die ihr dafür zugesagte Dotation, freilich mit Zuhilfenahme aller Rechenkünste, als hinreichend zur statutenmässigen Deckung der Bank nachgewiesen wurde, und sie in diesem Falle nach dem klaren Wortlaute des Fundamentalcontractes zur Übernahme neuer Staatsschulden

verpflichtet war. Sie musste also im Jahre 1718 mit Vertrag vom 12. December sich verbindlich machen, Forderungen des churpfälzischen Factors und Hofjuden, Abraham Ulm, an die kais. Hofkammer im Gesamtbetrage von 1,200.000 fl. binnen einer gewissen Zeit zu befriedigen, und froh sein, dass im darauf folgenden Jahre die Hofkammer (mittelst Recess vom 29. Juni 1719) ihr mindestens eine Prolongation ihrer Bezüge bewilligte, welche sie vor Schaden von dieser Seite her einigermaßen sicher stellte.

Dieses Zugeständniss war indessen ein Danaidengeschenk, da es eine Dispens der Bank vom Zuhalten der Zahlungstermine, welche sie den nach der alten Norm behandelten Giro-Bankereditoren gegenüber eingegangen hatte, involvirte, eine Dispens, auf welche sich im Nothfalle zur Abwendung von Processen füglich berufen werden konnte.

Unter der Führung eines minder gewissenhaften und umsichtigen Mannes, als Graf Starhemberg war, würde auch die Bank der hierin liegenden Versuchung vielleicht nicht widerstanden und dadurch zur nicht geringen Freude der Hofkammer sich selbst das Todesurtheil gesprochen haben; allein der unbeugsame Rechtssinn des genannten Cavaliers, der damals noch im kräftigen Mannesalter stand, machte dies geradezu unmöglich. (Nur eine Reduction des Betrages der einzelnen Raten, nicht aber eine Suspension ihrer Ausbezahlung trat, und zwar schon früher, nothgedrungen ein.)

Als solchergestalt die Hofkammer inne ward, dass die Bank auch durch List nicht zum Fall zu bringen sei, rüstete sie sich zu einem Hauptangriffe auf dieselbe, welcher, obschon Graf Starhemberg dessen Gelingen zu vereiteln wusste, doch der Bank Wunden schlug, von denen sich dieselbe nie mehr ganz erholte.

2. Die Krisis des Jahres 1723 als Wendepunkt.

Lange hatte die Bank trotz ihres zunehmenden Credits sich nicht in der Lage befunden, dem Staate grössere Summen aus dem Fonde der bei ihr gemachten Einlagen vorzustrecken. Alles, was sie in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens in dieser Hinsicht thun konnte, war: dass sie dem Staate 300.000 fl. lieh. Dafür unterstützte sie ihn negativ desto kräftiger, indem sie ihm Zahlungen nachsah, welche er ihr von Rechtswegen zu leisten gehabt hätte. Als jedoch die Türken durch Verletzung des Karlowitzer Friedens den Kaiser in den Jahren 1716—1718 zu neuen Kriegsrüstungen wider sie zwangen, als hierauf in Italien die

Rechte der Habsburgischen Dynastie eine Kränkung um die andere erfuhren, und König Philipp von Spanien dem bekannten Quadruple-Allianz-Vertrage beizutreten sich weigerte, als Österreich in Folge dieser Verwickelungen seine Ausgaben wieder vervielfältigen musste, ohne eine entsprechende Vermehrung der Staatseinnahmen sobald gewärtigen zu können: da siegte der Patriotismus des Grafen Starhemberg über alle, in ruhigen Zeiten von ihm wohlbeachteten Bedenken. Er widersetzte sich nun nicht nur nicht der Ausfolgung grösserer Darlehen seitens der Bank an den Staat, sondern eiferte sogar die Bankverwaltung an, dem Staate mit solchen beizuspringen. Die Summen, welche die Bank nun jährlich an die Hofkammer ablieferte, erreichten in den Jahren 1720 bis 1722 regelmässig die Höhe von 1,200.000 fl. Starhemberg sollte jedoch nur zu bald inne werden, wie sehr er, dem Zuge seines Herzens folgend, gegen die Gebote der Klugheit sich versündigt hatte.

Die Hofkammer fand ein zu grosses Behagen an dieser Aushilfe, als dass sie nicht hätte trachten sollen, dieselbe auch über die Kriegsjahre hinaus sich zu erhalten und, wo möglich, in eine stehende Einnahme zu verwandeln. Andererseits war kein Mittel geeigneter, die Bank eines langsamen, aber sicheren Todes und noch dazu durch Transfusion auch ihrer letzten Kraft in die Adern der Hofkammer sterben zu machen, als die Verwandlung jener freiwilligen Gabe in ein obligates, unter allen Umständen zu leistendes Rechniss. Die Hofkammer trug daher beim Kaiser auf Resolvirung eines Gesetzes an, wodurch die Bank verpflichtet werden sollte, jährlich ohne Rücksicht auf den Stand ihres Budgets 1,200.000 fl. als einen Überschuss, der sich von selbst verstehe, an sie, die Hofkammer, abzuführen.

Dass diese Behörde die Gefahr voraussah, welche eine solche Verfügung der Bank bereiten musste, ist schon darum als gewiss anzunehmen, weil das Gegentheil eine Beschränktheit des Geistes voraussetzt, welche geradezu unvereinbar mit einer dauernden Dienstleistung in höheren Regierungskreisen ist, und, wäre sie wirklich ein Gemeingut der bezüglichen Referenten und Votanten gewesen, doch auch in anderen Stücken sich kundgegeben haben müsste, während gerade die über jenen Antrag erstatteten Referate der Hofkammer — abgesehen von dem fraglichen Punkte, von welchem aber auch aus äusseren Gründen angenommen werden darf, dass die Hofkammer ihn nur nicht verstehen wollte — einen hellen Verstand durchblicken lassen. Allerdings scheint es auf den ersten Blick unbegreiflich, wie die Hofkammer vernünftiger Weise einen

Antrag stellen konnte, dessen voraussichtliche Folgen sie der Vortheile, auf welche es dabei zunächst abgesehen war, für die Zukunft wieder zu berauben drohten; allein dieser innere Widerspruch erklärt sich aus der Sorglosigkeit, womit die betreffenden Hofkammerräthe einer Zukunft entgegenblickten, die sie kaum mehr in Activität traf. Erhielt jener Antrag die kaiserliche Genehmigung, so waren sie — wenn nicht völlig unerwartete Ereignisse eintraten — für die nächsten Jahre frei von der verdriesslichen Sorge um Geld zu öffentlichen Zwecken, und hatten sie überdies das Vergnügen, die ihnen so verhasste Bank dahinwelken zu sehen; um das, was nachher geschehen würde, kümmerten sie sich nicht.

Es ist hier der Ort, die Ursachen näher zu besprechen, welche dem Hasse der Hofkammer wider die Wiener Stadt-Bank zu Grunde lagen.

Heutzutage würde ein Benehmen, wie es die Hofkammer der genannten Bank gegenüber an den Tag legte, kein geringes Aufsehen erregen; unter Kaiser Karl VI. war jedoch in Österreich persönliche Animosität eine ganz gewöhnliche Triebfeder beim Verkehre der Behörden unter sich und mit Instituten, welche ihnen aus irgend einem Grunde zum Anstoss gereichten. Von der Empfindsamkeit und Scheelsucht, die damals in jenen Kreisen herrschten, kann nur derjenige einen klaren Begriff sich bilden, welcher gleichzeitige Gesandtschafts-Relationen und Privatbriefe, in denen sich die einschlägigen Bureauzustände abspiegeln, zu Gesicht bekommt. Da ist fortwährend von Rangstreiten, Intriguen, Verschwärzungen und Nachstellungen die Rede; kaum dass hie und da des gemeinen Wohles als eines Motivs zu Anträgen Erwähnung geschieht. Jeder Rath eines Collegiums empfand die Beeinträchtigungen, die der Wirkungskreis seiner Behörde durch andere Behörden erlitt, als ebenso viele persönliche Beleidigungen, und ergrimmte darob, mochten auch noch so viele öffentliche Rücksichten zu Gunsten solcher Veränderungen sprechen. Diese vermeintlichen Beleidigungen sollten dann aber auch an ihren vermeintlichen Urhebern wo möglich nach dem Talionsprincipe gerächt werden, und gleich wie damals selbst Gesandte von Privatgehässigkeiten sich so sehr beherrschen liessen, dass sie sich in Wien auf offener Strasse prügeln⁸⁷⁾, und der österreichische Adel unter sich das Faustrecht neuerdings zur Geltung brachte⁸⁸⁾: so hieben auch die in Conflict gerathenen Behörden und Institute, unbekümmert um's allgemeine Beste, schriftlich auf einander ein⁸⁹⁾.

Es war nur eine natürliche Consequenz der eben geschilderten impetuosen Zeitrichtung und Auffassung der Dinge, dass die Hofkammer

in der Bank, welcher sie einen Theil ihres Wirkungskreises und ihrer Revenüen (und noch dazu Geschäfte, die mitunter sehr rentabel waren) hatte abtreten müssen, einen Feind erblickte, dessen Vernichtung für sie eine Ehrensache und nicht minder durch die Klugheit geboten sei. Bestärkt wurde sie dann noch in diesem Vorsatze durch die Anmassung des mehrerwähnten Buchhalters Kirchner, der ein Vergnügen darin fand, sie zu beschämen und ihr überhaupt grossen Eintrag that.

Unter diesen Umständen und mit Rücksicht auf die Geringschätzung, womit Graf Starhemberg die Hofkammer behandelte, seit er aus ihrem Gremium geschieden war, kann es uns nicht Wunder nehmen, wenn wir die vorgenannte Behörde im Jahre 1723 einen wohlcombineden Angriff auf die Bank unternehmen sehen.

Schon zu Anfang des Jahres verlautete, es führe der Staat etwas wider die Bank im Schilde, um sich dieselbe über das Maass ihrer ursprünglichen Verbindlichkeiten hinaus dienstbar zu machen. Auf dieses Gerücht hin zogen viele Bankgläubiger ihre Einlagen plötzlich zurück, so dass die dadurch bedingten Hinauszahlungen den baaren Vorrath im Monat Januar allein um 1,313.617 fl. überstiegen und die Bank nur durch geheime Anlehen sich solvent erhalten konnte. Unter den kündigenden Creditparteien befanden sich — was wohl zu beachten ist — auch mehrere Minister (der Fürst Trautson, die Grafen Schlick und Harrach u. A.), welche mit der Hofkammer in gutem Einvernehmen standen und den fraglichen Antrag derselben später aufs Eifrigste unterstützten. Wirklich gestellt aber wurde der Antrag erst im Frühjahr, als Graf Starhemberg als kaiserlicher Landtagscommissär in Ungarn weilte ⁹⁰).

Der Kaiser setzte zur Begutachtung des Antrags drei Commissionen („Conferenzen“) ein, deren Präsidenten der Prinz Eugen von Savoyen, der Fürst Trautson und der Graf Alois Th. von Harrach waren. Als Berichterstatter waren diesen Commissionen die Hofkammerräthe Max Emanuel Hillebrand von Prandau, F. Benedikt von Lachmayer und B. H. von Germetten beigegeben.

Die Eugen'sche und die Harrach'sche Commission sprachen sich von allem Anfange her für den Antrag aus; jene, bei welcher der Fürst Trautson den Vorsitz führte, verwarf ihn dagegen, wozu wohl der Umstand, dass der ihr als Referent beigegebene Hofkammerrath von Lachmayer stabiles Mitglied der Hof-Bancodeputation und schon als solches ein Gegner der Hofkammer war, das Meiste beige-

tragen haben wird. Denn für seine Person zeigte sich Fürst Trautson dem Antrage keineswegs abgeneigt, wie ein von ihm abgegebenes Separatvotum beweist ⁹¹⁾.

Die Motive, auf welche die beifälligen Gutachten sich stützten, wichen trotz der Einhelligkeit ihrer Resultate stark von einander ab. Der Eugen'schen Commission galt es nämlich für eine ausgemachte Sache, dass die Bank den ihr angesonnenen Jahresbeitrag zur Bestreitung der öffentlichen Bedürfnisse, ohne je darob Schaden zu nehmen, in alle Ewigkeit werde „continuiren“ können, nachdem ja — wie der Referent Hilleprand mit kaum zu verkennender Ironie bemerkte — „der seit vielen Jahren her beständig sich ergebende Überschuss für kein Casuale mehr zu halten und um so billiger als constant voraussetzen sei, je weniger man sich eine genügsame Ursache der besorgenden Abänderung vorzubilden wüsste.“

Die Harrach'sche Commission aber gab zu, dass die Bank, wenn ihr jener Beitrag zur Pflicht gemacht würde, leicht zu einer Abänderung der stipulirten Zahlungstermine sich genöthigt sehen könnte, meinte indessen, es werde eine solche „Individual-Extension“ bei Weitem weniger schädlich wirken, als eine öfter wiederkehrende Stockung der durch die Hofkammer zu leistenden Zahlungen, welcher eben durch die Verpflichtung der Bank zu dem gedachten Beitrage vorgebeugt werden sollte.

Nur die Trautson'sche Commission erklärte geradezu die Wiener Stadt-Bank für die „vornehmste Stütze des hierländischen Credits“, und jenen Antrag für ein Attentat auf die Staatsordnung, die nothwendig darunter leiden musste, wenn von der Bank eine fixe Aushilfe gefordert werden wollte, während doch „der von ihr ohne Schaden darzureichende Beitrag nicht auf Jahre und Monate hinaus sich bemessen liesse, sondern durch den wachsenden Credit terminirt würde.“

Die innere Verschiedenheit der drei Gutachten hinderte übrigens nicht, dass der Hofkammerpräsident Graf Dietrichstein sich mit jedem derselben (!) einverstanden erklärte, wodurch er freilich allen fatalen Begegnissen auswich, die ihm eine entschiedene Parteinahme etwa hätte zuziehen können. Der Kaiser aber musste Angesichts einer solchen Unentschlossenheit und Meinungsverschiedenheit der von ihm befragten Räthe sich gedrungen fühlen, noch andere Stimmen über den Antrag der Hofkammer zu vernehmen und zögerte daher mit der Ent-

scheidung, bis auch Graf Starhemberg, obschon von Wien abwesend, sein Gutachten darüber abgegeben hatte.

Die Vorstellung, welche dieser unterm 8. Mai 1723 von Pressburg aus in der gedachten Angelegenheit an den Kaiser richtete, beginnt mit einer Widerlegung der Vorwürfe, welche anlässlich der Verhandlungen über jenen Antrag von mehreren Seiten her der Bank gemacht worden waren. Namentlich hatte die Hofkammer folgende Beschwerden über dieselbe vorgebracht:

1. Sie (die Hofkammer) ermangle einer genauen Einsicht in das Gebahren und in den Stand der Bank.
2. Die Bank verwende die eingehenden Gelder mehr zur Einlösung ihrer Obligationen unter der Hand, als zu einer, auch dem Staate nützlichen Herabsetzung der Interessen mittelst des offenen Anerbietens, den Bankgläubigern, die sich eine solche nicht wollten gefallen lassen, sofort das schuldige Capital hinauszahlen zu wollen.
3. Es würde auf vielen Schuldbriefen der Bank der Hof-Bancodeputation ungehöriger Weise Erwähnung gethan, die Stadt Wien dagegen nicht genugsam ersichtlich gemacht.
4. Von den Beamten der Bank werde vielen Parteien nicht mit der gebührenden Bescheidenheit und „Facilität“ begegnet.
5. Die Bank kassiere ihre fälligen Einkünfte nicht immer rechtzeitig ein und zeige sich auch zuweilen als einen säumigen Zahler.
6. Das Beamtenpersonal der Bank sei zu gering; insbesondere sei ein Buchhalter zu wenig und die Bestellung eines zweiten schon darum wünschenswerth, weil ja im Falle als Kirchner stürbe, sonst kein mit dem Geld- und Rechnungswesen der Bank vertrautes Individuum vorhanden wäre.
7. Masse sich die Bank an, auf eigene Faust „wichtige Negotia“, wozu sie doch nach den Statuten stets die Genehmigung des Kaisers und die Zustimmung der Hofkammer einzuholen hätte, abzuschliessen, wie dies z. B. erst jüngst mit einem Vertrage, den die Bank wegen des Salzverschleisses mit dem Königreiche Polen schloss, der Fall gewesen sei.
8. Führe die Bank den Überschuss des Ertrags der ihr vom Staate eingeräumten Einkommensquellen nicht immer pünktlich ab und opponire sie sich mitunter sogar den bezüglichen Beschlüssen der Hof-Bancodeputation.

Man ersieht aus diesen Beschwerden, dass die Hofkammer für den Fall, als ihr Principalantrag nicht durchgehen sollte, darauf ausging, mindestens eine Beschränkung der Macht, welche der Buchhalter Kirchner an sich gerissen hatte, herbeizuführen. Graf Starhemberg durchschaute den ganzen Plan. Um seine Ausführung zu vereiteln, stellte er dem Kaiser vor, wie es schon gegen alle Wahrscheinlichkeit streite, dass „bei dem Banko, wo die ganze Welt sich hinwendet, die ohubescheidensten und difficilsten, bei der Kammer hingegen, womit ohne Noth und usurarische Gewinnsucht Niemand gerne zu thun hat, die bescheidensten und facilsten Officianten anzutreffen seien“; wie ferner die geringe Zahl der Beamten „dem Banko nur vorzüglich sei“, während bei der Hofkammer und Bankalität „durch die excedirende Menge der Officianten ⁹²⁾ nur Unordnungen angerichtet würden“; er rechtfertigte sodann das Unterbleiben der Interessen-Reduction mit dem Mangel genügender Geldvorräthe, welche gestattet hätten, den ersten Schwall der auf eine offene Herausforderung hin andringenden Creditoren zu befriedigen, und beantragte selbst Obligationen hinauszugeben, auf welchen blos die Stadt Wien als Schuldner unterzeichnet erscheint. Doch sollten mit derlei Documenten ausschliesslich die durch freiwillige Einlagen an der Bank sich Betheiligenden bedacht, jene Gläubiger aber, welche kein baares Geld einlegen, nach wie vor mit Schuldbriefen, auf welchen auch die Hof-Bancodeputation „anscheinet“, versehen werden.

Nach diesen und anderen minder wichtigen Gegenbemerkungen auf die Hauptsache übergehend, beschwor Starhemberg den Kaiser, dem Antrage der Hofkammer auf Obligirung der Bank zu einer fixen Aushilfe keine Folge zu geben. Der Schluss seiner bezüglichlichen, mit seltenem Freimuth und grosser Sachkenntniss geschriebenen Ausführung macht folgende Apostrophe an des Kaisers Gewissen: „Ich meines allerunterthänigsten Orths“ — schreibt Starhemberg — „kann einmal nicht finden, wie nach so vielfältig wiederholten Zuesagen und da zufolge dieser geheiligten Zuesagen viel Tausent arme Leuth Ihr völliges Hab und Gueth dem Publico anvertrauet, Euere Kais. Majestät ohne schwäre Gewissens-Beunruhigung berechtigt sein sollten, durch Abweichung von obigen Zuesagen diese treuherzige vieltausend Persohnen in ein ohnverdientes Unglück zu stürzen, als worin sie ohnfehlbar gestürzt werden würden, wenn die baar eingelegte Gelder nicht auf jedesmaliges Verlangen zurückbezallet wurden, sondern die Bezahlung

erst nach Verstreichung vieler Jahre und zwar nach dem einmal unterbrochenen Vertrauen jedenfalls ganz ohngewiss zu hoffen stunde.“

Diese Worte verfehlten im Zusammenhange mit den vorausgeschickten Argumenten nicht, den Kaiser über die Tragweite jener Proposition aufzuklären und ihm Abscheu davor einzuflössen; zumal auch der Reichshofraths-Präsident Ernst Friedrich Graf von Windischgrätz und der Hofkanzler Graf Georg Christoph von Stürkh⁹³⁾, welche der Kaiser darüber einvernahm, zur Starhemberg'schen Ansicht sich bekannten und dieselbe auf's Kräftigste vertheidigten. Es unterblieb folglich für diesmal der von der Hofkammer angestrebte Erlass und so gross war des Kaisers Unwille über deren Gewissenlosigkeit, dass er auch ihren Nebenanträgen seine Genehmigung versagte.

Graf Starhemberg hatte von dem Ausgange der Sache kaum durch ein Allerhöchstes Handschreiben Kenntniss erhalten, als er auch schon Anstalt traf, ihm die möglichste Publicität zu geben. Dadurch gelang es ihm, den erschütterten Credit der Bank wieder zu befestigen und ihr neue Einlagen zuzuwenden, so dass in Kürze der von der Hofkammer supponirte Überschuss abermals sich ergab und unbedenklich an die Central-Kriegskasse abgeführt werden konnte. Allein das bankfeindliche Benehmen der Hofkammer, das bis dahin sich der Wahrnehmung des grossen Publicums entzogen hatte, war bei diesem Anlasse offenkundig geworden und der Gedanke an die Möglichkeit eines neuen Conflictes, aus welchem dann die Hofkammer als Sieger hervorgehen könnte, beunruhigte viele Bankgläubiger von nun an nicht wenig. Niemand, dem die über jenes Attentat in Umlauf gewesenen Gerüchte zu Ohren gekommen waren und der die Gegenbemühungen Starhemberg's kannte, zweifelte mehr daran, dass das Gedeihen der Bank von der Unterstützung abhing, welche letzterer ihr angedeihen lassen konnte und dass es um die Bank geschehen war, wenn Starhemberg starb oder in des Kaisers Ungnade fiel⁹⁴⁾. Andererseits setzte dieser nun eine eigene Ambition darein, dem Kaiser durch häufige „Dona gratuita“ aus dem Bankfonde sich für das ihm geschenkte Vertrauen dankbar zu bezeigen und den Beweis zu liefern, dass er durch seinen so huldvoll entgegengenommenen Rath nicht nur den Forderungen der Moral, sondern auch dem Staatsinteresse Rechnung trug.

Eigensinnig und für sich selbst sehr eingenommen, wie Starhemberg trotz seines im Übrigen edlen Charakters es war, überschritt er dabei oft die Grenzen der nachhaltigen Leistungsfähigkeit

der Bank und that er so aus freien Stücken, was er, gezwungen, nie und nimmer zugeben haben würde.

Darum bildet auch die Krisis des Jahres 1723, obschon sie an sich glücklich ablief, doch den Wendepunkt in den Schicksalen der Bank.

3. Periode des Verfalls.

Noch war seit dem Siege der Starhemberg'schen Ansicht kein halbes Jahr verflossen, als die Hofkammer ihren dadurch zurückgewiesenen Antrag dreist wiederholte. Sie richtete aber auch jetzt ebensowenig damit aus, als das erste Mal.

Starhemberg siegte neuerdings. Das Promemoria, welches derselbe unterm 27. Februar 1724 in dieser Angelegenheit an den Kaiser richtete und ein von ihm später darüber erstattetes „Super-Referat“ sind Meisterstücke schriftlicher Eloquenz. In ersterem betheuert er, dass die Bank sich dem Staate stets desto nützlicher werde erzeugen können, je freier man sie (oder vielmehr ihn, den eigentlichen Bankgouverneur) schalten lässt. Mittelst letzterem führt er dem Kaiser die der Bank im Falle, als jener Antrag genehmiget werden würde, drohende Gefahr abermals mit dem feierlich anklingenden Beisatze zu Gemüthe, dass er sich dazu in seinem Innern verpflichtet fühle, damit er nicht dereinst vor dem Richterstuhle Gottes „ubi nulla est acceptio personarum et nihil inultum remanebit, zwar bereuend, doch leider allzuspat seuffzen müsse: Vaeh mihi, quoniam tacui!“

Kaiser Karl VI. nahm diese Vorstellungen, wie decidirt sie auch lauteten, nicht nur nicht missfällig auf, sondern erkannte vielmehr darin eine neue Bürgschaft für Starhemberg's Einsicht und redlichen Willen und befolgte sohin dessen Rathschläge in Banksachen fast unbedingt.

Die Zugeständnisse aber, welche Starhemberg als gewandter Staatsmann nichtsdestoweniger machen zu müssen glaubte, um diesen massgebenden Einfluss nicht zum Nachtheile seines Schützlings an dessen Feinde wieder zu verlieren, legten diesem schwere Opfer auf.

Seine Nachgiebigkeit artete zuletzt bei zunehmendem Alter und damit steigender Sehnsucht nach Ruhe in widerstandslose Schwäche aus. Nur wenn es den Anschein hatte, als wollte ihm und durch ihn der Bank Zwang angethan werden, erhob er noch, wie ehemals, warnend und Unheil daraus prophezeihend seine Stimme. Bei Vermeidung dieses

Anscheines, d. h. auf gütlichem Wege, war von ihm in seinen alten Tagen Alles zu erlangen.

Schon im Jahre 1724 willigte er nicht nur in die Einlösung verpfändeter Domänen durch die Bank, sondern auch in eine Interessen-Reduction mittelst Aufkündigung der zu 6 pCt. bei der Bank anliegenden Capitalien. Auch die baaren „Abfahren“ der Bank an die Staatskasse mehrten sich, und im Jahre 1733 war es bereits so weit gekommen, dass die Hofkammer sich eines „offenen“ Credits bei der Bank berühren konnte, von welchem sie auch den umfassendsten Gebrauch machte, ohne die statutengemässe Deckung zu gewähren.

Das Missverhältniss zwischen den sicheren Einkünften und den Zahlungsverbindlichkeiten der Bank wurde daher immer grösser. Im Jahre 1730 mussten schon die Interessen für 27,102.771 fl. aus anderweitigen Zuflüssen bestritten werden, und die Tilgung fälliger Capitalien erfolgte entweder aus den noch nachfliessenden neuen Einlagen oder mittelst Anleihen, welche die Bank insgeheim bei israelitischen Firmen negocierte.

Die Einkommensquellen, welche der Bank in dieser Periode vom Staate überantwortet wurden, waren, wie wir bereits bei Besprechung der Bankdotation an einzelnen Beispielen nachgewiesen haben, oft sogar passiv und die darüber publicirten Verlautbarungen demzufolge nur ein auf Täuschung berechnetes Blendwerk.

Graf Starhemberg mochte allerdings auch jetzt über derlei Ungehörigkeiten noch hin und wieder Scrupel verspüren; doch tröstete er sich offenbar mit der Zuversicht, dass, so lange die Bank nur ihm zu gehorchen habe und im Übrigen unabhängig dastehe, die freiwilligen Einlagen stets zur Begleichung des Abganges an der Jahresdotation hinreichen würden. Dies war aber angedeutetermassen nicht der Fall.

Starhemberg's zunehmende Lässigkeit war der öffentlichen Meinung keineswegs entgangen, und darum der Credit der Bank wie zur Zeit, wo die Hofkammer dieselbe offen befehdete, wieder im Sinken. Auch schritt die Capitalienbildung in Österreich damals nicht so schnell vorwärts, dass zu den bereits früher eingelegten Geldern in Kürze noch ansehnliche Summen hätten hinzukommen können. Endlich hegten noch immer viele Bankgläubiger und solche, die sonst es vielleicht geworden wären, die Befürchtung: es werde die Hofkammer früher oder später doch reussiren, und dann mit der Bank ebenso willkürlich verfahren, wie sie es in Sachen ihres nächsten Berufs zu thun gewohnt war.

Bereits im Jahre 1727 brach demnach eine zweite Bankkrise aus, von welcher ein gleichzeitiger Bericht meldet: „man habe während derselben täglich, ja stündlich den völligen Verfall der Bank befürchtet, und es wäre solcher auch ohnfehlbar erfolgt, wofern man nicht alle nur ersinnlichen Mittel ausgedacht und vor die Hand genommen, auch all' dasjenige bei Seiten geraumet hätte, was denen ohnedem sehr forcht-samen Credits-Partheien nur zu einem Schein oder Schatten eines üblen Wahns hätte dienen mögen“. Im Jahre 1730 war die Bank abermals nahe daran, ihre Zahlungen einzustellen, so dass Graf Starhemberg, wie tolerant und kleinlaut er auch mittlerweile geworden war, doch, eingedenk seiner früher so energischen Verwendung für die Bank, nicht umhin konnte, beim Kaiser „wegen allzugrosser, an den Banco herübergewiesener Schuldenlast und daraus zu besorgen stehenden Verfalls“ Beschwerde zu führen. Es war übrigens diese Klageschrift, nach den uns vorliegenden Acten zu urtheilen, die letzte, welche er im Interesse der Bank aufsetzte und an die Stufen des Thrones gelangen liess.

Drei Jahre später hiess es bereits allgemein: die Bank sei rettungslos verloren; dennoch erhielt sie sich noch mehrere Jahrzehende lang am Leben, wenn anders ein hinfälliges Vegetiren Leben genannt werden kann.

Die äussere Veranlassung der dritten Krisis, welche die Bank im Jahre 1733 zu bestehen hatte, war ein unbedachter Schritt, den der in früheren Jahren so vorsichtige Graf Starhemberg that, indem er eine Verpachtung des der Bank überlassenen niederösterreichischen Mauthgefälles im Licitationswege öffentlich ausschrieb, und dadurch die Vermuthung erwirkte: es sei die Bankregie schlecht bestellt. Hatte früher der Wiener Magistrat allgemein für die festeste Stütze der Bank gegolten: so hörte man nun dessen Befähigung, länger mehr Bürge und Dirigent der Bank zu sein, vielorts bekritteln und in Zweifel ziehen. Die hieran sich knüpfenden Besorgnisse wurden noch gesteigert durch die böswilligen Ausstreunungen der Judenschaft, welche in einem ihrer Glieder, dem Banquier Wertheimer, durch ein auf dessen Guthaben bei der Bank gelegtes Verbot bitter gekränkt worden war, und durch den Kriegslärm, der sich im Frühjahr 1733, bald nach der Wahl Lesczinsky's zum König von Polen, erhob. Doch entging die Bank auch jetzt, trotz des auf sie unternommenen „Anlaufs“, einem völligen Fallimente, was beweist, wie zähe ihr Leben war.

Selbst die Todeskrankheit, an der sie verschied, war kein rapider Bankbruch, sondern ein allmähliches Aufgehen in der Hofkammer, ein unmerkliches Schwinden und Erlöschen.

Vorbereitet aber wurde dieses ihr Ende durch ein Ereigniss, das im Jahre 1732 sich zutrug.

Als nämlich Graf Starhemberg damals den Kaiser nach Prag begleitete, wurde auf seinen Vorschlag der Hofkammerrath Joachim Georg v. Schwandtner zu seinem Stellvertreter im Präsidium der Hof-Banco-deputation ernannt⁹⁵⁾. Dieser hatte kaum die Leitung der Bankgeschäfte übernommen, als er auch schon dem Buchhalter Kirchner die Übergriffe, womit derselbe die Hofkammer zu chikaniren pflegte, hart entgelten liess. Er deckte manche Sünden auf, welche Kirchner, der freilich damals schon ein hochbetagter Mann war, sich hatte zu Schulden kommen lassen, und bezüchtigte denselben sogar sträflicher Umtriebe bei der Interessenreduction. Zugleich ordnete er eine strenge Untersuchung der ganzen „Banco-Gefäll-Administration“ an, deren Vorstand damals noch der Bürgermeister Bartuska, ein intimer Freund Kirchner's, war. Da sich nun bei diesem Anlasse herausstellte, dass auch die Stadt ihren bezüglichlichen Obliegenheiten nicht immer treulich nachgekommen war: so tauchte das alte Project, die Bank der Hofkammer unterzuordnen und die Stadt von der Verwaltung ihrer Einkünfte auszuschliessen, wieder auf.

Es fehlte wenig, so wäre dieses Project damals schon verwirklicht und die Hof-Bancodeputation der Hofkammer einverleibt worden. Wahrscheinlich aber wollte der Kaiser dem bejahrten Grafen Starhemberg den Schmerz ersparen, sich in seinen alten Tagen des Amtes, dem er die Blüthezeit seines Lebens geopfert hatte, entsetzt zu sehen, und so unterblieb die von Schwandtner angeregte Reform.

Kirchner hat sie kaum hintertrieben, wie laut er auch dagegen schrie und agitirte, denn seine Stimme wog wenig mehr. Er starb zwei Jahre später (1735), tief betrauert von Allen, welche die Wiener Stadt-Bank gerne bei ihrer ursprünglichen Einrichtung erhalten gesehen hätten. Im Grunde genommen aber war sein Tod für die Bank ein Glück, denn hätte er noch länger gelebt, so wäre es sicher noch zu vielen Händeln zwischen ihr und der Hofkammer gekommen, und wahrscheinlich würde dann der Kaiser, des ewigen Gezänkes überdrüssig, sich bestimmt gefunden haben, die Bank mit Hintansetzung aller persönlichen Rücksichten sogleich der Hofkammer unterzuordnen.

Angesichts des ungetrübten Friedens jedoch, der nach Kirchner's Ableben diesfalls herrschte, liess die Regierung es bei der herkömmlichen Stellung der Bank vorläufig bewenden, und selbst als Starhemberg (im Jahre 1745) starb, änderte sie dieselbe nur insoferne, dass die Hof- oder vielmehr (wie sie nun ausschliesslich hiess) Ministerial-Banco-Deputation, an deren Spitze im Jahre 1745 Graf Philipp Kinsky, und nach dessen frühem Tode im Jahre 1749 Graf Rudolf Chotek trat, die Revenüen der Bank sofort ohne Theilnahme der Stadt und unbekümmert um deren Interesse zu verwalten hatte ⁹⁶).

Graf Chotek nahm sich der Bank mit vielem Eifer an, und glich auch darin dem Grafen Gundaker Starhemberg, dass er anfangs mit der Hofkammer unablässig stritt, was, da seine Ansicht in der Regel siegte, natürlicher Weise der Bank sehr zu Statten kam. Vielleicht hatte auch Maria Theresia gerade in Voraussicht dessen ihn, von dem sie wusste, dass er mit dem Hofkammer-Präsidenten Grafen Haugwitz sich durchaus nicht vertrug, für jenen Posten auserkoren.

Die Stadt Wien hatte nun allerdings mit der Bank weiter nichts zu schaffen, als dass sie ihr ihre Firma lieh und die Verantwortung für das Gebahren der bei der „Banco-Haupt-Cassa“ beschäftigten Beamten trug. Was der Bank hierdurch etwa an Credit entging, ersetzte Chotek's Persönlichkeit, welche den betreffenden Gläubigern und dem Publicum überhaupt so viel Vertrauen einflösste, dass der Curs der Bankobligationen nicht einmal dann fiel, als Graf Chotek (im Jahre 1759) auch die Leitung der Hofkammer-Geschäfte übernahm, ungeachtet von diesem Zeitpunkte ab es keine vom Staatsvermögen separirte Bankdotationsmehr gab, an die Stelle der bisher üblichen „Recessirung“ zwischen der Hofkammer und Bank (bei Übernahme neuer Staatsschulden) eine einfache Kassendisposition trat und allem Anscheine nach auch die Bankobligationen aufhörten, mittelst Umschreibung girirbar zu sein ⁹⁷). Mit dieser Metamorphose endet die Geschichte der Wiener Stadt-Bank.

In der Folge existirte dieselbe nur mehr dem Namen nach, welcher in der vulgären Benennung eines Ärarialgebäudes zu Wien (dem „Banco-Hause“ in der Singerstrasse) und in den „Stadt-Banco-Obligationen“, die, nunmehr einen Theil der älteren österr. Staatsschuld bildend, mit dieser zur Verlosung gelangen, noch gegenwärtig fortlebt.

Das Revirement der Bank war während der Periode ihres Verfalls nicht unbedeutend; doch beschränkte es sich meist auf Rückzahlungen

alter Schulden, wenngleich auch neue Einlagen hin und wieder vor- kamen⁹⁸). In den Jahren 1724—1732 wurden 12 Millionen, die mit 6 pCt. zu verzinsen waren, den Bankgläubigern aufgekündigt und bei 4 Millionen wirklich abgezahlt.

Zu Ende des Jahres 1748 lasteten auf der Bank 49 Millionen Capitalschulden (um nahezu 17 Millionen weniger als im Jahre 1732) und einige Zinsenrückstände. Unter Graf Chotek's Leitung wurden bis Ende 1751 nicht nur letztere ganz getilgt, sondern auch von ersteren 5 Millionen abgetragen. Dass es unter diesen Umständen nicht an Capitalisten fehlte, welche der österreichischen Finanz-Verwaltung Gelder anboten, wofür dann die Interessen nominell von der Wiener Stadt-Bank berichtet wurden, ist begreiflich; doch war es nicht die in der Auflösung begriffene Bank, welche diese Anziehungskraft übte, sondern der mittlerweile gestiegene Credit des Staates, welcher als präsumtiver Erbe der Verbindlichkeiten der Bank jetzt schon — im Gegensatze zur früheren Zeit — ein Zutrauen genoss, dessen die Bank als solche sich nicht mehr erfreute⁹⁹).

Die Finanz-Verwaltung rechtfertigte auch dieses Zutrauen, indem sie von dem Zeitpunkte an, wo sie die Verlassenschaft der von ihr absorbirten Bank übernahm, die auf dieser haftenden Pflichten gewissenhaft erfüllte, so dass die „Stadt-Banco-Obligationen“ im April 1778 (ungeachtet des damaligen Krieges) mit 1 pCt. Agio umgesetzt wurden und später einen noch höheren Curs hatten. Dadurch rettete sie mindestens den Ruf der Bank; ja das Andenken derselben erhielt sich demzufolge dergestalt in Ehren, dass die Regierung noch lange nachher bei wichtigen Creditoperationen stets der Bankfirma sich bediente. Solches geschah namentlich bei Gelegenheit der Papiergeld-Emissionen in den Jahren 1771, 1784, 1796 u. s. w. Die betreffenden Operationen selbst aber gehen uns hier nicht weiter an¹⁰⁰).

Vergleicht man die Finanzlage Österreichs unter Maria Theresia¹⁰¹) mit jener unter den vorhergehenden drei Regenten, so wird man schliesslich bekennen müssen: dass die Wiener Stadt-Bank, als sie erlosch, dem Staate bereits entbehrlich geworden war und unnöthige Auslagen machte; allein Niemand, der diesen Vergleich unbefangen vollzieht, kann in Abrede stellen, dass dieselbe in den ersten drei Decennien ihres Bestehens Grosses leistete, und deshalb schon Anspruch hat, vor Vergessenheit bewahrt zu werden¹⁰²).

A n m e r k u n g e n.

1. Erst unter Karl VI. und Maria Theresia kamen zwischen den Ständen der einzelnen Erblände und der Regierung „Recesse“ zu Stande, worin erstere sich zu einer fixen Geldhilfe in einem jährlich wiederkehrenden Betrage verpflichteten, und zwar jeweilen auf die Dauer von zehn Jahren. Nachdem die böhmischen Stände im Jahre 1715 hierin mit gutem Beispiele vorausgegangen waren, folgten nach und nach auch die der übrigen Erblände. In den vierziger Jahren schloss Graf Haugwitz neue Decennalrecesse mit den Ständen, worüber die hinterlassenen Papiere des Freiherrn Max von Fürst (welche Nikolai unter den Beilagen zu seiner bekannten Reisebeschreibung, Berlin 1784, III. Beilage VII, 2. S. 90 u. ff. im Auszuge mitgetheilt und Ranke zu dem Aufsatze: „Maria Theresia, ihr Staat und ihr Hof im Jahre 1755“ in seiner „Histor.-polit. Zeitschrift“ II. Berlin 1833—1836, verwendet hat), nähere Auskunft geben. Damit soll aber nicht gesagt sein: es habe vor Karl VI. in Österreich keine stehenden Steuern gegeben. Die Stände der meisten Provinzen erhoben vielmehr längst schon solche von Jahr zu Jahr, widmeten aber den Ertrag, wenn keine Postulatbewilligung ihn absorbirte, entweder zur Amortisirung und Verzinsung ihrer Schulden oder zur Bildung eines Reservefondes oder zu anderen Erfordernissen ihres eigenen Haushaltes.

2. Welche Anstände beim Einbringen der Grundsteuer sich hin und wieder ergaben, erhellt am deutlichsten aus der Geschichte des tirolischen Steuerwesens. Über hundert Jahre dauerte der Process, welchen die Stände Tirols mit den Grafen von Arco, Castelbarco, Lodron und Liechtenstein wegen der von diesen Adelsfamilien vorgeschützten Steuerfreiheit führten. Erst im Jahre 1698 erlangten sie einige Aussicht auf einen günstigen Entscheid, indem der Kaiser den genannten Familien damals auftrug, ihre Immunitätsprivilegien auszuliefern und sich mit den Ständen gütlich zu vergleichen. Doch verstrich noch eine geraume Zeit, bis diesem Befehle Folge geleistet ward. Die förmliche Einbeziehung der betreffenden Dominien (Arco, Penede, Lodron und Gresta) in's allgemeine Steuermitleiden erfolgte erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Auch die sogenannten „wälschen Confinen“, welche unter der unmittelbaren Herrschaft der tirolischen Landesfürsten standen, bequerten sich damals erst zum Steuerzahlen, nachdem sie, mit Ausnahme der Gemeinde Borgo im Valsugan

(die sich bereits früher unterworfen hatte), mehrere Jahrhunderte lang bei ihrer Weigerung, „ad oeconomiam provinciae etwas beizutragen“, verblieben waren. Die gleiche Bewandniss hatte es mit dem Thale Enneberg, den unterinnthalischen Gemeinden Brixlegg, Steinberg und Radfelgen, der Grenzcommunität Scharnitz, der grossen Ulfiswiese bei Innsbruck, den meisten, schon längst urbar gemachten „Mösern“ (Moorgründen) an der Etsch und mehreren andern Objecten von Bedeutung. Die oberinnthalischen Gemeinden Serfaus, Fuss und Ladis (im Gerichte Laudegg) behaupteten mindestens noch im Jahre 1624 mit grosser Festigkeit: „sie seien Freyleute“ und Niemand habe das Recht, einen „Aufsatz auf sie zu thun“. Die Unterwerfung Roveredo's unter die Steuerhoheit der tirolischen Stände erfolgte im Jahre 1744. Ganz verlor sich aber die Widersetzlichkeit, mit welcher letztere beim Exequiren ihrer Steuermandate zu kämpfen hatten, erst in Folge der strikten Durchführung des kaiserlichen Befehles vom Jahre 1767, welcher jede Steuerbefreiung für aufgehoben erklärte und durch militärische Execution Nachdruck erhielt. Bis dahin mussten die Stände jedes Jahr auf einen Steuerausfall gefasst sein, der ihre ökonomischen Combinationen nicht minder als die der Regierung zu durchkreuzen geeignet war. (Vorstehende Daten sind theils den hinterlassenen Papieren des Landschaftssyndicus v. Strobl, theils anderen handschriftlichen Aufzeichnungen, welche sich im National-Museum zu Innsbruck befinden und für authentisch gelten können, entnommen.) Über Steuerausfälle, welche durch l. f. Nachsicht (d. h. durch Placidirung sogenannter „Freijahre“) herbeigeführt wurden, s. bezüglich Ober-Österreichs: Pritz, F. X., Beschreibung und Geschichte der Stadt Steyer (Linz, 1837), S. 289. 311, und bezüglich Nieder-Österreichs: Guarient's Codex Austriacus I, 385. — In Böhmen verweigerten einzelne Adelige unter König Ferdinand I. das Steuerzahlen gar mit dem Vorgeben: „sie hätten sich für ihre Person auf dem betreffenden Landtage damit nicht ausdrücklich einverstanden erklärt, und es wäre wider die Landesfreiheiten, wenn die, so nicht bewilliget haben, neben denen, welche bewilliget haben, die Steuer geben sollten“. S. Buchholtz, Geschichte der Regierung König Ferdinand's I., 4. Bd., S. 581.

3. Für Nieder-Österreich erschien schon im Juni 1562 eine „Executions-Ordnung“ zur Flüssigmachung der Steuerrückstände. Doch durfte mit Strenge nur gegen jene vorgegangen werden, welche die Steuern, nachdem sie sie von den Unterthanen eingebracht hatten, den Ständen vorenthielten. Dieselbe fruchtete daher wenig, zumal bei einer im Jahre 1563 wirklich ausgeschriebenen Feilbietung mehrerer adeliger Güter fast gar keine annehmbaren Käufer sich einfanden (Buchholtz a. a. O. 8. Bd., S. 297). Maximilian II. erliess unterm 15. Mai 1572 eine neue Executions-Ordnung, welche Rudolf II. unterm 8. Juli 1600 in mehreren Punkten modificirte. Die also geänderte Norm wurde 1616 „renovirt“ und später zu wiederholten Malen (1629, 1655 u. s. w.) mit Zusätzen vermehrt; dessenungeachtet wuchsen die Steuerrückstände, statt sich zu vermindern, da eines Theils das geistliche Vermögen dem Executionsverfahren nicht unterlag und andern Theils das Recht der Stände, dieses Verfahren gegen säumige Schuldner in Anwendung zu bringen, nach Ablauf dreier Jahre (vom

Entstehen des Rückstandes an gerechnet) erlosch (Suttinger, *Consuetudines Austriacae*, Lipsiae 1716, S. 181 u. ff.). Namentlich blieben die minder reichen Klöster mit den ihnen auferlegten Steuern viele Jahrzehende lang in Rückstand. Als im Jahre 1706 der Abt Robert Schöller von Zwettel starb, war das Stift in's Landhaus nach Wien 24.000 fl. schuldig (*Kirchliche Topographie*, 16. Bd., S. 158). In anderen Provinzen ging es nicht besser. Mehrere „Landschaften“ waren nicht einmal im Besitze eines vom Landesfürsten anerkannten Executionsrechtes. In Tirol z. B. erhielt die zur Verwaltung des Steuerwesens eingesetzte ständische Commission (das sogenannte „Steuercompromiss“) erst unter Karl VI. durch eine besondere allerhöchste Entschliessung Executionsgewalt auf vier Jahre (!). Darum haftete dort aber auch auf 1100 Steuereinheiten von 1573 bis 1702 ein uneinbringlicher Rückstand von 6,810.200 fl. an „Ordinari-Steuern“ und von nahezu 3 Millionen an „Extraordinari-Steuern“. Als zu Anfang des XVIII. Jahrhunderts die tirolischen Stände eigenmächtig eine Executions-Commission wider den tridentinischen Clerus entsandten, suspendirte dieselbe der oberösterreichische geheime Rath (Lobwein's handschriftliche Chronik von Meran, im Besitze des Herrn Professors Albert Jäger zu Wien). Karl VI. mahnte dagegen die Stände der verschiedenen Provinzen ernstlich an's Einbringen der Steuerrückstände und erbot sich denselben zu kräftiger Nachhilfe, welche freilich mitunter viel zu wünschen übrig liess. Siehe dessen Rescript an die schlesischen Stände vom 2. Januar 1709 in Weingarten's *Codex Ferdinando-Carolinus*, Prag 1720, S. 667.

4. Die vorschussweise Ergänzung der unvollständig eingehenden Steuern durch sogenannte „Extramittel“ liessen sich namentlich die tirolischen und die schlesischen Stände angelegen sein. Letztere verwendeten hierzu mitunter die von ihnen veranstalteten „Neben-Collecten“, bis (wie H. Wuttke in seinem Werke: „Die Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse Schlesiens, II [Leipzig 1843], S. 122, berichtet) Kaiser Joseph I. mit Rescript vom 28. Juni 1708 ihnen das Recht, derlei Collecten zu veranstalten, entzog. In Tirol dienten dazu die Zwangsanlehen, welche die dortigen Stände in gefährlichen Zeitläufen, wie z. B. im Jahre 1703, bei dem bemittelten Theile des Adels machten. Sieh A. Jäger, *Tirol und der bairisch-französische Einfall im Jahre 1703* (Innsbruck 1844), S. 385. Von solchen Vorschüssen mag wohl auch ein Theil der grossen Schuldenlast (3,562.541 fl.), welche im Jahre 1704 auf den vorderösterreichischen Ständen lastete, hergerührt haben. Die im Jahre 1790 zu St. Blasien erschienene „Geschichte der vorderösterreichischen Staaten“, der wir die Kenntniss dieses Schuldenstandes verdanken, gibt an der betreffenden Stelle (II. Bd., S. 401) leider nur vage Andeutungen über die Ursachen seiner Entstehung, welche indessen zu der oben ausgesprochenen Vermuthung allerdings berechtigen.

5. In Böhmen bediente man sich beim Repartiren der Grundsteuer bis zum Vollzuge der Theresianischen Steuerregulirung der im Jahre 1683 (mit Benutzung einer älteren Zusammenstellung vom Jahre 1654) verfassten „Steuer-Rolle“; in Mähren blieb die im Jahre 1661 vollzogene Eintheilung des urbaren Terrains in „Lahnen“ (Lehen) noch über jene Reformperiode

hinaus massgebend; in Schlesien stand bis zur Besitznahme des Landes durch die Preussen eine Einlagen-Compilation aus dem Jahre 1527 im Gebrauche, die schon bei ihrer Feststellung sehr ungenau gewesen war. In Ober-, Nieder- und „Inner-Österreich“ hielt man sich bis zur Theresianischen Regulirung im Wesentlichen an das im Jahre 1542 nach dem damaligen Currentwerthe der Güter angefertigte Kataster. Daneben aber recurrierte man Angesichts der Lücken dieses Katasters noch immer auf die „Gülten-Einlagen“ aus dem XV. Jahrhunderte, welche in Kärnten zuerst im Jahre 1482, in Steiermark im Jahre 1496, in den übrigen Herzogthümern im Anfange des XVI. Jahrhunderts übersichtlich geordnet worden waren. In der Lombardie griff bekanntlich unter Karl VI. eine auf sorgsamer Vermessung des Landes beruhende Steuerverfassung Platz; früher aber sah es dort in der fraglichen Hinsicht desto bunter und unerfreulicher aus. In Tirol war im Jahre 1785 im Wesentlichen noch dieselbe Steuerbasis, welche dort im Jahre 1573 bestanden hatte, in Geltung. In Vorder-Österreich herrschte noch unter Kaiser Joseph II. die grösste Unordnung im Steuerwesen, da beinahe jedes Dominium einen anderen Steuerschlüssel hatte und eine Vereinbarung der verschiedenen Herrschaften über diesen Punkt durchaus nicht zu erzielen war. In Ungarn hielten sich die Reichsstände unter Kaiser Karl VI. und noch später bei Vertheilung der Grundsteuer unter die einzelnen Comitate grösstentheils an die alte „Porten-Conscription“ vom Jahre 1646, obschon in der Zwischenzeit die türkische Invasion und Occupation die grössten Veränderungen in den Besitzverhältnissen des Landes herbeigeführt hatte, und schon der Umstand, dass die dort allein steuerpflichtigen Rusticalgründe nach der Willkür der adeligen Grundherren bald abgestiftet und eingezogen, bald wieder vermehrt wurden, jene Steuerbasis einem fortwährenden Wechsel unterwarf. Einzelne Comitae trugen freilich diesem Umstande Rechnung, indem sie, wie z. B. das Neográder Comitae, in Befolgung eines königlichen Auftrages vom 22. Juni 1720, genaue Individual-Kataster bei sich anlegten (s. Frankfurter Relat. pro 1720, Contin. Autumn., p. 37, und M. Bel, Notitia Hungariae, IV, p. 34); allein im Ganzen ward dadurch wenig erzielt, weil die den einzelnen Gespannschaften zuerkannten „Actien“, d. h. Beitragsantheile, in keinem Verhältnisse zu deren Steuerkraft standen. Dieselbe Bewandniss hatte es mit Böhmen, dessen Adel vom Jahre 1650 an des Steuerzahlens sich entschlug, und mit Schlesien, wo der Adel gleichfalls von einer Mitleidenschaft nichts wissen wollte und das Auskaufen der Bauernhuben, die dann zu den Rittergütern geschlagen wurden, allgemein war. In Böhmen soll im Jahre 1700 der halbe Dominicalbesitz aus kürzlich abgestifteten Rusticalgründen bestanden haben. Auch die Vermächtnisse und Verkäufe an die dort, so wie in den übrigen österreichischen Erblanden steuerfreie Geistlichkeit alterirten fortwährend den sogenannten „status politicus“, ungeachtet schon Kaiser Max I., um dies zu verhindern, unterm 6. Jänner 1518 eine später oftmals erneuerte Verordnung dawider erlassen hatte (Cod. Austr. III, 998). In den Gebirgsländern unterlag das steuerbare Areale überdies fortwährenden Veränderungen durch Bergbrüche, Schneelavinen und Überschwemmungen. Nicht minder nachtheilig war für den Werth

der alten Kataster das Abhandenkommen ganzer Districte durch freiwillige Ausscheidung derselben oder durch gewaltsame Lostrennung. So büsste z. B. Nieder-Österreich durch die im Jahre 1647 („per meras violentas extorsiones“, wie die Stände in einer Gravitorialschrift vom Jahre 1712 meinten) erfolgte Abtretung der Städte Eisenstadt und Güns und der Herrschaften Forchtenstein, Pernstein und Hornstein an Ungarn ein im niederösterreichischen Gültenbuche mit 628 Pfund 5 Schillingen 19 Pfennigen beansagtes Territorium ein, ohne dass die auf dem Brucker Congresse (1542) ihm zugetheilte Beitragsquote darum eine entsprechende Verminderung erfahren hätte (Cod. Aust., III, 673). Sieh übrigens in Betreff der mangelhaften Einrichtung und vielfältigen, doch meist fruchtlosen Revision der alten Kataster: — über Böhmen: Riegger's Materialien zur Statistik, 6. Heft, S. 179 u. ff.; desselben Archiv, 3. Thl., S. 143 u. ff.; — über Mähren: Luksche, Besondere Rechte der Personen Mährens (Brünn 1815), II, S. 22—27; — über Schlesien: Wuttke a. a. O. II, 137. 155—161; — über Inner-, Ober- und Nieder-Österreich: Buchholtz a. a. O. 8. Bd., S. 291 u. ff.; Kirchliche Topographie, 18. Bd., S. 52—54; Stülz, Geschichte des Stiftes St. Florian (Linz 1835), S. 76. 170—173; Hermann, Geschichte von Kärnten, II. Abth., 1. Bd. (Klagenfurt 1843), S. 284, 2. Bd., S. 45 u. ff.; Wartinger, Geschichte der Steiermark (Graz 1827), S. 71; G. Göth, Das Herzogthum Steiermark, I, S. 53—64; Kremer, A. S. v., Darstellung des Steuerwesens, II, S. 15—29; — über die Lombardie: Morandini's Censimento Milanese (1833); Lupi's Storia de' principj etc., seguite nella formazione del Catasto prediale Milanese (1833); — über Vorder-Österreich: Historisch-statistisches Archiv für Süddeutschland, I, 102 u. ff. — Über das tirolische Steuerwesen der älteren Zeit geben die in der Note 2 von mir angeführten und benützten handschriftlichen Quellen sehr lehrreiche Aufschlüsse; in gedruckten Werken ist dagegen bisher nur wenig Verlässliches darüber zu finden. Gleiches gilt von der älteren Steuerverfassung Ungarns. Ausführlich und quellen-gemäss schildert dieselbe Graf L. Kollonitsch in seinem abschriftlich durch ganz Ungarn verbreiteten und namentlich in der Bibliothek der ungarischen Akademie der Wissenschaften sub 77, B. III, K anzutreffenden Elaborate über „Ungarns Einrichtung“ vom Jahre 1689. — Über das siebenbürgische Steuerwesen, das jedoch hier nicht weiter in Betracht kommt, sieh Windisch, Ungarisches Magazin, II, S. 237.

6. Erst Maria Theresia löstete den Schleier, der die ständischen „Secreta“ in den meisten Provinzen umgab, indem sie die Landschaften den sogenannten „Repräsentationen“ unterordnete, ihnen hie und da, wie z. B. in Ober-Österreich und in Kärnten, sogar die Führung der Domesticalkasse entzog und sie von der Theilnahme an den Erhebungen, die zum Behufe der Steuerrectification gepflogen wurden, ausschloss. Nur in Böhmen scheint es eben keiner energischen Massregeln bedurft zu haben, um hinter die Geheimnisse der Stände zu kommen, die im Gegentheile dort so schlecht bewahrt wurden, dass die Regierung sich veranlasst fand, im Jahre 1714 dem ständischen Ausschusse eine grössere Verschwiegenheit in Amtssachen zur Pflicht zu machen (Riegger's Archiv, 3. Thl., S. 143). In Tirol ging die Scheu der Stände vor einer

Offenbarung ihrer pecuniären Lage und der Besteuerungsverhältnisse an die Regierung so weit, dass sie im Jahre 1713 den Antrag letzterer auf eine neue Beschreibung und Aufnahme des Landes im Interesse der so nöthigen Steuer-Peräquation unbedingt abwiesen, obschon sie nicht umhin konnten, anzuerkennen, dass „fast der vierte Theil ligende mittl im Land befindlich, welche in ordinari fundo nichts beitragen, gleichwohlen aber den Landschutz geniessen“. Sie fürchteten (wie der Freiherr Marcus v. Cazan in einem handschriftlichen Extracte der tirolischen Landtagsverhandlungen, welchen Herr Professor Alb. Jäger in Wien besitzt, meldet): es möchte der Kaiser, „wann alles vermögen im landt beschrieben und publique werden würde, sonderlich bei jeziger wunderlicher Beschaffenheit verschiedener Subjekten dem landt mehrers zusötzen“, und als sechs Jahre später jener Antrag erneuert ward, willigten sie zwar in eine neue Steuerberaitung, doch sollte dabei keine Individualschätzung der einzelnen Grundstücke vorgenommen, sondern blos die Lage derselben und die Culturart berücksichtigt werden „ad occultandum capitale provinciae“.

7. Sogenannte „Beschreibungen“ der Feuerherde, der wehrbaren Mannschaft und anderer Objecte der landesfürstlichen Aufmerksamkeit hatten wohl schon im XV. Jahrhunderte und noch früher Statt; doch war damals der Kreis der Gegenstände, um welche die Landesfürsten sich kümmern zu müssen glaubten, noch so eng begrenzt, dass von weiter ausgreifenden statistischen Erhebungen begreiflicher Weise keine Rede sein konnte. Dem kais. Commerzienrathe Dr. J. J. Becher gebührt das Verdienst, zuerst in Österreich auf die Sammlung statistischer Daten über den Handelsverkehr gedrungen zu haben. Auf seinen Antrag machte Kaiser Leopold I. es dem „Kommerzien-Kollegium“, mit dessen Constituirung er unterm 22. Februar 1666 den Hofkammer-Präsidenten Grafen Sinzendorf beauftragte, im Art. 11 der bezüglichen Amtsinstruction zur Pflicht: „sich des Zustandes und der Beschaffenheit Handels und Wandels, roher Waaren und Manufakturen, so hinein und hinaus gehen in Unsere Kais. Erblande zu erkundigen, die Ursachen derer Auff- und Abnahme gründlich zu erforschen, den Lauff und die Veränderung des Preises und der Consumption der Güter auffzumerken und auf alle und jede, so inn- als aussländische Handels- und Handwerksleut, Compagnien und Zunfften ein wachsames Aug zu haben“. Da jedoch besagtes „Kommerzien-Kollegium“, mit Ausnahme eben jenes Dr. Becher, sehr wenig Rührigkeit entfaltete und sich das Jahr über kaum zwei- bis dreimal versammelte, um irgend einen Beschluss zu fassen, so unterblieb vorläufig die vom Kaiser anbefohlene Enquête. Becher hat darüber in seinem „Politischen Diskurs“ (3. Ausgabe, Frankfurt a. M. 1688) sich unter Darlegung des vorerwähnten Sachverhaltes (S. 481. 783) bitter beschwert, nachdem er im Jahre 1678 aus dem Dienste des Kaisers, der ihn zuletzt mit der Direction des neu errichteten „Kunst- und Werkhauses“ in der Wiener Leopoldstadt betraut hatte, getreten war. Sein Nachfolger in der letzterwähnten Stelle, Wilhelm v. Schröder, eiferte ihm auch insoferne nach, dass er eine Sammlung statistischer Daten über die Handels- und Industrieverhältnisse Österreichs neuerdings anregte. Nach dem Vorschlage dieses achtbaren Cameralisten, der seine bezüglichen Pläne in der

(von den meisten Bibliographen irriger Weise seinem Vater zugeschriebenen) bekannten Schrift: „Fürstliche Schatz- und Rentkammer“ veröffentlicht hat, sollten „Manufactur-Inventarien“ angelegt werden über die Zahl der Meister, Gesellen und Lehrlingen, über den Materialverbrauch jedes einzelnen Gewerbes und dessen Bezugsquellen, über den Waaren- und Geldumsatz derselben u. s. w. Zur Führung der Inventarien sollte ein eigenes „Manufaktur-Amt“ eingesetzt werden, bei welchem sich alle Handwerker (zunächst die der Residenzstadt Wien) um Arbeitslicenzen zu melden und über ihre Gewerbsverhältnisse Auskunft zu geben hätten (Cap. 14). Auch empfahl Schröder zur besseren Landeskenntniss ein Tabellenwerk einzurichten, wie der Herzog Ernst von Sachsen-Gotha ein solches um das Jahr 1670 in seinem Lande eingeführt habe (Cap. 11). Seine Vorschläge fanden aber erst unter Karl VI. Gehör, welcher dieselben mindestens insoferne beherzigte, dass er unterm 29. November 1724 eine allgemeine Conscription aller Handwerker in allen österreichischen Erblanden, mit Ausnahme der in Wien befindlichen, anordnete (s. das bezügliche Patent für Nieder- und Ober-Österreich im Cod. Aust. IV, 249; in den entfernteren Provinzen gelangte dasselbe erst im Anfange des Jahres 1725 zur Öffentlichkeit, so z. B. in Tirol laut einer Vormerkung im Innsbrucker Gubernial-Archive unterm 19. März 1725). Auf einzelne Orte beschränkte Volkszählungen hatten theils aus Sicherheitsgründen, theils aus finanziellen Rücksichten schon unter Kaiser Leopold I. und dessen nächstem Nachfolger häufig Statt (s. die auf Wien bezüglichen Patente von 1668, 1691, 1695, 1707, 1711 im Cod. Aust. II, 468; III, 371; I, 204; III, 520 und 623); allein grössere Dimensionen nahmen dieselben bekanntlich erst unter Maria Theresia an. Eine interessante statistische Beschreibung Ungarns jenseits der Donau in Tabellarform vom Jahre 1722 hat Freiherr C. v. Czörnig in seiner „Ethnographie der österreichischen Monarchie“ (III, S. 7) aus dem Archive des k. k. Finanz-Ministeriums mitgetheilt. Derlei Zahlengemälde kommen bereits in dem (in Note 5 erwähnten) Kollonitsch'schen Elaborate über Ungarn vom Jahre 1689 als Beilagen vor, ohne dass übrigens daraus auf eine gründliche und umfassende Pflege der administrativen Statistik Österreichs in damaliger Zeit geschlossen werden könnte. Sie verdienen nur als Beweise, dass die österreichischen Regierungs-Behörden damals das Bedürfniss solcher Darstellungen zu fühlen begannen, Beachtung. Ihr innerer Werth ist äusserst gering.

8. Ich entnehme diese Angabe der Information, welche Graf Gundaker Starhemberg für den die Regierung Österreichs antretenden Kaiser Karl VI. auf dessen ausdrücklichen Wunsch im December 1711 zu Frankfurt (wohin der die deutsche Kaiserkrone eben empfangende Monarch ihn berufen hatte) schrieb. Eine, allen Anzeichen nach authentische, Abschrift dieser Information erwarb ich im Jahre 1852 nebst anderen Staatsschriften durch Kauf aus der Verlassenschaft eines Herrn v. Ingram zu Innsbruck. Die Einkommensquellen, aus welchen der von Starhemberg supponirte Ertrag per 4,800.000 fl. floss, waren nach jenem Documente: 1. die böhmische und schlesische Kammer; 2. das ungarische und siebenbürgische Camerale; 3. die Kammern in Steiermark und Tirol; 4. das böhmische deputirte Amt; 5. das ungarische Salzwesen; 6. das mährisch-

schlesische und niederösterreichische Salzamt; 7. das mährische und das glatzische Rentamt; 8. das niederösterreichische Waldamt; 9. die Mauthämter zu Linz, Ybbs und Struden (an der Donau); 10. das mährische Handgrafenamt; 11. das sogenannte „Schlüsselamt“ zu Krems; 12. das Eisen-Oberamt (in Steiermark); 13. „die Intraden bei der reservirten (Hof-) Cassa und die ausser der schlesischen Kammer-Administration stehenden Fürstenthümer“. Vgl. A. Wolf, „Die Hofkammer unter Kaiser Leopold I.“ in den Sitzungsberichten der philosophisch-historischen Classe der kais. Akademie der Wissenschaften, XI. Bd., S. 440 ff. Die Einkünfte aus den Domänen, womit der kais. Hofhalt zunächst hätte bestritten werden sollen, waren namentlich unter Kaiser Leopold I. in Folge der Veräusserung vieler Kronherrschaften und Staatsgüter auf eine geringe Summe zusammengeschmolzen. Kaiser Leopold verkaufte nämlich in Böhmen: 1660 Wittingau, 1685 Pürglitz und Kruschowitz, 1687 Melnik (Sommer, Topographie von Böhmen, IX, 63; XIII, 256; II, 111); in Mähren: 1663 Bodenstadt, 1678 Wisowitz (Wolny, Topographie von Mähren, I, 85; IV, 480); in Ober-Österreich: 1666 Steyer (Pritz a. a. O. S. 55), 1678 Wildenegg (Pillwein, Geschichte etc. des Erzherzogthums Österreich ob der Enns, III, 316), 1685 Peurbach (Kirchl. Topographie, XVII, S. 100); in Nieder-Österreich: 1658 Schwarzenbach an der ungarischen Grenze, 1701 Scharfeneck am Leithagebirge (Schweickhart, Darstellung des Erzherzogthums Österreich unter der Enns, VI, 43; V, 174) u. s. w. Es fand also ein förmlicher Ausverkauf Statt, dessen Erlös aber nicht zurückgelegt, sondern von den laufenden Ausgaben verschlungen wurde. Auch der Familienschatz, den der tirolische Erzherzog Ferdinand Karl gesammelt hatte, indem er die für die Freierklärung des Zehngerichtebundes und des Engadins, so wie für die Abtretung vorderösterreichischer Besitzungen an Frankreich erhaltenen Summen für Nothfälle aufsparte, war nach dem Tode des letzten tirolischen Erzherzogs (Franz Sigmund) kaum nach Wien überbracht worden, als er auch schon aufgezehrt ward (Rink, Leben und Thaten Leopold's des Grossen, Leipzig 1713, I, 607). Daher die fortwährende Beklemmung, in welcher der kais. Hofhalt sich bewegte. Kaiser Leopold führte zwar einige Ersparnisse ein, indem er im Jahre 1680 viele Hofcavaliers, „so nichts Wichtiges zu negociiren hatten“, beurlaubte und sie auf ihre Güter sich begeben hiess (Frankf. Relat., 84. Rel., S. 8); allein nach anderen Seiten warf er, grossmüthig und mildthätig wie er war, das Geld mit vollen Händen aus (Rink a. a. O. I, 153; Kaltenbäck im Nationalkalender Austria für 1851, S. 13 u. 14; Frankf. Relat. pro 1664, Octoberheft, p. 53; pro 1665, Novemberheft, p. 30; pro 1666, Aprilheft, p. 17; Maiheft, p. 52; Juniheft, p. 69, und an vielen anderen Stellen). Die Kosten der Civiladministration, welche gleichfalls aus den oben genannten Einkünften zu bestreiten waren, stiegen in dem Masse, als die Regierungsgewalt der Stände sich verminderte und die Zahl der Ämter, welche früher im Namen der Stände von Adelspersonen theils unentgeltlich, theils nur gegen ein geringes Entgelt versehen worden waren, nun aber vom Kaiser mit gutbesoldeten Staatsdienern besetzt wurden, zunahm. Endlich trug auch die oft wiederkehrende Entsendung kaiserlicher Botschafter an fremde Höfe, besonders an den türkischen Hof, und

die Ausstattung derselben mit kostbaren Geschenken für den zu begrüßenden Souverain viel zur Verschlimmerung des Civiletats bei. Man denke nur an die splendide Ausrüstung der Leslie'schen Gesandtschaft an die Pforte im Jahre 1665 (s. Tafferner's bezügl. „Diarium“, Viennae 1668, und Frankf. Relat. pro 1664, Octoberheft, p. 40, Decemberheft, p. 19; pro 1666, Aprilheft, p. 8) und an den Luxus, welchen der im October 1699 von Wien nach Konstantinopel abgereiste kais. Botschafter Graf Oettingen bei dieser Expedition auf Staatskosten entfaltete! (S. des Legations-Prälaten Simpertus bezügl. „Diarium“, Augsburg 1701, und die Frankf. Relat. pro 1699, Cont. Autumn., p. 18 u. 24.)

9. S. Ph. Röder v. Diersburg, Kriegs- und Staatsschriften des Markgrafen L. W. v. Baden über den spanischen Erbfolgekrieg (2 Bde., Karlsruhe 1850); Alf. Arneht, Prinz Eugen von Savoyen, nach den handschriftlichen Quellen der kais. Archive (3 Bde., Wien 1858); dess.: Leben des kais. Feldmarschalls Grafen Guido Starhemberg (Wien 1853); Heller, Militärische Correspondenz des Prinzen Eugen von Savoyen (2 Bde., Wien 1848). Vgl. auch Dr. H. Meynert, Geschichte der österreichischen Armee, III, 166—188.

10. Die Frankfurter Relationen thun von jedem Geldtransporte, der bei einem kais. Armeecorps eintraf oder erwartet wurde, in einer Weise Meldung, welche deutlich erkennen lässt, wie wenig auf die Versorgung der Armee mit den nöthigen baaren Summen gerechnet werden konnte. S. Relat. pro 1680, 1. Continuatio (von 1679 an), p. 12; pro 1681 (10. Contin.), p. 3; pro 1696, Contin. Vernalis, p. 11; pro 1705, Contin. Autumn., p. 6, u. s. w.

11. Ich erinnere an die Devotion, welche die niederösterreichischen Stände gelegentlich der Votirung einer Vermögenssteuer im Jahre 1705 und die böhmischen Stände bei Einführung der Accise in Böhmen im Jahre 1707 an den Tag legten. Mit Recht konnten erstere im Jahre 1712 in einer Vorstellung an den Kaiser von sich sagen: sie hätten sich „herzhaft angegriffen“ (Cod. Austr. III, 481. 559. 671). Auch in Ober-Österreich gab sich damals, besonders im Jahre 1703, eine grosse Willfährigkeit der Stände, auf die Wünsche des Kaisers einzugehen, kund, wie Sturz in seiner „Geschichte der Landwehr im Lande ob der Enns“ (Linz 1811) II, 1—125, im Detail nachgewiesen hat.

12. Zu förmlichen Aufständen kam es auf den Besitzungen des Klosters Bruck in Mähren (Cod. Ferd.-Carol., p. 641); ferner in Ober-Österreich, wovon ein Bild im Rathhaussaale zu Enns nach Pillwein's Meldung (a. a. O. II, 248) noch lange nachher Zeugniß gab; dann in Steiermark, wo der Oberlandes-Commissär Graf Wolfg. Friedrich v. Wurmbrand von den wüthenden Bauern (freilich unter dem Vorwande: er halte es mit den ungarischen Rebellen) auf jämmerliche Weise ermordet wurde (Hormayr's Taschenbuch für 1827, S. 16). In Kärnten herrschte damals (1704) unter dem Landvolke eine so schwierige Stimmung, dass (wie Hermann in seiner „Geschichte Kärntens“ [II. Abth., 2. Bd., S. 180] berichtet) ein Aufstand dort mindestens zu befürchten war. Ob auch in Böhmen (wie Hormayr in seinem Taschenbuche für 1835, S. 44, anführt) „eine Unruhe“ damals bevorstand, mag, da die Tendenz des betreffenden Aufsatzes der Glaubwürdigkeit des dort Gesagten Abbruch thut, dahingestellt bleiben. Dass aber in Tirol die innere Ruhe des Abgabendruckes

halber stark gefährdet war, geht aus einem Schreiben des damaligen Landes-Hauptmannes an den Kaiser dto. 19. September 1703 hervor, worin es heisst: „wenn nicht bald Geld gesendet und den Eigenmächtigkeiten der beiden Generäle Heister und Guttenstein gesteuert würde, sei eine allgemeine Empörung der erschöpften Unterthanen fast unvermeidlich“ (Alb. Jäger, Tirol im Jahre 1703, S. 382). In Vorarlberg gerieth die Bauernschaft des Montafuner- und Kloster-Thales sogar wirklich mit den Obrigkeiten in Conflict, und es war dabei auf nichts Geringeres, als auf einen Anschluss an die drei freien Bünde der Schweiz abgesehen, wie der kais. Gesandte in Bündten, Freiherr v. Rost, glücklicher Weise noch früh genug entdeckte, um den Anschlag zu hintertreiben. Im Vintschgau (dem Burggrafenamte), so wie im mittleren Etschthale und selbst im Ober-Innthale soll es viele Mitverschworene gegeben haben, die um den Freiherrn Andreas v. Flugi sich scharten. Die „Abmahnungsschreiben“, welche der Kaiser, hiervon unterrichtet, an die aufrührerische Bauernschaft erliess, sind vom 8. September 1703 datirt (ebenda, S. 392). Dennoch fanden vielorts im Lande geheime Conventikel Statt, bei welchen die erbitterten Gemüther sich wechselseitig noch mehr erhitzten, und die Drohung, man wolle eine allgemeine Umwälzung der Dinge, vernehmbar wurde (ebenda, S. 414).

Dass auch die Rákotzische Bewegung in Ungarn im Jahre 1704 durch die Erbitterung genährt wurde, welche der Druck ungewohnter Abgaben dort erzeugt hatte, geht (anderer Belege nicht zu gedenken) aus der *Centuria Gravaminum Hungariae Germanis proposita*“ (einer Flugschrift, welche damals in Ungarn sehr verbreitet war und wovon die ungarische Akademie der Wissenschaften zu Pesth in einem Manuscriptcodex ihrer Bibliothek sub 77, B, eine Abschrift verwahrt) hervor. Es sind darin als Gravamina folgende, die Finanz-Verwaltung betreffende Punkte angeführt: 7. *Portionum gravissima exactio*; 8. *Varia sub praetextu eorum multiplicatio* (*Oralis portio, vacans portio, sicca portio, Mundpfert-portio, Servis-portio*); 20. *Salis patrii a pretio consueto ad 4 fl. 50 auctio*, 21. *Tabaccae, salis nitrii et accidularum in appaldem redactio*; 22. *Ferdinandae sex millium florenorum eleemosynae annuae ad restaurationem depauperatorum Plebanorum mala dispensatio*. Bezeichnend für den Grund der fraglichen Missstimmung ist es auch, dass den Deutschen in jener Flugschrift neben Verachtung der ungarischen Nation und eingefleischtem Hasse gegen dieselbe „*Bonorum Patriorum invidia*“ und „*Vivendi mediorum extorsio*“ zum Vorwurfe gemacht wird.

13. Die Lage des Bauernstandes war in den meisten österreichischen Ländern im Anfange des XVIII. Jahrhunderts noch eben so kläglich, wie sie um die Mitte des XVII. Jahrhunderts es gewesen war. In Böhmen hatte zwar Kaiser Leopold durch die Patente vom 22. März und 28. Juni 1680 das Abhängigkeitsverhältniss, in welchem dort der Unterthan zur Herrschaft stand, in Etwas gemildert, nachdem es zu blutigen Auftritten gekommen war (Cod. Ferd.-Carol., p. 448); doch litt der böhmische Bauer auch nachher noch stark unter dem Drucke der Urbariallasten, und es passte noch immer auf ihn jener freimüthige Ausspruch des gräflich Losy'schen Schlosshauptmannes zu Stieckna,

Joh. Erasm. Wegener, den derselbe in seiner 1669 zum zweiten Male aufgelegten „*Oeconomia Bohemo-Austriaca*“, S. 24, that: „Man muss mit Wahrheit bekennen, dass wann ein böhmischer Bauer alle Arbeit, so ihm von seiner Obrigkeit auferlegt wird, alle Contributionen und schwere Pressuren, die er ausstehen muss; item alle Unbilde, welche ihm von denen Soldaten zugefüget wird, mit Gedult überträgt, er gewiss wohl kann unter die Zahl der heil. Märtyrer gerechnet werden“. Erst unter Kaiser Joseph II. besserte sich die Lage des böhmischen Bauers. S. den sehr instructiven Aufsatz: „Über das heutige Verhältniss des Bauers zum Gutsherrn in Böhmen“ in der Schrift: „Staatswirthschaftliche Aufsätze, in besonderer Rücksicht auf Böhmen“, I. Theil, Deutschland, 1801, S. 1—119. — In Mähren massen sich gerade in den Jahren 1680—1710 die Herrschaften viele Befugnisse an, welche wider das Herkommen waren und derentwegen dann langwierige Zwiste sich entspannen. Namentlich hatten solche zwischen den Klöstern Tischnowitz und Saar als Obrigkeiten und den Städten gleichen Namens, ferner zwischen den Grafen von Liechtenstein und der Stadt Zlabings und zwischen den Grafen von Werdenberg und der Stadt Namiest Statt. S. Wolny's Mähren, II, 2. Abth., 525; III, 343; IV, 133; VI, 32. 448. 529. Vgl. über die Robot- und Zehentschuldigkeit der mährischen Bauern, welche noch unter Maria Theresia (1750) bestand.: Christ. d'Elvert, Die Culturfortschritte Mährens etc. (Brünn 1854), S. 7. — In Schlesien fühlten sich die Unterthanen am Schlusse des XVII. Jahrhunderts theils der religiösen Wirren halber, theils und vornehmlich aber der Abgaben wegen, womit ihre Herrschaften sie bedrückten, so unbehaglich, dass sie lieber auswanderten, als daheim mit Noth und Ungebühr kämpften. Namentlich liessen sich Unterthanen der Gräfin Praschmann im Jahre 1699 verleiten, mit Sack und Pack nach Ungarn zu ziehen, wo, wie sie meinten, sie „völlige Freiheit von Gaben und Diensten geniessen könnten“ (Cod. Aust., I, 399). Es erging daher auch unterm 23. April 1699 ein Patent des Obersten Hauptmannes in Schlesien, Pfalzgrafen Franz Ludwig zu Rhein, wider das unbefugte Auswandern, nachdem man höchsten Orts in Erfahrung gebracht habe: „was vor eine Unruhe unter dem gemeinen unterthänigen Volk entstehe und welcher Gestalt einige derselben zu emigriren sich in die Gedanken kommen lassen wollen“ (Cod. Ferd.-Carol., p. 627). Vgl. Wuttke a. a. O. II, 81. 140. 316. — In Ungarn galt der Bauer für eine Sache, mit welcher nach Belieben zu schalten der Grundherr berechtigt sei, wenn gleich längst gesetzliche Bestimmungen ihn in Schutz genommen hatten. Charakteristisch ist in dieser Beziehung die Auffassung eines Priesters, des Graner Archidiakons Joh. Lyczni, welcher im Jahre 1707 in der Universitäts-Buchdruckerei zu Tirnau ein landwirthschaftliches Compendium („*Iter oeconom. duodena stationum . . . ad Urbaria etc. formanda directum*“) herausgab, worin er von den unterthänigen Bauern (p. 55) sagt: „Subditi in pagis, qui proprie rustici, laboribus agrestibus ut juvenum assueti dicuntur. Inde natum etiam de iis proverbium: Rusticus est quasi Rind (Bos), nisi quod sibi cornua desint“. Allerdings setzt er, um seine Landsleute, die demnach offenbar von dem Bauernstande noch geringschätziger dachten als er, zu grösserer Milde gegen ihre Unterthanen zu bewegen, bei: „Hoc tamen

non obstante rusticus non ut pecus tractandus sed aestimandus, discrete tamen“. Wie schlecht musste der Bauer in einem Lande daran sein, wo solche Ermahnungen nothwendig schienen! Über die gesetzliche Stellung des ungarischen Bauers im Anfange des XVIII. Jahrhunderts, mit welcher übrigens, wie gesagt, dessen factische Lage damals, wie noch lange nachher, nicht einmal übereinstimmte, sieh: Pfahler's „Jus Georgicon regni Hungariae“ (Kiszthely 1820), p. CVI etc. Vgl. auch hierüber die Aufsätze über den Zustand des ungarischen Bauers in Hormayr's Archiv, Jahrgang 1816, Nr. 99, 100, 101; Jahrgang 1817, Nr. 9 u. 10; Jahrgang 1818, Nr. 25 u. 46. — Ebendort, Jahrgang 1818, Nr. 112, hat Kalchberg die ehemaligen Urbarialabgaben in Inner-Österreich unter dem historischen Gesichtspunkte dargestellt, auf welchen Aufsatz wir daher bezüglich der Steiermark, Kärntens und Krains verweisen. — Bezüglich Kärntens ist auch Hermann's Geschichte dieses Landes (II, 2. Abth., S. 115 u. ff.) nachzulesen. — In Ansehung Nieder-Österreichs verdient noch insbesondere das Werk des Regierungs-Secretärs Ferd. Edler v. Hauer: „Praktische Darstellung der in Österreich unter der Enns für das Unterthansfach bestehenden Gesetze“ (2. Auflage von J. G. R. v. Rössler, Wien 1808); in Ansehung Tirols und Vorarlbergs aber die Systematische Darstellung der für diese beiden Länder erflossenen Cultur-Gesetze von Dr. J. Wörz (Innsbruck 1834) und der handschriftliche Bericht des Gubernialrathes Dr. Rapp über die Verhältnisse des Ober- und Nutzeigenthums in Tirol in der Bibliothek des Ferdinandeums zu Innsbruck (a. Num. 767) zu Rathe gezogen zu werden. Über Ober-Österreich endlich ist Hohberg's „Georgica curiosa“ nachzusehen, wo es im I. Thl. (5. Aufl. von 1716, S. 80) heisst: „Im Lande ob der Enns geben etliche Unterthanen also grosse Trayd- Weitz- und Haber-Dienst, dass sie manches Mal kaum so viel bauen können; das (ist) meistentheils in den Empörungen und Bauernkriegen aufkommen und wird nunmehr als praescribirt von denen Nachkommen continuirt“.

14. Es war ein alter Brauch des Adels in Österreich, dass er, wie wohl auch anderswo geschah, für die ihm auferlegten Steuern an seinen Unterthanen den Regress nahm. Schon Kaiser Max I. untersagte den oberösterreichischen Ständen mit Credenzschreiben vom 12. Juli 1503: Die Unterthanen der ausgeschriebenen Rüstung halber zu besteuern, indem er beisetzte: es sei ihm dies als Herrn und Landesfürsten „ganz unleidentlich“ (Hormayr's Archiv, Jahrgang 1811, S. 583). Doch fruchtete diese Abmahnung wenig. Die Landschaften anderer Provinzen kehrten sich schon gar nicht daran. So beschlossen die niederösterreichischen Stände im Jahre 1528, die Hälfte der Steuerlast, welche sie damals auf sich geladen hatten, ihren „Holden“ zu übertragen; doch sollten diese über den halben Theil des votirten „Dargebens“ nicht beschwert werden (Buchholtz a. a. O. IV, 586). Später ward dieses Mass häufig überschritten und namentlich thaten sich die Stände der Steiermark am Schlusse des XVI. Jahrhunderts durch eine rücksichtslose Ausbeutung ihrer Unterthanen anlässlich der Steuererhöhung hervor. Daher befahl Erzherzog Karl von Steiermark bei der Ausschreibung von Steuern seinen Landtags-Commissären wiederholt: dahin zu wirken, dass „in der Raichung nit Alles auf den armen Mann, der sonst in meer

weg hart belegt ist, geschlagen werde“. Um das Jahr 1590 langte bei Hof die Anzeige ein, dass die „Landleute“ nichtsdestoweniger ihre Unterthanen wider Gebühr anzustrengen fortführen und sogar bei der Vertheilung ihrer Steuer-Schuldigkeit auf letztere noch „Fortl“ zögen, d. h. profitirten, indem sie unter diesem Prätexte mehr einforderten, als sie abzuführen hatten. Auch in Nieder-Österreich griff dieser Missbrauch stark um sich (Hurter, Geschichte Ferdinand's II., 2. Bd., S. 288. 342. 343). Dass derselbe noch in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts in Nieder- und Ober-Österreich bestand, geht aus einer Stelle bei H o h b e r g a. a. O. (I, cap. 85) hervor, wo es heisst: „Das Pfund-Geld soll zwar die Obrigkeit ohne Entgelt der Unterthanen abstaten, sind aber dennoch Etliche, die das Pfund-Geld also in die anderen Anschläge vertheilen, damit sie leer durchgehen und die Last allein den Unterthanen auf den Hals komme“. Auch in der Folge kamen derlei Bedrückungen nicht selten vor und es liegt in der Natur der Dinge, dass sie sich bei jeder Steuererhöhung mehrten. Darum eben zankten sich im Anfange des XVIII. Jahrhunderts die Obrigkeiten fast allenthalben in Österreich mit ihren Unterthanen und gab sich die dadurch erzeugte Erbitterung mitunter selbst in gewaltsamen Ausbrüchen kund. Vgl. Anmerkung 12 u. 13.

15. So wurden z. B. im Jahre 1704 den Ober-Österreichern laut Kundmachung vom 20. Jänner alle Steuern für das laufende Jahr nachgesehen (Stülz a. a. O. S. 152). Die Pusterthaler in Tirol ertrotzten sich gar eine zweijährige Steuerfreiheit (A. Jäger, Tirol im Jahre 1703, S. 404). Dass bei den fraglichen Aufstandsversuchen (s. Anm. 12) auswärtige Agenten thätig waren, unterliegt keinem Zweifel, wenn auch bisher urkundliche Belege hiefür nicht veröffentlicht wurden. Es geht dies aus vielen zerstreuten Daten und concurrirenden Umständen hervor. Von der Mitwirkung baierischer und ungarischer Emissäre bei dem Tumulte, der sich im Jänner 1706 gegen die Juden in Wien erhob, ist in den politischen Journalen der damaligen Zeit wiederholt die Rede (s. Frankf. Relat. pro 1706, Cont. Vernal., p. 15; pro 1707, Cont. Vernal., p. 10). Wider verdächtige Leute in ungarischer Kleidung, welche im Herbst des Jahres 1697 im Wiener Walde umherstreiften, wurden in jenen Tagen Vorsichtsmassregeln ergriffen (Cod. Aust. I, 757), und im Jahre 1703 erging neuerdings ein Patent, das auf agitatorische Vorgänge in Wien selbst hindeutet (Cod. Aust. III, 453). Überhaupt dürfte sich bei einer näheren Untersuchung der Sache herausstellen, dass die meisten Laquaien- und Studenten-„Rummel“, welche sich unter Leopold I. in Wien zutrugen, gleich den Bauernaufständen, welche in diese Periode fallen, von Ausländern angezettelt wurden und weitaussehende Zwecke verfolgten, wenn auch die Werkzeuge dieser Machinationen nicht die entfernteste Ahnung von letzteren hatten. Bezüglich des Aufstandes, der im März 1688 in Ober-Krain auszubrechen drohte und als dessen Anstifter ein vornehmer Ausländer, Namens Cattin, eruiert wurde, liesse sich dies z. B. aus den Acten des Gratzter Statthaltereiarchivs unter der Voraussetzung, dass der Veröffentlichung der betreffenden Actenstücke kein Hinderniss im Wege stünde, im Detail nachweisen. Dass Frankreich damals oft zu solchen Mitteln seine Zuflucht nahm, um Österreichs

Widerstandskraft zu brechen, ist um so wahrscheinlicher, als es ja zu diesem Ende noch weit ärgere Anschläge ausheckte und schon die Gleichzeitigkeit des Ausbrechens revolutionärer Tumulte an verschiedenen, von einander weit entfernten Orten auf eine planmässige Einwirkung von Aussen schliessen lässt, deren eigentlicher Ausgangspunkt eben Frankreich war.

16. Wie hoch die österreichische Staatsschuld im Jahre 1703 sich belief, ist nicht mit ziffermässiger Genauigkeit anzugeben; doch betrug sie jedenfalls mehr als 12 Millionen (auf welchen Betrag sie in älteren Schriften geschätzt wird). Denn da die im Jahre 1711 von der Hofkammer zu verzinsende Schuldenlast 24 Millionen betrug (vgl. Anm. 8) und die Regierung mittlerweile Gelegenheit gefunden hatte, durch die von ihr ins Leben gerufene Giro-Bank, so wie (vom Jahre 1706 an) durch die Wiener Stadt-Bank Gelder, welche unter jenen 24 Millionen nicht begriffen sind, aufzunehmen: so ist es nicht wohl denkbar, dass die österreichische Staatsschuld im Jahre 1703 erst 12 Millionen ausmachte. Im Jahre 1701 belief sich dieselbe nach einer den oberösterreichischen Ständen damals gemachten Eröffnung auf 22 Millionen (Stülz a. a. O. S. 152), wovon aber ein Theil damals allerdings auf die Stände der einzelnen Provinzen überging, so dass sich deren Betrag zwei Jahre später minder hoch beziffert haben mag. Dass sie aber im Jahre 1703 nur 12 Millionen betragen haben soll, ist, wie gesagt, nicht füglich anzunehmen.

17. S. Kaltenbäck: Zur Finanzgeschichte Österreichs unter Kaiser Leopold I., a. a. O. S. 1.

18. S. Dr. J. J. Becher: Politischer Discurs (3. Ausgabe von 1088), S. 697 u. 898. Becher's Schilderung der Unordnung und Rapacität, welche unter Graf Sinzendorf in der kais. Hofkammer herrschte, könnte für übertrieben gelten, würde sie nicht durch die Eröffnungen, welche Graf Joh. Quintin Jörger dem Kaiser über Sinzendorf's Verhalten unterm 20. März 1678 und 14. April 1679 machte, vollkommen bestätigt. S. Jörger's „Unterschiedliche Motiven und Anders“, IV. (allein erhaltener) Theil (in der k. k. Hofbibliothek zu Wien), 1. u. 2. Stück. Vgl. Kaltenbäck a. a. O. S. 3—11.

19. Der Rigorismus und die Streitsucht der Hofkammer ging so weit, dass Kaiser Karl VI. sich im Jahre 1712 veranlasst fand, den eigenen Fiscus zu desavouiren und dessen Anwälte für den Fall, als sie wohlerworbene Rechtsansprüche an die Hofkammer dennoch vermessenlicher Weise bestreiten würden, mit Strafen zu bedrohen (Cod. Aust. III, 639).

20. In der „Relation sur les finances et sur les forces de l'Empereur“, welche der damalige englische Bevollmächtigte am Wiener Hofe, Hr. v. St. Saphorin im Jahre 1727 an sein Ministerium erstattete, heisst es: „Les finances de l'Empereur Léopold étoient les dernières années de son règne dans un état tout de plus déplorable. Les dépenses excédoient de beaucoup les revenus et le crédit étoit tellement détruit qu'il falloit ordinairement payer 18 pour cent pour emprunter les sommes nécessaires a l'entretien de la Cour et des Ministres dans les pays étrangers; mais quant aux munitions pour les armées, soit de guerre, soit de bouche, les recrues et les remotes on étoit obligé d'en traiter avec les Juifs, qui, se prévalant de la nécessité où l'on se

trouvoit de passer par leurs mains, faisoient rarement des contrats sans y avoir au-delà du 30 pour cent de profit“. Freilich wurden diese Armee-Lieferanten auch nicht mit baarem Gelde, sondern mit Assignationen bezahlt, die schwer zur Einlösung zu bringen waren und überhaupt nur dann realisiert werden konnten, wenn die Beamten (officiers) der Provinzen, auf welche sie lauteten, ehavor durch ansehnliche Geschenke bestochen worden waren. (Gütige Mittheilung des Herrn Hofsecretärs v. Arneth aus dem Archive des auswärtigen Amtes zu London.) Vgl. Hormayr, Geschichte Wiens, IV. Bd., S. 223.

21. Unterm 3. October 1703 schrieb Prinz Eugen an Guido Starhemberg: „wann die gantze Monarchie auf der äussersten Spitzen stehn und würllich zu Grunde gehen sollte; wann aber nur mit 50,000 Gulden oder noch weniger in der Eil (man) aufhelfen könnte: — man müsste es geschehen lassen und wüsste nit zu steuern“ (Arneth, A., Leben des Grafen Guido Starhemberg, S. 297). Dass aber der Bestand der Monarchie damals wirklich stark gefährdet war, ist aus älteren und neueren Geschichtswerken zur Genüge bekannt. S. namentlich die gelungene Schilderung der damaligen Lage der Monarchie bei A. Arneth: Prinz Eugen von Savoyen, I, 188 u. ff., insbesondere aber S. 222 u. 223, wo einige charakteristische Stellen aus Briefen Eugen's an den Kaiser mitgetheilt werden. Vgl. auch Mailáth, Gesch. von Österreich, IV, S. 394 u. ff.

22. S. die Kundmachung vom 15. Juni 1703 über das neu begründete „Banco del giro“ und die unter demselben Datum erlassene Geschäfts-Ordnung für dieses Institut im Cod. Aust., II, 81 u. 83. Vgl. J. R. v. Hauer: Beiträge zur Geschichte der österreichischen Finanzen, Wien 1848, S. 105. Die vorerwähnten Diplome sind auch in Marperger's „Beschreibung der Banquen“ (Halle und Leipzig 1717), S. 223—232, im Zedler'schen Universal-Lexikon, LVI, 301—308, und in mehreren anderen Sammelwerken abgedruckt. Dass es der Regierung beim Creiren der Giro-Bank im Jahre 1703 vornehmlich um Hebung des Staatscredits zu thun war, wird in dem Patente vom 5. October 1704 über den Fleischaufschlag in Wien (Cod. Aust. III, 469) ausdrücklich gesagt.

23. Diese Notiz ist den Acten entnommen, welche die vornehmste Grundlage der nachfolgenden Darstellung der Wiener Stadt-Bank bilden und bezüglich deren ich daher auf die Anm. 48, wo jenes Substrat näher besprochen wird, verweise. Meine Erkundigungen nach der Herkunft und Berufsstellung des Abbate Norbis waren bisher fruchtlos. Vielleicht befand er sich im Gefolge eines der vielen italienischen Cavaliere, welche im Antange des XVIII. Jahrhunderts in Österreich theils eine Zufluchtsstätte vor den Verfolgungen, denen sie als treue Anhänger der österreichischen Partei in ihrer Heimath ausgesetzt waren, theils ein weites Feld für ehrgeizige Pläne fanden und mit besonderer Vorliebe in Wien ihren Aufenthalt nahmen. S. Firnhaber's Abhandlung über die Mission des Freiherrn v. Sassinet in Rom im Jahre 1701 in den Sitzungsberichten der philosophisch-historischen Classe der kais. Akademie der Wissenschaften, XIX. Bd., S. 3 u. ff., und die „Europäische Fama“, I, 1—27.

24. S. Schröder's „Fürstliche Schatz- und Rentkammer“ (Ausgabe von 1713), Cap. 80, S. 234 u. ff. Vgl. Marperger's „Beschreibung der Banquen“.

Cap. 20, S. 375—382. Wilhelm Freiherr v. Schröder war ein Sohn des gleichnamigen Kanzlers des Herzogthums Sachsen-Gotha. Er trat um das Jahr 1678 in die Dienste des Kaisers, nachdem er, in unbekannter Stellung zu Ödenburg weilend, auf kaiserlichen Befehl eine ausführliche „Relation“ über den Stand der Manufacturen in Österreich und die Mittel, dieselben emporzubringen, ausgearbeitet hatte. Er erbot sich darin: ein „Kunst- und Werk-Haus“ (eine Art Fachschule für Handwerker, in Verbindung mit einem Zwangsarbeitsause) zu errichten. Der Kaiser ging auf dieses Anerbieten insoferne ein, dass er ihm die Fortführung, beziehungsweise Umgestaltung des schon vom Commercienrathe Dr. Becher in der Wiener Leopoldstadt begründeten Arbeitshauses übertrug, welcher Aufgabe derselbe auch bis zum Jahre 1683, wo die Türken das Anstaltsgebäude verwüsteten und dessen Einrichtung zertrümmerten, nachkam. Damals scheint er aus dem Dienste des Kaisers geschieden zu sein und auch einen grossen Theil seines Privatvermögens eingebüsst zu haben. Mindestens findet sich unter den Realitäten, welche das Wiener Bürgerspital in den Jahren 1688—1690 in der Leopoldstadt erwarb (bei Weschel, Die Leopoldstadt bei Wien, S. 314) auch eine auf den Namen des „Freiherrn Wilhelm v. Schrötter“ (der offenbar mit dem in Rede stehenden eine und dieselbe Person ist) geschriebene Brandstätte sammt einem dazu gehörenden öden Grunde. Er schrieb dann noch das oben angeführte Buch, dem wir die vorstehenden biographischen Daten, mit Ausnahme der eben erwähnten Nachricht, entnehmen, und einen Tractat über die Alchemie, welcher reich an interessanten Bemerkungen ist. Sein Ende war allem Anscheine nach ein trauriges oder doch wenigstens ein unrühmliches. L. F. Pescherinus, der Verfasser „Politischer Gedanken über die General-Zehenden“, welche 1718 bei J. Th. Boëtius in Leipzig erschienen, sagt in dieser Schrift, S. 43: „Schröder habe über seinen Projecten den Kopf verloren“. Ob dies nun buchstäblich zu nehmen und folglich auf eine Hinrichtung zu deuten ist, oder bloß anzeigen soll: Schröder sei am Schlusse seines Lebens einer Geistesverwirrung anheim gefallen — getrauen wir uns nicht zu entscheiden. Als national-ökonomischer Schriftsteller nimmt Schröder unter seinen Zeitgenossen eine hervorragende Stellung ein. Rau und Roscher haben (jener in seinen 1821 zu Leipzig erschienenen „Ansichten der Volkswirtschaft“, dieser in seinen „Grundlagen der National-Ökonomie“) manchen von ihm aufgestellten Lehrsätzen ehrende Anerkennung gezollt.

25. S. die „Nachricht von der ehemaligen kais. Banco in Wien“ in der Leipziger Sammlung (von wirtschaftlichen, Polizei- Cammer- und Finanzsachen), III. Bd., Leipzig 1746, S. 188, wo die Beziehungen des Hauses Oppenheimer zur kais. Finanz-Verwaltung und zur Leopoldinischen Giro-Bank ausführlicher als von Hauer in dessen „Beiträgen zur Geschichte der österreichischen Finanzen“ besprochen werden. Das Haus „Oppenheimer“ hatte im J. 1677 zugleich mit dem Hoffactor Samson Werthheimer die Erlaubniss erhalten, in Wien (wo damals die Juden kurz zuvor in Masse ausgewiesen worden waren) sich niederzulassen. Der damalige Chef des Hauses hiess Samuel. In den Jahren 1685 und 1695 wurde jene Erlaubniss auf je zehn Jahre erneuert (s. die „Geschichte der Israeliten in Wien und im Lande unter der Enns

von 1156—1815“ in den Vaterl. Blättern für den österreichischen Kaiserstaat“, Jahrgang 1815, S. 173). Das genannte Handelshaus besorgte namentlich die Beischaffung der Remonten auf Credit und hatte gerade zu Anfang des Jahres 1703 sich verbindlich gemacht, binnen einer gewissen Zeit 12,000 Pferde für die kais. Armee zu liefern (Europäische Fama, II. Bd., S. 31).

Den äusseren Anlass zum Falliment scheint der Tod des Chefs des Hauses gegeben zu haben. Die Kunde davon versetzte die gesamte Geschäftswelt und das kais. Cabinet in die grösste Bestürzung. Prinz Eugen von Savoyen schrieb in Bezug hierauf unterm 7. Mai 1703 an den Grafen Guido Starhemberg von Wien aus: „La mort d'Oppenheim est encore un nouvel embarras. Tous les marchands sont si meslé dans cette affaire, qu'ils se sont déclarés: ne pouvoir entrer dans aucun traité, qu'ils n'ayent ajusté en quelque manière les affaires du juif“ (Österr. Archiv f. Gesch. von Ridler, Jahrg. 1833, Urk.-Bl. Nr. 11, S. 41). Die Familie Oppenheimer lebte übrigens auch nach dem Fallimente noch bis zum Jahre 1723, obschon keineswegs unangefochten, in Wien (Cod. Austr. IV, 130). Über die Verzweigungen des Hauses Oppenheimer sind (bezüglich Württembergs) Moser's Patriot. Archiv und Vehse's (allerdings nur mit der grössten Vorsicht aufzunehmende) Geschichte der deutschen Höfe (insbesondere 3. Abth., IV. Bd., S. 219) nachzusehen.

26. A. Arneth, Leben des Grafen Guido v. Starhemberg, S. 285.

27. Joh. Graf Mailáth, Geschichte des österreichischen Kaiserstaates, IV. Bd., Hamburg 1848, S. 326.

28. Ph. Röder v. Diersburg, Kriegs- und Staatsschriften des Markgrafen L. W. von Baden, I, S. 169.

29. Zu dieser Annahme berechtigt der Umstand, dass Prinz Eugen, der doch über den betreffenden Sachverhalt damals (weil in Wien weilend) gewiss aus bester und nächster Quelle gut unterrichtet war, noch unterm 31. Juli 1703 an Guido Starhemberg von dem Giro-Bankprojecte als von einer noch nicht definitiv beschlossenen, sondern erst beantragten Massregel schreibt. „Le président (de la chambre) — heisst es in dem einschlägigen Briefe (s. Österreichisches Archiv f. G., Jahrgang 1833, Urk.-Bl. Nr. 12, S. 53) — dit avec raison, que tous les fonds presents et mesme à venir estant consumés et le credit perdu qu'il ne peut pas fournir si l'empereur n'accorde çe, qu'il demande; que quoique çe ne soit pas de l'argent content, qu'il en trouverat, d'abord ayant du credit pourvue que les gens puisse voire quelques fonds libres. Voilà ou nous sommes“. Dass hier von dem Giro-Bankprojecte die Rede ist, geht meines Erachtens aus dem Contexte der Stelle klar hervor. Sollte aber auch mit dem „çe, qu'il demande“ nicht das Bankproject, sondern eine andere, vom Kammerpräsidenten beantragte Massregel gemeint sein: so bestätigt doch das Stillschweigen, welches Eugen in diesem Falle in Ansehung des Bankprojectes in jenem Briefe beobachtet, obige Annahme. Denn wäre dasselbe damals, d. h. am 31. Juli, bereits resolvirt gewesen, so hätte Eugen unmöglich von dessen Erwähnung Umgang nehmen können.

30. Namentlich legte die christliche Bevölkerung Wiens den Juden gegenüber eine Gehässigkeit und Unduldsamkeit an den Tag, welche noch im Beginne

des XVIII. Jahrhunderts an die rohesten Zeiten des Mittelalters mahnte. In Eingaben der Bürgerschaft aus der Regierungszeit Kaiser Leopold's I. wird der Juden stets mit dem Beiworte „vermaledeit“ gedacht, und wenn bei deren Ausschaffung aus Wien im J. 1669 zwei jüdische Handelshäuser (die Firmen Wolf Schlesinger und Löw Sinzheim) von diesem Schicksale ihrer Glaubensgenossen eximirt wurden, so geschah dies nicht ohne Widerspruch seitens des Volkes, und nur mit Rücksicht auf die grossen Verdienste, welche besagte Kaufleute sich um die Hofkammer und das Handelswesen theils schon erworben hatten, theils noch zu erwerben versprochen. Als später wieder mehrere Judenfamilien in Wien mit kaiserlicher Erlaubniss sich niederliessen, kehrte sich die Wuth der einheimischen Bevölkerung vornehmlich gegen das Haus „Oppenheimer“, dessen Comptoir am 27. Juli 1700 von einem Pöbelhaufen gestürmt, erbrochen und verwüstet wurde. Es bedurfte strenger und umfassender Massregeln, um die öffentliche Ruhe und Sicherheit und die der tolerirten Juden insbesondere in Wien vor weiteren, gewaltsamen Störungen zu schützen (s. Cod. Austr., I, 562. 565; III, 403. Vgl. die in der Anm. 25 angeführte „Geschichte der Israeliten in Wien“, ferner Wessel's Monographie über die Leopoldstadt bei Wien, S. 275—278 und Urk. Nr. 32 u. 33, endlich K. A. Schimmer's Werk: Wien vor sechs Jahrhunderten [Wien 1847], S. 161). Einige Jahre lang hatten nun die Wiener Juden wirklich Ruhe; am 16. Jänner 1706 aber brach ein neuer Tumult gegen dieselben aus, der bald so grosse Dimensionen annahm, dass auf die zusammengerottete Menge scharf geschossen werden und gegen die Anstifter des Tumultes mit grösster Strenge verfahren werden musste (Frankf. Relat. pro 1706, Contin. Vernal., p. 15).

31. S. Kundmachung des kais. Banco vom 30. März und vom 16. September 1705 in den Frankf. Relat. von diesem Jahre. Vgl. Rink a. a. O. II, S. 1661.

32. Das betreffende Patent steht im Cod. Aust., III, 464, und in Zedler's Universal-Lexicon, LVI, S. 308 - 314.

33. S. die Eingangsworte des kais. Patentes über das „Stadt-Bank-Institutum“ im Cod. Aust. III, 497. — Vgl. Hauer a. a. O. S. 107 u. ff., wo freilich auch eine angebliche Vorstellung des Hofkammer-Präsidenten Grafen Gundaker Starhemberg wider den Fortbestand der Giro-Bank ddo. 3. Juli 1704 mitgetheilt wird, an deren Authenticität, mindestens insoferne sie dem genannten Staatsmanne zugeschrieben wird, zu zweifeln erlaubt ist.

34. In den Frankf. Relat. von 1705 (Herbstbericht) heisst es in Bezug auf die kais. Giro-Bank: „Es hat nachgehends das Ansehen gewinnen wollen, als ob dieses heilsame Werk bald zerfallen döffte, massen im Monat Oktober der Fürst von Liechtenstein und der Duca de Moles, die ihnen vormals aufgetragene Administration der Banco allerunterthänigst resigniret und kais. Majestät diese Resignation placidirt haben“. Über die Persönlichkeit des Herzogs von Moles s. A. Arneth's „Correspondenz des Königs Carl III. von Spanien mit Graf Joh. W. Wratislaw“ im „Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen“, XVI. Bd., S. 14; über jene des Fürsten Joh. Adam v. Liechtenstein: die Ahnentafel dieses Fürstenhauses in Hormayr's Taschenbuch

für 1822, S. 72, und die ergänzenden Bemerkungen bei A. Arneth: Prinz Eugen von Savoyen, I, 210; über jene des Grafen Otto Ehrenreich v. Traun: den Art. Abensperg in der „Österreichischen National-Encyclopädie“, I. Bd., S. 6. Dieser Graf Traun war derselbe, welcher sich für das Project des Ingenieurs Lothar Vogemont zur Schiffbarmachung der March so sehr interessirte, dass er dem im Jahre 1702 in dieser Angelegenheit abgehaltenen „Augenscheine“ persönlich beiwohnte, wie der gedachte Ingenieur in seiner Schrift: „Deutschlands vermehrter Wohlstand“ (Wien 1712), S. 194, erzählt. Er war also offenbar ein für das gemeine Wohl warmfühlender und die Hebung des Volkswohlstandes anstrebender Mann. Seine Erziehung hatte der nachmalige Professor zu Altdorf und bekannte Polyhistor Joh. Christ. Wagenseil geleitet, welcher noch im Jahre 1690 zu ihm in nahen literarischen Beziehungen stand (Kaltenbäck's Österreichische Zeitschrift für Geschichtskunde, Jahrgang 1835, Nr. 14 u. 15).

35. S. Frankf. Relat. von 1706 (Herbstbericht). Nach Zeddler's Universal-Lexikon, LIV, p. 1863, soll der am 28. November 1653 geborene Graf Ferd. C. v. Welss (oder Weltz) — seit 1700 Statthalter in Nieder-Österreich — am 28. November 1703 gestorben sein. Wäre diese Angabe richtig, so müsste die der Frankf. Relationen, welche den Grafen im November 1705 die oberste Leitung der Bankgeschäfte übernehmen lassen, falsch sein, was bei der sonstigen Genauigkeit der Angaben dieser Zeitschrift schon a priori unwahrscheinlich ist. Aus dem Cod. Aust. (III, 485 u. 532) geht jedoch deutlich hervor, dass Graf Ferd. Karl v. Welss noch im Jahre 1707 lebte und namentlich im Jahre 1705 noch als Statthalter fungirte, folglich kein Grund vorliegt, an der Richtigkeit der in den Frankf. Relat. enthaltenen Angabe zu zweifeln.

36. S. Frankf. Relat. von 1705, Relat. Autumn., p. 6. Vgl. Rink a. a. O. II, S. 1661, und „Neues Archiv für Geschichte etc.“ (redigirt von Mühlfeld), Jahrgang 1830, Nr. 99, S. 788.

37. Der brandige Zunder glomm lange unter der Asche fort, bis der aufgehäufte Zündstoff gegen das Ende der Regierungszeit Kaiser Karl's VI. zu nach und nach explodirte; so im oberösterreichischen Salzkammergute 1734, in Oberkärnten 1733—1738, in der Umgebung von Gratz und im steirischen Enns- und Paltenthale 1738, um Wilhering in Ober-Österreich und um St. Valentin im Lande unter der Enns 1717—1725. S. Kirchl. Topographie, 14. Bd., S. 194; Hermann a. a. O. II, 2. Abth., S. 233—240; Kindermann's (anonym erschienene) „Beschreibung des Herzogthums Steiermark“, Gratz 1773, I, S. 672; Patent vom 12. Mai 1738 wider die „Zusammen-Rottirungen“ im Enns- und Paltenthale in meiner Sammlung; Pillwein, Geschichte des Landes ob der Enns, II, 248, Dess. „Linz, einst und jetzt“, I, 209; Kirchl. Topogr., 18. Bd., S. 115. Ich führe diese Ereignisse, obschon sie in eine spätere Periode als die in Rede stehende fallen, hier an, weil von ihnen auf die Gährung, die schon unter Kaiser Joseph I. in Österreich vielorts herrschte, geschlossen werden kann. Denn Aufstände von solcher Ausdehnung und Intensität reifen nicht binnen Jahr und Tag, sondern setzen eine langwierige Unzufriedenheit und Erregtheit der Gemüther voraus. Dass aber die Steuerkraft der plebs contribuen

in Österreich im Jahre 1705 schon sehr auf die Neige ging, wird in allen Steuerpatenten, welche damals erflossen, anerkannt. Fast in jedem derselben heisst es: die Schonung des ohnehin ganz entkräfteten Unterthans sei ein Gebot der Nothwendigkeit. S. beispielsweise das Vermögenssteuer-Patent vom 4. Juni 1705 im Cod. Aust., III, 481.

38. S. Anm. 12. Dass der Trotz, womit die Tiroler Bauern im Jahre 1703 wider Regierungsmassregeln, die ihnen ungerecht dünkten, sich auflehnten, auch später noch zu fürchten war, beweisen die Abmahnungsschreiben, welche die Stände Tirols im Jahre 1711 an „den gemainen Mann, besonders im Burggrafenamte“, der Gährung halber, welche damals unter dem tirolischen Volke herrschte, erliessen (Cazan's handschriftlicher Extract der tirolischen Landtagsverhandlungen), ferner die Widersetzlichkeit der Bewohner des Enneberger Thales gegen die ihnen auferlegte Steuerzahlung in den Jahren 1722—1767 (Ferdinandeums-Zeitschrift, ältere Folge, VI. Bd., S. 17 und 18), und der „Auflauf“, der im Jahre 1762 der Münzdevaluation halber im Vintschgau entstand (Ferdinand.-Zeitschrift, neuere Folge, 8. Bändchen, Innsbruck 1842, S. 1—53). Auch die revolutionäre Bewegung, welche im Jahre 1737 in Oberkärnten losbrach, soll in Tirol Anklang und Unterstützung gefunden haben (Hermann a. a. O. II, 2. Abth., S. 233).

39. Von grösseren Bauten, welche ganz oder theilweise in die Jahre 1703—1708 fallen, nenne ich (nach den einschlägigen Topographien von Pillwein, Wolny, Sommer, Göth u. A.) beispielsweise hier folgende: die Stiftskirche zu Pöllau, das gräflich Attems'sche Schloss zu Gösting und die Stiftskirche zu Rein (in Steiermark), das Schloss Aurolzmünster und das Kloster Gleink (in Ober-Österreich), den Riesenbau des Stiftes Molk, das fürstlich Liechtenstein'sche Palais in der Wiener Vorstadt Rossau, das Schloss Gutenhof (in Nieder-Österreich), die Schlösser Miletin und Lukawitz, die Stifte Tepel, Braunau und Gross-Břwnow, die Abteikirche zu Plass, die bischöfliche Residenz zu Königgrätz, die Stiftskirche zu Sedletz (in Böhmen), die St. Liboriuskirche zu Jesenitz, das Conventgebäude zu Saar, das Kloster Hradisch und das fürstlich Liechtenstein'sche Schloss Czech (in Mähren). Ausserdem ist zu erwähnen, dass in jener Periode die Stifte Schlierbach, Kremsmünster und St. Florian in Ober-Österreich, Heiligenkreuz und Klosterneuburg in Nieder-Österreich, Welehrad in Mähren, Kladrau, Tepel und Plass in Böhmen, so wie das gräflich Spork'sche Schloss zu Kukus (in dem letztgenannten Lande) fortwährend welsche Maler, Baumeister und Bildhauer, darunter einen Fontana, Altomonte, Scandini, Carlone, Rhanzieri u. A., beherbergten und beschäftigten. Vgl. Mailáth, Geschichte von Österreich, IV, 548 u. ff. Die Regierung war jener Baulust wegen auf die Klöster, deren Reichthum sie lieber zu Staatszwecken verwendet gesehen hätte, schlecht zu sprechen. Als im Jahre 1732 Abgesandte des Stiftes St. Florian in Wien sich einfanden, um dort die Erlaubniss zur Vornahme einer neuen Prälatenwahl zu erwirken, mussten sie dort über des verstorbenen Abtes Freude an schönen Bauten manche verweisende Rede hören (Stülz a. a. O. S. 164). Andererseits konnte freilich zu deren Rechtfertigung geltend gemacht werden, was der Prälat Alexander (Strasser) von Kremsmünster

einst seinem Capitel auf Vorstellungen, welche dieses ihm darob machte, geantwortet haben soll: „es sei dies nur eine Fürsorge für der Klostergemeinde künftiges Wohl, da eine Zeit kommen würde, wo die Existenz der geistlichen Stifte, gleich jener der Juden, nur noch auf ihrer Zahlungsfähigkeit beruhen und folglich kein Geld zu derlei Luxuszwecken mehr erübrigen wird“ (U. Hartenschneider, Geschichte von Kremsmünster, im 2. Bde. der 3. Abth. der Kirchl. Topogr., S. 213).

40. Namentlich gilt dies von den Besitzern der Herrschaften an der ungarischen Grenze, denen die Kurutzeneinfälle grossen Schaden zufügten. Sieh bezüglich der Herrschaften Oberradkersburg und Obermureck in Steiermark: J. C. Hofrichter, Die Privilegien der k. k. l. f. Stadt Radkersburg, 1842, S. 98; bezüglich der Herrschaft Hartberg in Steiermark: Steierm. Zeitschrift, neue Folge, VI. Jahrgang, 1. Heft, S. 67; bezüglich der Herrschaft Liechtenwörth in Nieder-Österreich: Kirchl. Topogr., VIII. Bd., S. 214; bezüglich der Herrschaft Zistersdorf in Nieder-Österreich: Neues Archiv f. Gesch. etc. (redigirt von Mühlfeld), I. Jahrgang (1829), Nr. 62; bezüglich der übrigen Dominien im Marchfelde: Kirchl. Topogr., 2. Abth., I. Bd., S. 246; bezüglich der mährischen Herrschaften in der Nähe des Passes Wlar: Wolny's Mähren, IV., 130. 360. Aber auch in Ländern, welche von der Geissel des Krieges nicht berührt wurden, verarmte der Adel in der fraglichen Periode sichtlich von Jahr zu Jahr. Der bekannte Reisende Keyssler, welcher im Juni 1730 durch Krain kam, erzählt in seiner Reisebeschreibung (II. Thl., 80. Brief): Valvasor habe für seine prächtig ausgestattete Beschreibung dieses Herzogthumes bei seinen Landsleuten wenig Dank geerntet, indem diese ihm wegen des Verdachtes einer besonderen Vermögenheit, welchen er denselben dadurch zugezogen haben soll, grollten, und Mühe hatten, die Wiener Hofkammer zu überzeugen, dass ihre Vermögensverhältnisse weit ungünstiger waren, als Valvasor in jenem Werke sie dargestellt hatte. Übrigens seien dessen eigene Nachkommen in grosse Noth gerathen, wie es überall zu gehen pflege, wo „man nichts erwirbt, sondern nur verzehrt und die Güter theilt“. Auf die zunehmende Verarmung des österreichischen Adels im Anfange des XVIII. Jahrhunderts deuten auch die vielen milden Stiftungen hin, welche damals zu Gunsten armer Adelliger gemacht wurden; so: die Stiftung des Franz v. Deblin für adelige Waisenknaben in Mähren 1729 (Wolny a. a. O. III. Bd., S. 81); die Dotirung einer adeligen Ritter-Akademie (für Stipendisten) in Böhmen durch den Grafen Joh. Peter v. Straka 1709 (Sommer a. a. O. IV. Bd., S. 36); die Widmung von 666,000 fl. aus der Hinterlassenschaft des Grafen Friedrich Adolph v. Herberstein zum Unterhalte von 24 armen Fräulein aus dem österreichischen Herrenstande durch des Verstorbenen Mutter 1720 (Hormayr, Taschenbuch für 1826, S. 353); die Stiftung der niederösterreichischen Stände zu demselben Zwecke 1712 (Zeddler's Universal-Lexikon, LVI, S. 250); die Baron Kircheng'sche Stiftung in Wien 1714 (ebenda, S. 251) u. a. m. Viel trug zur Geldnoth, welche damals in Österreich herrschte, die Hemmung der Circulation des Geldes bei, welche der auswärtige Krieg im Gefolge hatte. S. die „Gründliche Vorstellung der Beschaffenheit des deutschen Commerciens-Wesens und

dessen Verbot mit Frankreich und denen spanischen Ländern“, gedruckt 1703 (auf der Commerz-Bibliothek zu Hamburg), eine für die österreichische Handelsgeschichte überaus wichtige Denkschrift. Gegen das Ende des Jahres 1705 liess die Strenge in der Handhabung der Verkehrsverbote etwas nach; doch war der Handel gleichwohl noch immer sehr erschwert. Vgl. Selperth, J. H. v., Kurze historisch-publicistische Bemerkungen über das Verbot des Commerzes in deutschen Reichskriegen, Regensburg 1793.

41. S. das Schreiben des Kaisers Joseph I. an den Probst zu Chotieschau, Andr. Fabricius, über die Nothwendigkeit einer ausserordentlichen Kriegssteuer ddo. 7. November 1705 in der „Österreichischen Zeitschrift für Geschichtskunde“ (redigirt von Kaltenbäck), III. Thl. (Jahrgang 1837), Nr. 34.

42. S. Hormayr's Taschenbuch für 1835, S. 44 u. ff. Es ist blos das Datum der Plinpanser'schen Proclamation, welches wir dem hier citirten Aufsatze entnehmen.

43. Über den Gang der Ereignisse sieh: A. Arneth's Monographie über den Prinzen Eugen (I. Bd.) und Mailáth's Geschichte des österreichischen Kaiserstaates (IV. Bd.).

44. A. Arneth, Prinz Eugen, I, S. 355; Mailáth a. a. O. IV, S. 415. — Diese Subsidien, welche Marlborough dem österreichischen Cabinete zuwandte, scheinen übrigens nur in Darlehen von Privaten (vornehmlich Holländern), denen die englische Regierung dafür gutstand, bestanden zu haben.

45. Das betreffende Kundmachungs-Patent steht im Cod. Austr. III, 497.

46. Daher meldet auch das „Theatrum Europaeum“ die Eröffnung der Wiener Stadt-Bank beim Jahre 1706 (p. 83 a) mit folgenden Worten: „In diesem Monat Martio confirmirten auch damahls regierende kais. Majestät die von dero Herrn Vaters Mjst. auffgerichte Banko, indem selbige mit klaren und gewissen Fonds, auch wider alle etwa sonst mögliche Mancamenti versehen und Alles sowohl zu Beförderung des kais. Interesse, als auch zu sicherer und besserer Befriedigung der darbei interessirten Partheien der Stadt Wien übertragen worden, damit sich Jeder an diese Communität desto besser halten könne und diese für Alles desto sicherer haften müsse“. Die Übergabe des handgräflichen Getreide- und Viehaufschlags und des „Fleischkreuzers“ an die Bank, wodurch diese zu eigentlicher Lebenskraft gelangte, ging am 22. März 1706 vor sich (Cod. Austr., IV, 208).

47. Sieh den „wegen des Banco mit gemeiner Stadt Wien geschlossenen Contract“ vom 25. Februar 1706 im Cod. Austr., III, 505.

48. Das Acten-Convolut besteht zum grösseren Theile aus Berichten des Hof-Bancodeputations-Präses Grafen Gundaker Starhemberg ad personam Imperatoris, und aus Referaten, die derselbe in Sitzungen der kais. Finanz-Conferenz mündlich vorgetragen und sodann zur entsprechenden Adjustirung der bezüglich Protokolle schriftlich hinterlegt hatte. Wahrscheinlich fertigte sich der Secretär des Grafen, Namens Gory, zu seinem Privatgebrauche Abschriften dieser Actenstücke an, die später nebst den Beilagen, welche er dazu gesammelt hatte, an seine (wie der ungarisch anklingende Name vermuthen lässt) in Ungarn lebenden Erben übergangen und so den Weg in die Bibliothek

fanden, in welcher sie nun, vor dem Verlorengehen und Vergessenwerden geschützt, jedem Geschichtsforscher zugänglich sind. Sie reichen bis zum Jahre 1738 und gestatten einen so tiefen und klaren Einblick in die Natur der Wiener Stadt-Bank und in den Gang der Ereignisse, welche sich mit derselben zutrug, wie er selbst durch die langwierigsten archivalischen Studien ohne besonderes Glück im Auffinden der entscheidenden Piecen sich kaum gewinnen liesse. Eine sorgfältige Durchforschung des Archivs der bestandenen k. k. Hofkammer und des Wiener Stadt-Archivs in Absicht auf die Geschichte der Wiener Stadt-Bank wäre freilich nichtsdestoweniger wünschenswerth, weil dadurch sicher noch viel interessantes Detail über dieses Institut zu Tage gefördert werden könnte; allein dem Culturhistoriker, der nicht zugleich Finanzmann ist und als solcher ein specielles Gelüste hat, in das Detail jener Anstalt einzudringen, dürfte auch die vorliegende Abhandlung ihrem Stoffgehalte nach genügen. Dieser Gedanke beschwichtigte des Verfassers anfängliche Bedenken über die Räthlichkeit des Hervortretens mit seiner Arbeit und mag ihm zur Entschuldigung in den Augen derer dienen, welche, mit dem Inhalte der gedachten Archive innig vertraut, in deren Nichtbenutzung sonst vielleicht eine grobe Unterlassungssünde zu erblicken geneigt wären. Dass die Ungunst äusserer Verhältnisse, welchen zufolge die von ihm ohnehin beabsichtigte Benutzung jener Archive vorläufig unterblieb, nicht als Entschuldigung gelten könne, wo es sich um die Veröffentlichung einer literarischen Leistung handelt, deren Erscheinen allenfalls auch auf günstigere, das Nachholen jener Versäumnisse gestattende Zeiten sich hätte verschieben lassen, begreift der Verfasser zu gut, als dass er sich darauf etwa berufen möchte.

49. Diese Hofstelle führte auch die Benennung: „Ministerial-Bancodeputation“; da jedoch der Name: „Hof-Bancodeputation“ viel bezeichnender und kürzer ist, so habe ich letzteren die ganze Abhandlung hindurch beibehalten.

50. Die Hof- oder Ministerial-Bancodeputation war auch in Ansehung der die Bank angehenden Gefällsgesetze mit Executivgewalt ausgerüstet und bediente sich, um diese auszuüben, der Banco-Überreuter, denen sie zuweilen auch über Anlangen der Regierung die Handhabung anderer Gesetze auftrug. So wies sie z. B. durch Befehlsschreiben vom 4. September und 6. November 1714 ihre in Nieder-Österreich bestellten Executiv-Organe an: das unbefugte Hausiren mit Leinwand auf dem flachen Lande zu verhindern und allen nichtzünftigen Webern, so wie den Übertretern der bezüglich der Linnenzeuge erlassenen Verkaufsverbote das Handwerk zu legen (Cod. Austr., III, 792). Die Stände der einzelnen Provinzen, welche früher im ausschliesslichen Besitze jener Executivgewalt gewesen waren, blickten freilich mit scheelem Auge auf diese neue, ihre Macht schmälernde Einrichtung. Unterm 18. December 1724 schrieb der oberösterreichische Landschafts-Syndicus v. Maderer an einen Beamten der Hof-Bancodeputation: die „böhmischen“ (d. h. an der böhmischen Grenze in Ober-Österreich dislocirten) Überreuter würden dort gar nicht gerne gesehen, nachdem sie nicht den Ständen untergeordnet, sondern „davon separirt“ seien. Doch der Kaiser hielt die der Hof-Bancodeputation verliehenen Befugnisse aufrecht, zumal dieselben den geeignetsten Übergang zur landesfürstlichen

Alleinherrschaft bildeten und das mit diesem Übergange verbundene Odium dadurch von der Regierung sich abwenden liess. Insoferne besagte Hofstelle auch die Gerichtsbarkeit in Gefällssachen hatte, hiess sie: „Justiz-Banco-Deputation“, welche Benennung dann auch dem obersten Gefällsgerichte bis in die neuere Zeit verblieb.

51. Gregor Wilhelm v. Kirchner war ursprünglich Ober-Aufseher über die kais. Forste in der Umgebung von Wien und baute sich als solcher 1696 zu Breitenfurt im Wiener Walde (hinter Kalksburg) ein Schloss. Später „Ministerial-Banco-Hofbuchhalter“ geworden, stiftete er dort ein Spital für vierzig arme Waldhüttler und deren Weiber, nebst einer Capelle, welche im Jahre 1732 eingeweiht wurde. Er starb 1735 (Kirchl. Topogr., III. Bd., S. 119). Im Staats-Schematismus für das Jahr 1731 erscheint Kirchner (S. 68) mit dem Ehrenprädicate: „Oberhungarischer Kammer- und Kommerzienrath“. Über die Schicksale der Kirchner'schen Armenstiftung s. den Cod. Austr., IV, 919, wornach die Angabe bei Nikolai, Reisebeschreibung, III. Bd., Beil. 6, S. 69 (welcher zufolge jene Stiftung durch Kaiser Karl VI. ganz dem heil. Dreifaltigkeits-Spitale in Wien einverleibt worden sein soll) zu berichtigen ist.

52. Doch nahm allerdings auch die Hof-Banco-Deputation zur Besorgung der bei ihr vorkommenden Kanzleigeschäfte und zur Handhabung ihrer Befehle verschiedene Officianten auf, als deren Judex ordinarius mit Allerh. Entschliessung vom 26. October 1725 die niederösterreichische Regierung und Kammer erklärt wurde (Cod. Austr., IV, 293).

53. Der Bieraufschlag datirte vom 28. Juni 1680, der Fleischaufschlag vom 26. April 1697 (auf ganz Nieder-Österreich ausgedehnt unterm 19. August 1697), der Mehlaufschlag vom 18. April 1703 und der Wein-Aufschlag vom 28. December 1705 (Cod. Austr., I, 98; III, 398. 761; IV, 196 u. ff.).

54. S. Hauer a. a. O. S. 112.

55. Über den Quecksilber-Bergbau und Verschleiss zu Idria im Jahre 1730 s. Keyssler's Reisebeschreibung, II. Thl., 79. Brief. Im Jahre 1671 genoss der Kaufmann Joh. Deits, ein Schwager des Banquiers und Grosspensionärs de Witte, das Monopol des Handels mit österreichischem Quecksilber zu Amsterdam (Dr. Becher, Politischer Discurs, 3. Ausg., S. 731). Es hatte also die österreichische Hofkammer längst schon aus diesem Handel ein Monopol gemacht, welches sie sich theuer bezahlen liess. Sie benutzte dasselbe insbesondere auch als Mittel zur Abzahlung von Anleihen, die sie in Holland contrahirte.

56. Die Spiegelfabrik zu Neuhaus in Nieder-Österreich entstand im Jahre 1701, wo Kaiser Leopold mit Allerh. Entschliessung vom 2. April darein willigte, dass zwei Italiener, Namens Jakob Miori und Joh. Fz. Brotti, auf der damals dem Joh. Christ. Rechberg von Rechtskron verpfändeten Kameralherrschaft Neuhaus Versuche, nach venetianischer Art Spiegel zu erzeugen, im Kleinen anstellen und das dazu erforderliche Holz schlagen durften. Er räumte denselben sogar im Einvernehmen mit Rechberg das dortige Schloss ein. Doch beschränkten sich jene Unternehmer vorerst darauf, feines Glas zu erzeugen. Im Jahre 1706 erscheint ein gewisser Sally als Eigenthümer der „Glashütte im Neuhauser Walde“ (Cod. Austr., III, 518). Erst nachdem Rechberg im Jahre

1709 die bis dahin pfandweise besessene Herrschaft Neuhaus durch Kauf an sich gebracht und sich mit jenem Sally associirt hatte (welcher Vereinigung auch der Hofagent Georg Gottfr. Koch und Peter Quantin beitraten), trat die eigentliche Spiegelfabrik unter dem Schutze eines besonderen kais. Privilegiums ins Leben. Nach mehrmaligem Wechsel ihrer Besitzer gedieh die Fabrik an den Hofkammerrath Fz. Ant. Edlen v. Safran, welcher darüber mit dem Ärar in Verhandlungen trat und schliesslich die Fabrik an letzteres überliess. Ihre Abtretung an die Wiener Stadt-Bank ging am 6. September 1724 vor sich. Damals waren darin nicht mehr als 20 Arbeiter beschäftigt. Sie hob sich jedoch im Laufe der Jahre 1734—1748 in Folge der Erneuerung und schärferen Handhabung eines, schon unterm 14. November 1713 zu ihren Gunsten erlassenen Einfuhr-Verbotes (Cod. Austr., III, 727, IV, 846; Kirchl. Topogr., 5. Bd., S. 148; Schweickhart, Darstellung des Erzherzogthums Österreich unter der Enns, 3. Bd., S. 314).

57. Über die damaligen Betriebsverhältnisse der Kupferbergbaue zu Schmöllnitz und Neusohl s. die Breslauer Sammlung (von Natur- und medicinischen etc. Geschichten), 34. Versuch, S. 521, und 35. Versuch, S. 198. Vgl. auch Schmidt's Berggesetz-Sammlung für Ungarn, VI. Bd., S. 245 u. 358.

58. Über die damalige Bedeutung und Rentabilität der Sóvarer Saline s. Breslauer Sammlung, 30. Versuch, S. 630. Die neueren Betriebsverhältnisse dieses wenig bekannten Salzwerkes sind in den Jahrbüchern des Wiener polytechnischen Instituts, 11. Bd. (1827), S. 75 u. ff. ausführlich geschildert.

59. Dieses Patent findet sich weder im Codex Austriacus, noch in einer anderen gedruckten Gesetzsammlung vor, sondern existirt nur in Einzelnabdrücken, die jetzt zu den grössten Seltenheiten zählen. Das in meiner Sammlung befindliche Exemplar ist vom Grafen Joh. Friedrich v. Seilern und „ad Mandatum“ des Kaisers von Jakob Ernst E. v. Plöcknern contrasignirt. Eingangs desselben erklärt Kaiser Karl: er habe „forderist in Bedenckung der bey jetzigen höchstgefährlichen Konjuncturen Unserm aigenen Aerario, auch Königreichen und Landen immer schwerer, ja fast unerträglich fallenden Bestreitung so grosser und übermässiger Kriegs-Erfordernusse“ sich bewogen gefunden, das von seinem Vater in Wien „instituirte Banco zu dess allgemeinen Weesens Besten de novo zu bekräftigen, zu erweitern, zu vermehren und mit grössern Privilegien zu begaben“, nachdem dasselbe „nicht allein in ein sehr gutes Aufnehmen gedihen sei, sondern auch mittelst dessen die dahin pro Fundo Dotali gewidmete Cameral-Gefäll auff ein weit grösseres Ertragnuss gebracht worden seien“. Aus dieser Einleitung des Patentes geht deutlich hervor, dass sich dasselbe auf die Wiener Stadt-Bank bezieht, wenn auch sonderbarer Weise dessen darin nirgends ausdrücklich Erwähnung geschieht. Denn die von Kaiser Leopold I. gegründete Bank bestand im Jahre 1713 nur mehr als ein integrierender Theil der Wiener Stadt-Bank, und die Bemerkung: „es seien durch das Banco die dahin pro fundo dotali gewidmeten Gefälle auf einen höheren Ertrag gebracht worden“, kann sich nach Allem, was wir von der Geschichte der Leopoldinischen und der Wiener Stadt-Bank wissen, füglich nur auf letztere

beziehen. Auch ist dasselbe den in Pesth von mir benutzten Acten in Abschrift eingeschaltet. Ich kann daher unmöglich mit Hauer (a. a. O. S. 114) darin einen Vorläufer und Keim des Patentes vom 14. December 1714, wodurch die sogenannte „Universal-Bankalität“ errichtet wurde, erblicken.

60. Missjahre, welche in Österreich grossen Schaden anrichteten, waren die Jahre 1713, 1714 und 1726, besonders das letztgenannte, wo allenthalben über „geringe Fechsung und schlechte Schüttung“ geklagt wurde (Cod. Austr., III, 746; IV, 397. 398). Von Seuchen sind namentlich die Pest, welche in den Jahren 1708—1714 in Ungarn, Siebenbürgen und schliesslich auch in Inner-Österreich wüthete, und die vielgestaltigen „Influenzen“ hervorzuheben, von welchen besonders Tirol in den Jahren 1729 und 1734 heimgesucht wurde (Weschel a. a. O. S. 325 u. ff.; Zoller, F. C., Gesch. der Stadt Innsbruck, II, 99; Beda Weber, Botzen und seine Umgebung, S. 142. Vgl. auch Perenberg's *Historia Pestis, Styriae* 1716). Die Jahre 1711, 1729 und 1730 hinterliessen bei den Landwirthen Ungarns, Mährens und Nieder-Österreichs des „Viehsterbens“ halber, das damals in den genannten Ländern herrschte, ein sehr betrübtes Andenken (Cod. Austr., III, 631; IV, 674). Verwüstende Überschwemmungen hatten im Donauthale in den Jahren 1708, 1709 und 1716 Statt (Weschel a. a. O. S. 320). Die Waag überfluthete im Jahre 1725 weit und breit ihre Ufer (Korabinsky, Lexikon von Ungarn, S. 803). Das Inundations-Gebiet der Theiss erweiterte Franz Rákotzy, indem er 1705 die von Georg Rákotzy nächst Tokai errichteten Dämme und Ableitungscanäle aus strategischen Rücksichten zerstören liess (Szirmay, Ant. v., *Notitia Comitatus Zemplinensis, Budae* 1803, p. 36). Erdumwälzungen ereigneten sich namentlich in Tirol; so zu Cendelta im Buchensteiner Bezirke 1736 (Staffler, *Tirol und Vorarlberg*, II, 516) und in der Umgegend von Trient 1703 (J. G. Roserus, *De terrae motu, qui Italiam nuper afflixit*. Stettin 1703, p. 355). Die Bewohner des Passeyer Thales versetzte der Durchbruch eines Gebirgssees im Jahre 1721 in grosse Bedrängniss (Staffler a. a. O. II, 744). Feuersbrünste waren damals in ganz Österreich so häufig und erreichten insgemein eine so grosse Ausdehnung, dass jährlich Güter im Werthe von mehreren Millionen ihnen zum Opfer fielen. Hagelschäden kamen dagegen minder häufig vor als jetzt, weil die Wälder noch einen grösseren Raum einnahmen, minder gelichtet waren und die Vorgebirge der Hochalpen demzufolge eine grössere Ableitungskraft ausübten als heutzutage, wo die Gewitter meist unaufgehalten den bestcultivirten Ebenen zuziehen, um sich über denselben in verheerender Weise zu entladen.

61. Die vornehmsten Hindernisse des Productenaustausches auf dem flachen Lande waren der schlechte Zustand der Strassen und die schroffe Sonderung der verschiedenen Berufsstände und Erwerbsgeschäfte nach verschiedenen Localitäten. Auf den Dörfern sollten nämlich der früheren Gewerbeverfassung zufolge keine Handwerker und in den geschlossenen Orten keine Landwirthe leben; der Adel aber zog das Leben am Hofe immer mehr dem Landaufenthalte vor, und weilte er auch zuweilen in der Mitte seiner Grundholden und Zinsleute, so brachte er doch nur wenig Geld

unter dieselben, weil er theils ein Vorkaufsrecht auf alle zu seiner „Hausnothdurft“ requirirbaren Gegenstände der landwirthschaftlichen Production geltend machte und folglich diese Dinge den Bauern um einen Spottpreis abnahm, theils aber auf den eigenen Grundstücken und im eigenen Meierhofe so viel davon erzeugte und an Naturalabgaben so viel bezog, dass er nur wenig zu kaufen brauchte, um seinen Haushalt nach Wunsch zu bestellen. Der Bauer sah sich daher mit dem Absatze seiner Producte in der Regel auf die Städte und Märkte gewiesen, nach welchen er oder doch eines seiner Hausleute sich zu diesem Ende persönlich begeben musste, nachdem das Entgegenkommen der Zwischenhändler strenge untersagt war und diese nicht einmal auf den öffentlichen Märkten erscheinen durften. Die Strassen aber, welche nach den geschlossenen Orten führten, waren, wie gesagt, dergestalt unwegsam, dass sie vom Befahren der Märkte abschreckten. Selbst in der Nähe der Residenzstadt Wien waren die Hauptstrassen in den ersten Jahren der Regierung Kaiser Karl's VI. noch so verwahrlost, dass die niederösterreichische Regierung wegen der Approvisionirung der Stadt Besorgnisse zu hegen anfang und dem Magistrate wiederholt auftrag: wenigstens die im Burgfrieden der Stadt gelegene Strassenstrecke am Wiener Berge zu repariren, damit die Zufuhr der Lebensmittel nicht ins Stocken gerathe (s. Schlager, Wiener Skizzen, 2. Reihe, S. 376 u. ff.; vgl. auch die Wegreparations-Patente von 1722, 1724 und 1725 im Cod. Austr., IV, 118. 175. 190. 276). Übrigens waren auch die Gewerbsleute in den geschlossenen Orten (abgesehen von dem Nachtheile, der ihnen aus jener Verkehrshemmung erwuchs) in Ansehung des Absatzes ihrer Producte wegen des Mangels an unternehmenden und vermöglichen Kaufleuten und der verkehrten Handelspolitik, welche die österreichische Regierung damals im Innern befolgte, um nichts besser daran als die Landbevölkerung. Ein eclatantes Beispiel der Noth, in welche das zwar gutgemeinte, doch völlig zweckwidrige Eingreifen der Regierung in den Gang der Gewerbsthätigkeit die betreffenden Professionisten zuweilen versetzte, liefert die Geschichte des Tuchmacherhandwerks zu Iglau, worüber d'Elvert in seiner Geschichte dieser Stadt (Brünn 1850), S. 345 u. ff., Näheres mitgetheilt hat. Das betreffende Reglement, die Quelle all' des Unheils, welches diese Stadt unter Karl VI. traf, steht in de Lucca's „Politischem Codex“, 14. Bd., S. 264 u. ff.

62. S. die vielen anzüglichen Bemerkungen über die geringe Industriosität der Österreicher in den verschiedenen Ausgaben der Horneck'schen Schrift: „Österreich über Alles“. In einer am Schlusse des XVII. Jahrhunderts geschriebenen Anzeige dieses Buches in Posselt's „Wissenschaftl. Magazin“, II. Bd. (Leipzig 1786) heisst es am Schlusse, S. 441: „Ich habe es hier angeführt, dass man wisse, es mangle unseren Ländern an nichts, was zu unserm Wohlstand gehöret, ausser an der Art und Wissenschaft, will nicht sagen, am Willen, unser Heil, Glück und Wohlfahrt recht und vernünftig zu gebrauchen, Andern den Vortel zu benehmen und uns dem göttlichen Seegen gemäss zu erzeugen“. Schröder sagt (a. a. O. S. 198) von den Österreichern: „Die Menschen sind, wie es scheint, so religiöss, dass sie unserm Herr-Gott nicht wollen in sein Handwerk fallen, sondern wollen ein Ding behalten, wie es

ihnen Gott zu geben gefallen hat: das ist die grosse Unwissenheit der Menschen und die Faulheit darbei, welche sie verdrossen und nachlässig macht, ihren eigenen Nutzen zu befördern“. Phil. Andr. Oldenburger, welcher um das Jahr 1670 Österreich besuchte, schreibt in seinem (anonym zu Leipzig s. a. erschienenen) „Itinerarium Germaniae politicum“, p. 74: „Quin et Austriaci ignobiles sunt valde molles et delicatuli: peregrinationes non adeo amant, nec magnos progressus in studiis faciunt, atque hinc est, quod exteri iis praeferantur. Viennae quoque artes mechanicae non adeo excellunt. Unde Imperator si quidem (quidquam?) elegantius elaborandum, id omne vel Augustae vel Norimbergae conficiendum curat“. Noch zur Zeit, als Maria Theresia den Thron bestieg, hatten diese Worte an Giltigkeit nichts verloren, ausgenommen dass damals nicht mehr Augsburg und Nürnberg, sondern bereits Paris, Brüssel und London die Orte waren, wohin sich Österreichs vornehme Welt um geschmackvolle Luxusartikel wandte. Eigentlicher Speculationsgeist war selbst in grossen Städten so wenig heimisch, dass, wenn anders Schottky in seinem Buche über „Prag“ (wie es war und ist, I, 345) wahr berichtet, die böhmische Statthaltereie unterm 11. August 1746 gegen die von der Kaiserin beschlossene Ausweisung der Juden aus Böhmen mit dem Bemerken remonstrirte: es befänden sich unter den christlichen Bewohnern der Prager Städte kaum zwei oder drei, die den Namen eines mittelmässigen Kaufmannes verdienen.

63. Die Stände Nieder-Österreichs klagten im Jahre 1712 bitter über die „einschleichende usuraria pravitas“ (Cod. Austr., III, 672). Für Steiermark erging ein scharfes Wucher-Patent unterm 18. April 1703 (Patent in meiner Sammlung). In Böhmen war die sogenannte Geldnoth im Jahre 1704 so gross, dass die Regierung, wie wenig sie auch diese Einrichtung billigte, die Dazwischenkunft von „Geldkupplern“ (Sensalen) zugeben und durch gesetzliche Feststellung der Sensarie das Institut sogar autorisiren musste (Cod. Ferd.-Carol., p. 649). Einen tiefen Blick in die damaligen Creditverhältnisse lässt uns das Patent vom 14. März 1707 thun, womit Kaiser Joseph I. seine Intention, in Wien ein „Versatz- und Fragamt“ zu errichten, bekannt gab. Dort heisst es: die niederösterreichischen Regimentsräthe und die Armenhaus-Kommission in Wien hätten berichtet: wie gar viele „bedrängte Partheyen“, wenn sie gegen Faustpfänder Geld aufzunehmen gezwungen wären, den Zubringern und Zubringenden der Darlehen vom Gulden einen bis zwei Groschen geben, den Darleihern aber wöchentlich 1 und 2 Kreuzer Interesse und ausserdem nicht selten noch eine „besondere Discretion“ bezahlen müssten, dabei gleichwohl Gefahr liefen, die versetzten Pfänder zu verlieren und so ganz von Kräften zu kommen (Cod. Austr., III, 531). Freilich ist hier nur von den „kleinen“ Leuten die Rede, welche kein liegendes Besitzthum, das sie etwa hätten verpfänden können, besassen. Allein der vehemente Geldbedarf dieser Classe des Volkes trug gewiss Vieles dazu bei, dass die Darlehenszinsen überhaupt stiegen, und die Art und Weise, wie dieselbe von den Capitalisten behandelt ward, zeigt, dass sich das verleihbare Geld dabei auf ausnehmend hohe Zinsen bringen liess. Das von Kaiser Joseph I. gegründete Versatzamt entsprach übrigens nicht den davon gehegten Erwartungen. Als Kaiser Karl VI. im Jahre 1713 dasselbe zu „renoviren“

befahl, begründete er diese Anordnung mit dem Bemerken: „es sei den nothleidenden Partheien dadurch bisher gar wenig oder fast nichts geholfen worden“ (Cod. Austr., III, 679). Das Geldleihen auf Faustpfänder musste daher in Österreich noch nach dem Jahre 1707 ein sehr lucratives Geschäft sein, zumal ja das Wiener Versatzamt im besten Falle doch nur für die nächstwohnende Bevölkerung von Nutzen sein konnte und es ausser diesem Institute in ganz Österreich meines Wissens damals nur zwei derartige Anstalten gab nämlich: zu Fiume (seit 1657, wo die reiche Familie Steinberg dazu einen Fond von 3000 fl. zusammengeschossen hatte) und zu Pergine in Südtirol (s. G. A. Montebello, Notizie della Valsugana, Roveredo 1793, p. 389). Die „Monti di pietà“, welche im XIV. Jahrhunderte zu Botzen, Sterzing, Meran und wahrscheinlich noch an manchen anderen Orten, wo keine urkundlichen Spuren davon sich erhalten haben, existirten, waren längst eingegangen und scheinen auch nie philanthropische Zwecke verfolgt zu haben.

64. Sogenannte „Grundbücher“ gab es in Österreich auf vielen Dominien schon im XV. Jahrhunderte und theilweise wohl noch früher; doch enthielten diese in der Regel nichts als eine Aufschreibung der Giebigkeiten und persönlichen Dienste, zu welchen die Gutsunterthanen verpflichtet waren, d. h. sie waren blosse Urbarien. Grundbücher im heutigen Sinne des Wortes, d. h. gerichtliche Aufzeichnungen, durch welche dingliche Rechte an liegendem Besitzthume erworben werden, kamen dagegen vor dem XVIII. Jahrhunderte in Österreich nur vereinzelt vor. So gab es in Böhmen und in Mähren vom Jahre 1642 an sogenannte Landtafeln für den adeligen Grundbesitz, welche die Natur der heutigen Grundbücher hatten (s. K. J. Demuth, Geschichte der Landtafel im Markgrafthume Mähren, Brünn 1857, S. 189 u. ff.). Auch einzelne Städte führten derlei Bücher bei sich ein. In den meisten Provinzen aber wurden selbst für den adeligen Besitz erst unter Kaiser Karl VI. und Maria Theresia eigentliche Grundbücher eingeführt. Für den bäuerlichen und bürgerlichen Besitz trat das Grundbuchs-Institut theilweise noch später in Wirksamkeit, mindestens insoferne eine geregelte Führung der betreffenden Protokolle Platz griff. S. Prof. F. Schuster's Schrift über „Einrichtung und Führung des Grundbuchs in den Königreichen Ungarn, Kroatien etc.“ (Wien 1857), S. 20 u. ff. Eine gute Übersicht der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen gewährt auch Dr. Schein's Schrift „Von der Grundbuchsführung“ (3. Aufl., Gratz 1830), S. 2 u. ff. In Tirol und Vorarlberg existiren noch zur Stunde weder für den adeligen noch für den unadeligen Grundbesitz förmliche Grundbücher, welche den Darleihern von Geld auf die dortigen Realitäten volle Beruhigung gewähren könnten. S. P. E. Gspan, „Über die Nothwendigkeit der Einführung des Grundbuchs mit Rücksicht auf das Verfachwesen in Tirol“, Innsbruck 1849.

65. Schröder sprach unumwunden (a. a. O. S. 232) die Ansicht aus: dass der österreichische Handel „mit genugsamen Kapitalien, die todt im Kasten lägen, versehen werden könnte, und zwar zu eben so niedrigen Interessen, wie in Holland, wenn nur dem Punkt wegen Administrirung der Justiz vorgesehen werden wollte“. Als der Wiener Magistrat die Schranne auf

dem hohen Markte mit einer die Gerechtigkeit darstellenden Figur, deren Augen verguldet waren, zieren liess, gab dies zu manchen herben Volkswitzen Anlass. Auch Schröder meinte (S. 181): „es stünde der Justitia besser an, wenn ihre Augen nicht verguldet wären“. Verschleppung der Processe war an der Tagesordnung. Kaiser Karl VI. schritt wiederholt gegen die „Protractiones“ und „Erstreckungen bei Gericht“, gegen die „Appellationes temerarias“, gegen die „listigen Advocaten“ („temere litigantes“) und gegen ähnliche Unfüge ein (s. Cod. Austr., III, 992; IV, 174, 904, 916). Die oftmalige Erneuerung und progressive Verschärfung der betreffenden Erlässe beweist jedoch, dass dieselben wenig fruchteten. Auch war vornehmlich die mangelhafte Gesetzgebung an der schlechten Justizpflege Schuld. Die fortschreitende Reception des römischen Rechts hatte eine grenzenlose Verwirrung zur Folge. Besonders auf dem flachen Lande ergaben sich ihretwegen die traurigsten Missverständnisse und Collisionen unter der mit römischen Rechtsbegriffen durchaus nicht vertrauten Bevölkerung. Um nur ein hierher speciell gehöriges Beispiel anzuführen, erinnere ich an die den allgemeinen Credit tief erschütternde Wirkung, welche die Reception des „Senatus-Consultum Vellejanum“ und einer Nachtragsbestimmung des römischen Rechtes über diesen Gegenstand hatte. Denn die „Certiorirung der Frauenspersonen“, d. h. die Belehrung derselben über die durch jenes S. C. ihnen zugestandene Freiheit, welche der Verzichtleistung auf diese Freiheit (ohne welche wieder eine von einer Frauensperson eingegangene Zahlungsverbindlichkeit nicht rechtskräftig war) vor auszugehen hatte, machte auf dem flachen Lande, da sie von Rechtsgelehrten ausgehen musste und diese insgemein nur in Städten wohnten, grosse Auslagen und unterblieb daher nicht selten zum Nachtheile der auf diese Formalität kein Gewicht legenden Gläubiger. Letztere klagten dann laut über Rechtsunsicherheit, und so kam es, dass (wie ein Patent vom 15. October 1710 im Cod. Austr., III, 616, ausdrücklich erwähnt) „aus dieser Ursache zum öfftern der freie Handel und Wandel gesperret wurde, auch beförderst vielmahls die geringe Pupillar-Capitalien bei vorsichtigen Gerhaben und Curatoren lange Zeit ohne Frucht in der Truchen liegen verblieben sind“.

66. Die wenigen Journale, welche damals in Österreich erschienen oder vom Auslande her dort Eingang fanden, konnten schon der Censur halber, welcher sie unterlagen, auf keine Polemik wider die Wiener Stadt-Bank sich einlassen (s. bezüglich der Censur über die in Wien erscheinenden Zeitungen; R. Kink, Geschichte der Wiener Universität, I. Band, 2. Theil, S. 233—235; vgl. auch die Censurgesetze vom 18. Juli 1715 und 11. Januar 1730 im Cod. Austr. III, 798; IV, 615). Der Herausgeber eines Blattes aber, welcher nichtsdestoweniger gewagt und Gelegenheit gefunden hätte, die Bank, welche unter dem besonderen Schutze der Regierung stand, anzugreifen, würde sicher als „Obtrectator et Calumniator“ zur Verantwortung gezogen und auf ihn das unterm 11. October 1697 gelegentlich der Ausstreuung böswilliger Gerüchte über politische Angelegenheiten und die Jesuiten erlassene Gesetz (s. Cod. Austr. II, 78) angewendet worden sein. Ebenso wenig hatte die Wiener Stadt-Bank eine Concurrenz anderer Banken beim Heranziehen baarer Einlagen zu besorgen, nachdem die Regierung letzteren kaum gestattet haben würde, zu

(Bidermann.)

diesem Ende in Österreich Verbindungen anzuknüpfen und Agenten zu bestellen. Auch scheint bloß die im Jahre 1699 zu Leipzig errichtete landesfürstliche Depositen-Bank ihr Absehen auch auf Österreich gerichtet und den Plan, dort Commanditen zu gründen, verfolgt zu haben (s. Marperger, Beschreibung der Banquen, S. 278). Dem Gelingen eines solchen Vorhabens stand schon der auch von der österreichischen Regierung eifrig befolgte mercantilische Grundsatz: kein baares Geld über die Landesgrenzen esitiren zu lassen, entgegen. Die Geldausfuhrverbote, welche die österreichische Regierung erliess, konnten freilich nicht hindern, dass der eine und andere ihrer Unterthanen aus freien Stücken an einer auswärtigen Bank sich betheiligte; allein eine offene Aufforderung hierzu durfte gewiss keine auswärtige Bank in Österreich sich erlauben.

67. S. *Relatio Systematis in Politicis et Oeconomicis et Militaribus per Commissarios eatenus ordinatos pro Die 13. Mensis Aprilis Anni 1722 elaborati*, Manuscript in der Bibliothek des ungarischen Nationalmuseums zu Pesth (Mscript. latin. in fol. Nr. 591). Vgl. den Artikel Mannagetta in der Österr. National-Encyklopädie, III. Bd., S. 547.

68. S. Fessler, Geschichte der Ungern und ihrer Landsassen, 10. Theil (Leipzig 1825), S. 46 u. ff. Vgl. Bel M., *Notitia Hungariae*, IV, p. 42.

69. S. den Artikel Althann in der Österr. Nat.-Encyklop., I. Band, Seite 59.

70. Joh. Georg v. Buol war Kaiser Joseph's I. Informator gewesen und wurde unterm 18. November 1718 in den Reichsfreiherrnstand erhoben. Er starb als Staatsrath 1727 (s. Sitzungsberichte der philos.-histor. Classe der kais. Akademie der Wissenschaften, XIX. Band, S. 84).

71. Es scheint, dass diese Notiz auf oberösterreichische Protestanten sich bezieht, welche die katholische Religion anzunehmen sich weigerten und deshalb zur Auswanderung gezwungen wurden. Sind unter den „verschickten“ Schiffs-, Holz- und Sagknechten wirklich solche Exulanten zu verstehen, so ist die Angabe bei Pillwein, „Linz“, S. 211, wornach die ersten Colonisten aus Ober-Österreich, welche nach der Marmaros versetzt wurden, im Jahre 1775 die Reise dahin angetreten haben sollen, zu berichtigen.

72. Melchior Muralt hatte die Fabrik in Verbindung mit den Wiener Niederlags-Verwandten (d. h. Grosshändlern) Georg v. Prunner und Joh. Jakob Isenflamm im Jahre 1727 gegründet und ein besonderes kaiserliches Privilegium darauf erhalten (Cod. Austr., IV, 415). Offenbar ist es die Muralt'sche Fabrik, von welcher J. B. Küchelbecker, ohne sie beim Namen zu nennen, in seiner „Nachricht vom römisch-kaiserlichen Hofe“ (Hannover 1730), S. 715, sagt: „Vor zwei Jahren hat ein gewisser Schweizer allhier (i. e. in Wien) auch eine Gold- und Silber-Fabrique angeleget, allwo Galons und Borten von Silber und Gold fabriciret werden, von welchen man aber bekennen muss, dass dieselben nicht nur ziemlich grob gearbeitet sind, sondern auch, was das lustre anlangt, nicht einmahl der Leipziger Arbeit, geschweige denn der frantzösischen gleich kommt. Vielleicht, dass sich dieselbe auch mit der Zeit bessert“. Die Fabrik scheint jedoch diese Erwartung nicht gerechtfertigt, sondern vielmehr trotz aller Nachhilfe der Regierung ihre Thätigkeit bald nachher eingestellt zu haben, um

nie wieder in Gang zu kommen. In dem Verzeichnisse der Wiener Fabriken vom Jahre 1732, welches im Zedler'schen Universal-Lexikon unter dem Artikel Wien (LVI, S. 297 und 298) enthalten ist, wird ihrer mit keiner Sylbe mehr gedacht.

73. Die Kosten der kaiserlichen Jägerei betrugen nach den Consignationen der Bank im Jahre 1734 die mässige Summe von 37,830 fl. 53 kr., verminderten sich im darauf folgenden Jahre auf 37,643 fl. 18 kr., und stiegen im Jahre 1736 wieder auf 38,916 fl. 27 kr. Doch scheint es, dass hierunter blos die fixen Besoldungen der „kaiserlichen Jagd-Bedienten“ begriffen sind, da sonst wohl die einzelnen Jahresbeträge stärker variirt haben würden. Auch wäre ein so geringer Jagdetat mit der Verschwendung, welche am Hofe Kaiser Karl's VI. herrschte und mit dessen bekannter Vorliebe für das Jagdvergnügen nicht recht vereinbar. Wurden ja doch dem Löwenwärter der kais. Menagerie im Jahre 1724 für rohes Fleisch, das die dort unterhaltenen wilden Thiere verzehrt haben sollten, 14,118 fl. 44 kr. passirt und ausbezahlt! (Vaterl. Blätter für den österreichischen Kaiserstaat, Jahrgang 1817, S. 20.) Es ist nicht denkbar, dass der Kaiser auf die Befriedigung seiner Jagdlust nicht mehr verwendete, als das Doppelte dessen, was ihm blos das Futter für die im Neugebäude nächst Ebersdorf verwahrten Bestien kostete.

74. Dieses Monument, welches die Form eines Tempels hat und daher mit Unrecht in gedruckten Werken, so wie vom Volksmunde als „Säule“ bezeichnet wird, wurde in seiner gegenwärtigen Gestalt im Jahre 1732 vollendet und am 19. März dieses Jahres vom Cardinal-Erzbischofe Sigismund Grafen von Kollonitsch feierlich eingeweiht. Den Bau, so wie die Ausführung der Statuen nach der Zeichnung des Hofarchitekten J. E. Fischer von Erlach leitete der Hofbau-Director Graf Gundacker v. Althann (s. K. A. Schimmer's Häuser-Chronik der Stadt Wien, Wien 1849, S. 244). Die Anweisung des von der Bank dazu hergegebenen Geldes erfolgte in den Jahren 1728 und 1729.

75. Die Forderungen der Holländer beliefen sich auf 5.120,000 fl. holl. Courant. Davon schrieben sich 3.120,000 fl. aus dem Jahre 1669 und 2 Millionen aus dem Jahre 1703 her. Für erstere Summe war ihnen das in der Anmerkung 55 näher bezeichnete Quecksilber-Verschleissmonopol, für letztere der „ungarische Kupferhandel“ als Hypothek (aus deren Erträgnissen sie sich gleich selbst bezahlt machen konnten) eingeräumt worden. Nachdem die Wiener Stadt-Bank jene Pfandobjecte an sich gelöst hatte, gab sie den „ungarischen Kupferhandel“ dem Wiener Banquier v. Schreyvogel in Afterbestand. Der Contract wegen „Ableidung“ der holländischen Creditoren, welchen das Quecksilber-Verschleissmonopol verpfändet war, wurde zwischen der Hofkammer und der Bank am 6. October 1724, jener wegen Auslösung des „ungarischen Kupferhandels“ am 6. Juli 1733 geschlossen. (Aus dem Acten-Convolute in der Bibliothek der ungarischen Akademie der Wissenschaften.)

76. In den älteren Ausgaben des „Taschenbuches der Münz-, Mass- und Gewichtskunde“ von Nelkenbrecher (so in der Berliner Ausgabe von 1798 und in der Wiener Ausgabe von 1809) werden unter dem Artikel: Wien, vier Arten von Wiener Bank-Obligationen aufgeführt, welche den von mir unter

1—5 incl. namhaft gemachten Kategorien entsprechen. Die bezüglichlichen Unterscheidungsmerkmale, deren Richtigkeit übrigens durch ihre oftmalige Aufnahme in das genannte, stets als verlässlich anerkannte Taschenbuch bestätigt wird, sind beinahe wörtlich den brieflichen Mittheilungen, welche der schlesische Edelmann C. J. Max Freiherr v. Fürst im Jahre 1755 einem preussischen Staatsmanne über das österreichische Finanzwesen gemacht und Nikolai in seiner Reisebeschreibung zuerst veröffentlicht hat (s. Anm. 1), entnommen. Die einschlägige Stelle (bei Nikolai, III. Band, 7. Beilage, S. 110) lautet: . . . j'ai fondé le calcul de 44 millions de dettes à la fin de l'an 1751. Ces dettes et les billets de Banque delivrés là dessus sont de différentes sortes: „1^{mo}. il y a des emprunts, que la banque a fait elle-même et sur lesquels elle a donné des obligations en forme toujours payables à la requisition du creancier avec les interets de 5 pour Cent payables par an; 2^{mo}. il y a des sommes placées dans la banque conformément aux Loix et qui y doivent rester ou un certain tems ou à perpétuité contre un Interet de 4 à 5 pour Cent; tels sont les fideicommiss en argent comptant, les fonds des fondations pieuses, des Eglises, d'Hospitaux et d'autres, les dépôts, l'argent des pupilles, sur lesquelles la banque donne des certificats; 3^{mo}. il y a des dettes contractées et assignées pour le souverain et acceptées par la banque, sur lesquelles elle a donné des billets payables à un certain terme avec les interets à 5 pour Cent payables par an; 4^{to}. il y a d'autres sortes de dettes sur lesquelles la banque de giro combinée à present avec la grande banque de Vienne a delivré des billets et qui ne sont jamais payables, mais dont on tire annuellement l'interet à 5 pour Cent et dont on se peut servir en forme de payement par la cession“. Wenn Baron Fürst sagt: 2^{mo}. il y a des sommes placées dans la banque conformément aux Loix: so können damit wohl nur jene Zwangsgesetze gemeint sein, welche Maria Theresia in Bezug auf die Anlegung der Stiftungscapitalien und Pupillengelder „ad fundos publicos“ erliess. Von einem directen Befehle der Regierung, derlei Capitalien an die Wiener Stadt-Bank abzuliefern, ist mir nichts bekannt.

77. Wer, ohne „Bankalist“, d. h. der Bankmatrikel einverleibt zu sein, Assignationen auf die Bank zu leihen nahm, konnte von dem Darleiher verpflichtet werden, 5 pCt. des Nennwerthes dafür an Interessen zu zahlen, während „Bankalisten“ legaler Weise nur 3 pCt. zu entrichten hatten. Das Confirmationspatent vom 24. März 1713 preist diesen Unterschied des gesetzlichen Zinsfusses zu Gunsten der „Bankalisten“ als einen der werthvollsten Vorzüge, welche diese genossen. Doch bestand dieser Vorzug nur auf dem Papiere, da bekanntermassen alle gesetzlichen Beschränkungen des Zinsfusses illusorisch sind, d. h. umgangen werden können, und auch in der That umgangen werden. Auch leuchtet von selbst ein, dass derjenige, welcher Assignationen auf die Bank zu leihen nahm, nicht das Recht hatte, sich für seine Person auf das Guthaben, worauf diese lauteten, in den Büchern der Bank vormerken zu lassen und dasselbe sofort zu beheben, sondern dass, wenn er die Assignationen zu Geld machen wollte, er sie an eine dritte Person verkaufen oder versetzen musste. Der Käufer hatte dann unbedingt, der Beleihner aber nach dem Verfall des

Pfandes die Wahl: besagte Assignationen — Cheques würde man sie heutzutage nennen — entweder weiter zu giriren oder das darin bezogene Capital auf seinen Namen umschreiben zu lassen und nach Umständen an sich zu ziehen. Da nun mit einer blossen Vormerkung den Wenigsten gedient war, jede Kündigung eines Bankcapitals aber der kündigenden Partei gewisse Nachtheile und Unannehmlichkeiten zuzog: so verstand sich nicht leicht Jemand dazu, derlei Papiere ohne beträchtlichen Einlass zu kaufen oder zu beleihen. Mit Rücksicht auf diesen Verlust kam ein solches Darlehen immerhin hoch zu stehen, wenn auch die Interessen, welche vom Nennwerthe zu entrichten waren, nicht mehr als 3 pCt. betrugen. Besonders übel war jedoch derjenige daran, der die entlehnten Assignationen nicht in natura zurückerstatten konnte. Denn dieser musste dann dem Darleiher den vollen Betrag, auf welchen jene Assignationen lauteten, baar erlegen, ungeachtet er sie vielleicht nur zu zwei Drittel oder drei Fünftel ihres Nennwerthes ausgebracht, d. h. nur so viel dafür gelöst hatte.

78. Ausser den Bankobligationen waren in der Regel nur die ständischen und Staatsobligationen von der Vermögenssteuer eximirt (Cod. Austr., III, 482; IV, 815. 868). Gelegentlich der Ausschreibung der Vermögenssteuer für das Jahr 1712 wurden aber auch diese Guthaben als steuerpflichtig erklärt und blos die Bankobligationen von der Steuerpflicht ausgenommen (Ebenda, III, 653).

79. S. Anm. 65. Vgl. Jani Perontini (Petri Giannone?) Icti., De consiliis ac Dicasteriis, quae in Urbe Vindobona habentur Liber Singularis. Halae 1732, pag. 178—185, wo der österreichische Advocatenstand arg mitgenommen und namentlich den Wiener Rechtsgelehrten viel Bitteres in's Gesicht gesagt wird. So heisst es S. 814: „Vindobonensibus Jurisconsultis, quorum praecipui labores ac studia versantur circa „Codicem Austriacum“ et insulsos aliquot rudesque Regionis Scriptores, pulchre conveniunt, quibus excipiuntur, indigni modi; cum adeo omnis literaturae civilisque prudentiae ignari expertesque degant, ut Alciati, Cujacii aliorumque Jurisprudentiae Luminum nomina audientibus obsona et magica prope videantur“.

80. Als Strafe wurde die Vermögensconfiscation noch nach dem Josephinischen Strafgesetzbuche beim Verbrechen des Landesverrathes (§. 45), bei dem der beleidigten Majestät (§. 41) und beim Verbrechen des Aufruhrs (§. 53) gegen die Rädelsführer in Anwendung gebracht, unter Kaiser Leopold II. auf den letzten Fall beschränkt und erst unter Kaiser Franz II. ganz beseitigt (s. Jenull, Das österreichische Criminalrecht, Graz 1820, I. Thl., S. 257). Ferner liefen alle in Österreich weilenden Fremden im Falle, als zwischen der Regierung ihres Heimathlandes und der österreichischen ein Krieg ausbrach, Gefahr, ihr in Österreich befindliches Vermögen an den Fiscus zu verlieren. Ja selbst jene Inländer, welche in diesem Falle, d. h. beim Ausbruche eines Krieges mit einer fremden Macht „feindliche Effecten“, von deren Anwesenheit in Österreich sie Kenntniss hatten, den Behörden anzuzeigen unterliessen, waren mit Vermögensconfiscation bedroht (s. Cod. Austr., III, 446). Starb in Österreich ein Angehöriger eines Staates, der den Verlassenschaften österreichischer

Unterthanen gegenüber das sogenannte „Jus Albinagii“ zur Anwendung brachte, so fiel reciproker Weise auch dessen Verlassenschaft dem österreichischen Fiscus anheim (s. Cod. Austr., III, 687). Erst unter Maria Theresia kamen zwischen Österreich und mehreren fremden Staaten Verträge über Aufhebung jenes Heimfallrechtes zu Stande (s. ebenda, VI, 526. 938. 1041. 1336). Nur Bankobligationen waren auch früher schon von der Confiscation in derlei Fällen — mindestens nach dem Wortlaute der betreffenden Patente und nach speciellen Versicherungen, die den Bankreditoren bei einzelnen Anlässen gegeben wurden — ausgenommen.

81. Der Frankfurter Patricier de Loën, welcher im Jahre 1717 Wien besuchte, sagt in seinen „moralischen Schildereien“ (s. dessen gesammelte kleine Schriften, herausgegeben von J. D. Schneidern, Frankfurt 1749), 3. Abschn., S. 10: „Die Österreicher sind ehrliche, aufrichtige, gutherzige Leute; sie lieben ihren Kaiser nicht aus blosser Eitelkeit und Hoffahrt, wie die Franzosen ihren König, sondern aus einem natürlich angeborenem Trieb. Sie haben es Ursach; denn der Kaiser hält sie recht wie seine Kinder, welchen er kein Ungemach und kein Leid zufügen lässt“. Wie sehr die später unter preussische Herrschaft gekommenen Schlesier am Kaiserhause hingen und wie treu sie demselben zugethan waren, hat Wuttke in seinem mehrcitirten Werke über die „Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse Schlesiens“ (II, 80) in anziehender Weise geschildert. „In Allem — heisst es dort — wo der Unterthan sein Gewissen nicht benachtheiligt glaubte, bekundete er eine höchst merkwürdige Anhänglichkeit an den Herrscher. Was immer Übles gegen ihn ergeht: er gibt es allein seinen (des Kaisers) Räthen und auswärtigem — jesuitischem oder spanischem — Einflusse Schuld. Nennen doch die österreichischen Stände in ihrer öffentlichen Beschwerdeschrift einen so verworfenen Menschen wie Mathias: „von Natur gutartig“; ja inmitten der schreiendsten Gräuel des Religionskrieges in Schlesien werden Scheingründe ausgegrübelt zum Erweise, dass der Spanier und der Pabst es eigentlich sei der unter des Kaisers Namen handle, damit nur Ferdinand selbst in Ehren bliebe. Der Gedanke lebte unverilgbar im Volke fort: dass der Kaiser stets das Gute, stets das Förderliche wolle“.

82. S. Anm. 66. Noch unter Maria Theresia erfreute sich die Wiener Stadt-Bank eines so mächtigen Schutzes seitens der österreichischen Presspolizei, dass selbst ein ausländischer Schriftsteller, Dr. Georg Heinr. Zincke, der damals von Braunschweig aus die „Leipziger Sammlung“ redigirte, im 27. „Stücke“ dieser Zeitschrift (vom Jahre 1745) den Verfall der Bank nur leise anzudeuten wagte und sich unter einem nichtigen Vorwande aller „Reflexionen“ darüber (von denen er doch zugestand, dass sie hätten gemacht werden können) enthielt.

83. S. das betreffende Gründungspatent im Cod. Austr., III, 765. Dasselbe steht auch in Zedler's Universal-Lexikon, LVI, S. 315—328, in Marperger's „Beschreibung der Banquen“, S. 240—257, und in der „Europäischen Fama“, 14. Bd., S. 1006—1026. Zu Eingang des Patenten sagt Kaiser Karl VI. ausdrücklich: er habe die Universal-Bankalität gegründet, damit seinen „entkräfteten Insassen und Unterthanen auf eine ergiebige Art und

Weise hinwiederum aufgeholfen“, der Stand der Cameral- und anderen Gefälle verbessert, „auf den eigentlichen Grund der Staatseinkünfte gesehen, die Ausgabe hernach reguliret, der durch allershand widrige Zufälle zum Theil geschwächte Credit um soviel ehender wieder hergestellt, Vertrauen und Fortgang des allgemeinen Handels und Wandels befördert, das Contributions-Wesen zu seiner Zeit gemindert“ werde u. s. w. Das „Theatrum Europaeum“ berichtet beim Jahre 1715, p. 44: „Den 4. Mai kam das Banco-Collegium zu Stande und wurden der Fürst v. Trautson zum Gouverneur, der Feldmarschall v. Gschwind zum Vice-Gouverneur, die Grafen Caraffa, Seeau, Szuniogh, Thurn, Oed, Kolowrat, Sternberg und Rosenberg, ferner die Herren von Krapf, Milkos (Mikosch), Zehrere (?), Blumenthal, Stockhammer und Prosamer zu Räthen öffentlich eingeführt, und zwar mit dem Bescheide: dass Ihnen gleich allen anderen wirkl. Hof-Räthen alle Prärogativen zustehen und das Banco-Collegium als ein independentes oder andern nicht, sondern unmittelbahr Ihro kais. Majestät unterworfenen Collegium von anderen Collegiis angesehen und behandelt werden solle“. In verschiedenen Provinzen wurden Filialcollegien der Universal-Bankalität errichtet und denselben auch angesehene Kaufleute als Assessoren beigezogen. So z. B. in Linz, wo der kais. Vicedom dem Collegium präsidirte und dessen erste Sitzung am 5. August 1715 stattfand, der renommirte Kaufmann und nachmalige Bürgermeister Joh. Adam Prunner mit einem Gehalte von 1000 fl. (Pillwein, Linz, I, 208; II, 147). Das Institut entbehrte jedoch vom Anfange an eine solide Grundlage, auf welcher es sich hätte entwickeln können, da die ihm zugedachten Beiträge (Arrhen) nur sehr langsam einliefen (s. die urgirenden Erlässe vom 26. März 1715 und 2. März 1716 im Cod. Austr., III, 785. 817). Noch im Jahre 1718 waren viele Beitragspflichtige mit ihren diesfälligen Beiträgen in Rückstand (ebenda, III, 923). Über die Schicksale der Bankalität sieh: Hauer's „Beiträge zur Geschichte der österreichischen Finanzen“ (S. 113—120), in welcher Schrift zuerst die langverkannte Verschiedenheit der Bankalität von der Wiener Stadt-Bank nachgewiesen wurde. Als Zusatz zu dem dort Gesagten möge hier die Nachricht stehen, welche das „Theatrum Europaeum“ zum Jahre 1716 von der „Universal-Bankalität“ (die es fälschlich als „Wienerisches Banco“ bezeichnet) gibt. „Mit der vorigen Jahrs aufgerichteten Banco — heisst es p. 81 — wollte es gleich im Anfang nicht so gut fort, als man sichs eingebildet haben mochte, desshalben man schon mit eingetretenem gegenwärtigen Jahre hören musste, es fehle diessfalls an Credit und an Geld, und falle die Zahlung daher nicht mehr richtig, sondern sei nöthig, dass die Hofkammer dem Mangel abhelfe. Die Sache schleppte sich doch noch eine Zeit lang, obschon unter vieler Ungedult derer zu fordern habenden Partheien, sonderlich der Soldaten, fort, und trachtete man, dem Banco-Werk aufzuhelfen, durch die Verordnung, dass alle Bediente einen gewissen Theil ihrer Besoldung zu dessen Behuf zurück lassen sollten. Allein es wurde doch auch darmit der Zweck nicht erreicht, nebst dem der Unterhalt derer vielen Banco-Bedienten allzukostbar befunden und endlich der Schluss gefasst: das Bankalitäts-Wesen aufzuheben, dagegen eine zur Hofkammer gehörige General

Kasse anzurichten, und darüber eine Deputation zu ordnen, wobey Ihre kais. Majstt. selbst, in Dero Abwesenheit aber der Graf v. Stahrenberg (Starhemberg) präsidirte, der Fürst Trautson aber, nebst andern, Asessor war. Dieses Alles kam noch vorm Ende dieses Jahres zur Würeklichkeit und sagte man anbey, die Banco hätte doch den nicht geringen Nutzen gehabt, dass Ihre Majstt. durch selbiger Vermittlung eine sichere Kund- und Wissenschaft erlanget, wie hoch sich eigentlich alle Dero Einkünfte beliefen“. Als Behörde bestand übrigens die „Universal-Bankalität“ unter einem eigenen Präses (welche Würde unter Karl VI. lange der Graf Ferd. v. Kolowrat bekleidete) fort, bis unter Maria Theresia dieselbe gänzlich aufgelöst und für die von ihr besorgten, allerdings sehr heterogenen Geschäfte eine Reihe verschiedener Hofstellen creirt wurde.

84. Das Wort „Arrha“ bedeutet im Lateinischen so viel als „Angeld“, „Darangabe“, und lässt sich ebensowohl von dem hebräischen *arubon*, als von dem griechischen *ἀρραβών* (welche beide Ausdrücke „ein Pfand“ bezeichnen) herleiten. Die im Patente über die Errichtung der Bankalität mit diesem Worte verbundenen mannigfachen Begriffe sind also für unterschoben zu betrachten, wenn auch zwischen ihnen und dem Begriffe einer „Darangabe“ immerhin einige Verwandtschaft besteht. S. Scheller's Lateinisch-deutsches Lexikon, 3. Aufl., Leipzig 1804, S. 964.

85. Das „Theatrum Europaeum“ meldet zum Jahre 1715, pag. 44: „Am 22. Mai legte Graf v. Stahrenberg seine Stelle eines Kammer-Präsidenten im vollen Collegio mit einer zier- und beweglichen Rede ab und nieder und betratt selbige der bisher gewesene Vice-Präsident Graf v. Mollart. Jener blieb doch geheimer Conferenz-Rath und behielt sein Ansehen, als ein Herr, der das kais. Interesse wohl verstünde“. Dieselbe Chronik erzählt auch beim Jahre 1714, pag. 111, ausführlich den Hergang der Berathungen, welche damals über eine Reform des österreichischen Finanzwesens in Wien mit Beiziehung ständischer Deputirter aus den Provinzen gepflogen wurden. „Indessen — heisst es am Schlusse des bezüglichen Aufsatzes — empfand der Hofkammer-Präsident Graf v. Stahrenberg darob und dabei nicht geringen Verdross“. Den meisten Ärger bereitete ihm aber ohne Zweifel die aus jenen Berathungen hervorgegangene Errichtung der „Universal-Bankalität“. In der Information für den Kaiser Karl VI. vom Jahre 1711 (s. Anm. 8) hatte er beantragt: zu Linz, Grätz, Brünn, Breslau, Pilsen, Budweis und Prag Banken „ad exemplum et normam des mit der Statt Wien contrahirten Bancho“ zu errichten; statt dessen musste er nun die „Bankalität“ ihre Arme nach allen Provinzen ausstrecken und sich selbst von der Leitung der durch sie vorzunehmenden Creditoperationen ausgeschlossen sehen. Dass er hierüber „nicht geringen Verdross“ empfand, ist begreiflich. Welch' grossen Antheil Starhemberg an den Geschicken der Wiener Stadt-Bank jederzeit nahm, geht aus einem Passus jener Information hervor, wo derselbe dem Kaiser auseinander setzt: wie die Bank „bis auf den Todtfall des letztverstorbenen niederösterreichischen Statthalters Grafen v. Welss, welcher sich des maneggio dieses Staates und des Giro-Bancho, wie aus aigenen vnd particular Principiis, also auch sozusagen privative angenommen,

von der ersten Verfassung ziemlich abgewichen sei“; wie aber er (Starhemberg) sich dem Statthalter „vieler reflexionen halber nicht violenter habe opponiren“ wollen, sondern erst nach dessen Ableben „alle Dilligenz angewendet habe, um das Werkh nit allain zu redressiren, sondern es auch dahin zu richten, damit es in seinen natürlichen Gang gebracht werden mechte“. Es war also Starhemberg schon vor dem Jahre 1715 der Hauptprotector der Wiener Stadt-Bank. Im Gremium der Hofkammer hatte er gleich vom Antritte der Präsidentschaft an mit gehässigen Einstreuungen und persönlichen Antipathien zu kämpfen. Der älteste Hofkammerrath, C. Gottlieb Freiherr v. Aichbühel, führte ihm gegenüber und mit handgreiflicher Beziehung auf ihn gar bedenkliche Reden: „wie bei Schwachheit des Hauptes sich alle Glieder schwach oder krank befänden und diess sonderlich bei dem Cameralwesen stattfinde“ u. s. w. (s. A. Arneth, Das Leben des kais. Feldmarschalls Grafen Guido Starhemberg, S. 296). Graf Gundaker Thomas v. Starhemberg war 1663 geboren, folglich im Jahre 1715: 52 Jahre alt. Ursprünglich für den geistlichen Stand bestimmt und bereits Domherr zu Olmütz, ward er 1698 Vice-Präsident der Hofkammer, 1700 geheimer Conferenzzath, 1703 wirklicher Hofkammer-Präsident, 1712 Ritter des goldenen Vliesses, 1715 Präsident der Hof-Bancodeputation, 1717 (mit Allerh. Entschliessung vom 6. März) Erb-Land-Marschall in Nieder- und Ober-Österreich und Director der geheimen Finanz-Conferenz. Er starb 1745 in dem seltenen Alter von 82 Jahren, hochverdient um den Staat, dem er in den höchsten Würden und unter kritischen Verhältnissen durch ein halbes Jahrhundert seine Kräfte geweiht hatte (s. Zedler's Universal-Lexikon, XXXIX. Bd., S. 1025; als Geburtsjahr ist dort irriger Weise 1673 angegeben, was schon A. Wolf in seinem Buche „Österreich unter Maria Theresia“, S. 149, berichtigt hat).

86. Graf F. G. v. Dietrichstein fungirte als Hofkammer-Präsident von 1719 bis 1755, also durch 36 Jahre. Unter ihm wurden 1751 die böhmisch-deutschen Cameralgegenstände von der Hofkammer getrennt und dem „Directorium in Publicis et Cameralibus“ zugewiesen (s. Mühlfeld im „Archiv für Gesch.“ etc., Jahrgang 1829, S. 247). Er spielte keine hervorragende Rolle, sondern beschränkte sich darauf, die Interessen der Hofkammer als solcher wahrzunehmen und zu vertreten. Herr v. St. Saphorin nennt ihn in seinem Gesandtschaftsberichte von 1727 (Anm. 20): „un homme peu estimé“. Doch soll es vornehmlich sein Verdienst gewesen sein, dass 1741 und 1742, wo ein Theil der Erblände in Feindes Hand war, keine Stockung in dem verworrenen Gange der Finanzverwaltung eintrat. Im Jahre 1671 geboren, hatte er ursprünglich bei der steierischen Hofkammer zu dienen begonnen und dieser Stelle von 1696—1715 als Präsident vorgestanden (A. Wolf, Österreich unter Maria Theresia, S. 153).

87. Im Jahre 1655 geriethen der Mantuanische und Genuesische Gesandte in Wien bei einem feierlichen Kirchengange dergestalt aneinander, dass sie sich die brennenden Wachsfackeln um die Köpfe schlugen und sich wechselseitig die Haare absengten (Frankf. Relat. pro 1655, Märzheft, pag. 4). Eine ähnliche Scene trug sich dort am 29. März 1686 zwischen dem Hamburgischen Residenten Herrn v. Schafshausen und dem Braunschweig-Lüneburg'schen

Gesandten Baron v. Marenholtz zu (Kaltenbäck's Österreichische Zeitschrift für Geschichtskunde, Jahrgang 1837, S. 10). Auch im Jahre 1721 entspannen sich in Wien zwischen einem nach Hof fahrenden Gesandten und einem vorbeireitenden General auf offener Strasse Händel, welche nur durch die Dazwischenkunft des Rumorhauptmannes vor einem blutigen Ausgange bewahrt wurden (Hormayr's Archiv, Jahrgang 1825, S. 890).

88. S. die Duellpatente für die deutschen und böhmischen Erblande von 1682, 1687 und 1712 im Cod. Austr., I, 285; III, 636, und im Cod. Ferd.-Carol., pag. 466. Im Jahre 1707 erstach in Mähren Graf August J. v. Sinzenhof den Grafen Leopold Collalto, seinen Stiefbruder (Wolny, VI, 338); am 19. September 1705 griff der Graf Venerand v. Wolkenstein den tirolischen Regierungs-Vicepräsidenten Grafen Guidobald v. Spaur aus Rachsucht zu Innsbruck auf offener Strasse an und verwundete ihn tödtlich (Zoller, Geschichte von Innsbruck, II, 64); Graf Leopold v. Stubenberg wurde am 6. Juli 1708 zu Gratz am hellen Tage von zwei Cavalieren angefallen und erdolcht (Zedler's Universal-Lexikon, XL. Bd., pag. 1175). Man sieht aus diesen wenigen Beispielen, dass nicht bloß der eine oder andere Ort damals Raufbolde, welche den höheren Ständen angehörten, aufzuweisen hatte, sondern dass diese Species von Tumultuanten in Österreich ziemlich allgemein verbreitet war.

89. Eine beredte Schilderung der Bureaux-Cabalen unter Kaiser Leopold I. entwirft der schwedische Gesandte Isaias v. Pufendorf in einem Berichte an das Staatsconsilium zu Stockholm vom Jahre 1675, welchen zuerst Keyssler in seiner Reisebeschreibung (83. Brief) und hiernach Hormayr in seinem Taschenbuche für das Jahr 1848, S. 101 u. ff., auszugsweise mitgetheilt hat. Dass die bezüglichen Zustände unter Karl VI. noch dieselben waren, wie sie Pufendorf schildert, gibt schon die mehrseitige Schrift des pseudonymen Janus Perontinus zu erkennen. Zahllose Belege dafür liegen in den Registraturen und Amtsarchiven. Manches sonst geringfügige Document gewährt nach dieser Richtung hin eine sehr reiche Ausbeute.

90. Der ungarische Landtag, welchem Graf G. Th. v. Starhemberg zugleich mit dem Grafen Fz. Ferd. Kinssky als königl. Bevollmächtigter beiwohnte, währte vom 20. Juni 1722 bis zum 19. Juni 1723. Doch begaben sich die genannten Commissäre erst im Juli 1722 nach Pressburg (s. Fessler a. a. O. X. Bd., S. 49).

91. Fürst Joh. Leopold Donat Trautson starb am 19. October 1724 zu St. Pölten. Er war im Mai 1659 geboren, wurde 1683 wirklicher Reichshofrath, 1685 Kammerherr, 1694 oberster Kämmerer und Vice-Ajo im Hofstaate des Kronprinzen Joseph, 1695 geheimer Rath, 1698 Ritter des goldenen Vlieses. Kaiser Joseph, sein früherer Zögling, ernannte ihn 1705 zum obersten Kämmerer, 1709 zum Conferenzzrath und Obersthofmeister; 1711 erhob er ihn und seine erstgeborenen Nachkommen in den Fürstenstand. Nach Kaiser Joseph's Tode stand er der Interimsregentin, Kaiserin-Witwe Eleonora, als Assistenzrath zur Seite. Karl VI. bestätigte ihn in der Würde eines geheimen Rathes, ernannte ihn 1715 zum Gubernator der „Bankalität“, später zum Rath der Finanz-

Conferenz und 1721 zu seinem Obersthofmeister (Europäische Fama von 1725, 284. Thl. [XXIV. Bd.], S. 668). Über seine Persönlichkeit s. A. Arneth, Prinz Eugen von Savoyen, S. 348.

92. Küchelbecker versichert (a. a. O. S. 317): es habe sich die Zahl der kais. Kammeroffizianten und Bedienten unter Karl VI. auf 40.000 belaufen. Auch in der Schrift des J. Perontinus über die Wiener Dikasterien heisst es S. 85: „Fertur, Curatores, Officiales, aliosque subditos omnes, qui Camerae rationibus Vindobonae aliisque Regnis et Regionibus inserviunt, numerum quadraginta millium excedere“.

93. In den Acten werden die Grafen Stürkh und Windischgrätz ohne nähere Bezeichnung als Anhänger der Starhemberg'schen Ansicht aufgeführt. Doch können damit nur die von mir im Texte genannten Cavaliere gemeint sein. Denn ausser dem Grafen Ernst Friedrich v. Windischgrätz war im Jahre 1723 nur noch ein Graf dieses Namens in einem Alter und in einer Stellung, womit dessen Einvernehmung seitens des Kaisers vereinbar scheinen würde. Dieser war: der Graf Leopold Victorin v. Windischgrätz (geb. 1686, seit 1717 wirklicher Reichshofrath); allein derselbe weilte vom Februar 1722 bis zum Juli 1725 als kais. Bevollmächtigter beim Friedenscongresse zu Cambrai, und es ist daher nicht denkbar, dass er derjenige war, von welchem in den Acten die Rede ist. Ernst Friedrich dagegen befand sich damals in Wien, war schon seit dem Jahre 1709 kais. Conferenzzath und stand im Alter von 53 Jahren. Er starb am 6. September 1727 (s. Zedler's Universal-Lexikon, LVII. Bd., S. 726 u. ff.). Was ferner den Grafen Stürkh anbelangt, dessen die Acten als eines Meinungsgenossen des Grafen Starhemberg Erwähnung thun, so ist darunter der Graf Georg Christoph (geb. 1667, seit 9. Juli 1717 kais. Hofkanzler) um so sicherer zu verstehen, als er im Jahre 1723 der einzige erwachsene Träger dieses erst in seiner Person (unterm 23. November 1711) mit der Grafenkrone gekrönten Familiennamens war (ebenda, XL. Bd., S. 1336).

94. Bezeichnend für diese Anschauung ist das Urtheil des Herrn v. St. Saphorin in seinem Berichte über die österreichischen Finanzen vom Jahre 1727 (s. Anm. 20). Derselbe nennt den Grafen Starhemberg „den einzigen Minister, der im österreichischen Finanzwesen wohl versirt sei; ihm verdanke man Alles, was Gutes und Nützliches auf diesem Gebiete geschehe. Sein Credit sei es gewesen, der der Wiener Stadt-Bank ursprünglich aufhalf; sein „roideur, à s'opposer à de nouveaux arrangemens“ habe bisher allein die Bank vor schädlichen Einflüssen geschützt, ihn selbst aber dem Kaiser entfremdet“ (Gütige Mittheilung des Herrn Hofsecretärs v. Arneth). Starhemberg hatte als Protector der Bank offenbar einen harten Stand, und seine spätere Nachgiebigkeit ist wohl zum Theil auf Rechnung dieser Situation zu setzen; allein wenn St. Saphorin noch im Jahre 1727 von „Starrsinn“ spricht, durch welchen Graf Starhemberg des Kaisers Gunst verscherzt haben soll: so kann dies wohl nur von jenen Fällen gelten, wo Starhemberg sich persönlich verletzt fühlte. Denn eine absolute Widersetzlichkeit gegen Übernahme neuer Schulden seitens der Bank legte er mindestens damals, d. h. um das Jahr 1727, nicht mehr an den Tag. Die Besorgniss: es könne Starhemberg im Kampfe mit den Widersachern der

Bank unterliegen und es werde dann um den Credit letzterer geschehen sein, tauchte übrigens in Wien bereits im Jahre 1721 auf. Nach einer gütigen Mittheilung, welche ich gleichfalls dem Herrn Hofsecretär v. Arneth verdanke, schrieb Herr v. St. Saphorin unterm 5. Juni 1721 aus Wien an Lord Townshend: „Le credit de la banque de la Ville, qui peut toujours trouver à emprunter au 6 pour Cent, est la plus grande ressource, que l'Empereur aye eu par le passé. Mais comme le C^{te}. de Starhemberg, qui dirige cette banque, ne veut point l'engager mal à propos et sans avoir des seuretés, on ne doute presque plus, que cette même direction ne luy soit ôtée, et ne soit donnée au C^{te}. Harrach, qui est en dépendance du favori (des Grafen M. Althann): cela fait, six mois après elle n'aura plus de crédit“.

95. Joachim Georg v. Schwandtner stammte aus einer erbgesessenen Bürgerfamilie Wiens und fungirte unmittelbar vor seiner Ernennung zu Starhemberg's Stellvertreter als Kammerprocurator bei der niederösterreichischen Regierung. Als solcher hatte er die Bank in Gefällsangelegenheiten zu vertreten, und war er daher allerdings mit deren Einrichtung und Geschäftsgang näher vertraut (s. Cod. Austr., IV, 747). Die ihm 1732 übertragene Stellvertretung scheint sich zunächst auf die Kanzleigeschäfte bezogen zu haben; doch war es unvermeidlich, dass Schwandtner sich in dieser Stellung auch allerlei administrative Verfügungen erlaubte. Später trat er als Rath in den Concretalstatus der Ministerial-Bancodeputation, in welcher Eigenschaft er im Jahre 1752 starb (Cod. Austr., V, 718). Unter seiner provisorischen Leitung trug jene Abtheilung der genannten Deputation, welche die Justizangelegenheiten zu besorgen hatte, selbst auf eine Verletzung der Bankstatuten an, so dass sie von der Regierung darüber zurechtgewiesen wurde (Cod. Austr., IV, 807). Es mag daher der Bankbuchhalter Kirchner nicht so ganz unrecht gehabt haben, indem er über „die Malice dieses unartigen Advocaten“ sich beschwerte und ihn beschuldigte, der Bank den Todesstoss versetzt zu haben. Schwandtner war allem Anscheine nach ein tüchtiger Jurist, der Alles unter dem Gesichtspunkte des strengen Rechtes zu betrachten gewohnt war, die Gebote der in Finanzsachen unentbehrlichen Klugheit aber, weil sie nicht im Codex Juris standen, ganz ausser Acht liess und dadurch der Bank viele üble Nachreden zuzog. Auch scheint ihn dieser Erfolg seines Wirkens wenig gekümmert zu haben, wie er denn überhaupt an der Bank als solcher geringen Antheil nahm. Ob er darauf ausging, sie zu Grunde zu richten, will ich nicht entscheiden; dass er aber nichts that, um dieser Eventualität vorzubeugen, ist gewiss.

96. Im Jahre 1755 äusserte sich Baron Fürst in seinen mehrerwähnten Briefen (bei Nikolai a. a. O. III. Bd., Beilage 7, S. 109) über die Ministerial-Bancodeputation: „Cette Comission s'est peu à peu emparé de toute la Direction de la Banque et le Magistrat de la Ville de Vienne ne fait plus, qu'y prêter le nom“. Die ganze factische Einwirkung, welche der Stadtmagistrat auf die Bankleitung damals mehr übte, bestand darin, dass er die Stelle des Obereinnehmers bei der „Banco-Haupt-Cassa“ durch ein Glied des inneren Stadtraths versehen liess, was erst unter Kaiser Franz II. aufhörte. Im Staatsschematismus auf 1746 erscheint Wilhelm Ignaz Strecker, „des innern

Stadtraths“, in jenem auf 1783 Joh. Bapt. Springer „des innern Stadtraths“, in dem Schematismus auf 1798 aber schon: Fräss Edler v. Ehrfeld (offenbar kein Glied des Wiener Magistrats) als Obereinnehmer bei der vorbezeichneten Kasse, welche im Übrigen schon unter Maria Theresia in der Reihe der Staatskassen aufgeführt wird. Sie war im Bancohause in der Singerstrasse, welches Maria Theresia dem Grafen Rudolf Chotek zu Liebe hatte erbauen lassen, also in einem Ärarialgebäude, untergebracht. Über die Veränderungen, welche in der Organisation und Benennung der obersten Finanzbehörde unter Maria Theresia eintraten, sieh den Artikel: k. k. vereinigte Hofkanzlei in der Österr. National-Encyklopädie, II. Bd., S. 612, und A. Wolf, Österreich unter Maria Theresia, S. 279 u. ff. Was insbesondere die Ministerial-Bancodeputation betrifft: so wurde dieselbe im Jahre 1759 mit dem Directorium in publicis et cameralibus unter einem Chef (dem Grafen R. Chotek) vereinigt, 1762 wieder eine selbstständige Behörde unter dem Präsidenten Grafen Friedrich Hatzfeld (doch sollte sie der Hofkammer Rechnung legen und Einsicht in die Verwaltung der Gefälle gewähren); 1782 trat wieder eine Combination wie im Jahre 1759 ein, und von da an blieb die Ministerial-Bancodeputation, wie sehr auch die übrigen Conjunctionen wechselten, doch unverändert ein Accedens der Hofkammer (oder wie die oberste Finanzbehörde jeweilen sonst hiess), bis Kaiser Franz sie, die längst keinen rechten Sinn mehr hatte, gänzlich auflöste und ihre Geschäfte der eigentlichen Hofkammer übertrug.

97. Über die Persönlichkeit des Grafen Rudolf Chotek sieh: Hormayr's Taschenbuch für 1828, S. 392 u. ff., und A. Wolf's biographische Abhandlung über den Grafen Joh. Rudolf Chotek (einen Sohn jenes Rudolf's, der noch unter Maria Theresia seine staatsmännische Laufbahn im Jahre 1771 beschloss) in den Sitzungsberichten der philosophisch-historischen Classe der kais. Akademie der Wissenschaften, IX. Bd., S. 434 u. ff. Von seinen Verdiensten um die Wiener Stadt-Bank, die er freilich formell zu Grabe tragen half, sagt Baron Fürst (a. a. O. S. 113): „Au moins il est toujours sûr, que le credit que le C. de Chotek a rendu à la Banque est grand et qu'en cas de besoin l'Imperatrice trouveroit de nouveaux emprunts là dessus“. Wenn unter ihm die Ministerial-Bancodeputation Namens der Wiener Stadt-Bank einen Recess mit der Hofkammer schloss, so war dies nur mehr eine leere Formalität, da beide Behörden denselben Chef hatten, und die Hofkammer sich nicht verpflichtet glaubte, dem Recesse in Betreff der Fondsausscheidung pünktlich nachzukommen. Auch nachdem die zwischen jenen Behörden bestandene Personal-Union sich aufgelöst hatte, änderte sich hierin nichts, da die Hofkammer der Ministerial-Bancodeputation gegenüber das Inspectionsrecht ausübte und sozusagen stets das Heft in Händen behielt. Vgl. übrigens: Hauer, Beiträge zur Geschichte der österreichischen Finanzen, S. 121 und 122.

98. Die besten Aufschlüsse hierüber geben Fürst's hinterlassene Papiere (bei Nikolai a. a. O. S. 110 u. ff.). Von grösseren Einlagen, welche in die Bank zur Zeit ihres Verfalles gemacht wurden, erwähne ich: das unterm 18. September 1735 ausgeschriebene „Subsidium praesentaneum“ (Cod. Austr., IV, 884), die Heirathse cautionen, welche kais. Officiere bei der Bank

zu deponiren hatten, und die Invalidenstiftungs-Gelder, welche dort bis zur Erbauung der Invalidenhäuser (im Jahre 1750) liegen blieben.

99. Viel mag zur Discreditirung der Bank auch der Argwohn beigetragen haben, welchen die Regierung dem Gebahren des Wiener Magistrats gegenüber auf eine ziemlich ostensible Weise an den Tag legte, indem sie im Jahre 1737 in „Wienerischen Wahl- und Wirthschafts-Sachen“ eine eigene Hofcommission verordnete (Cod. Austr., IV, 922) und dem Stadtrathe Commissäre zur Seite setzte, ohne deren Vorwissen keine Sache von Wichtigkeit vorgenommen oder beschlossen werden durfte (Zedler's Universal-Lexikon, Artikel Wien, LVI. Bd., S. 139). Denn war es auch längst kein Geheimniss mehr, dass die Stadt Wien ihren statutenmässigen Einfluss auf die Bankleitung verloren und die Hofkammer deren Schicksal vornehmlich in Händen hatte: so zweifelte doch andererseits Niemand daran, dass letztere im Falle, als ein städtischer Beamter Bankgelder unterschläge, jeden Ersatz entschieden verweigern und bei etwaiger Insolvenz der Stadt der Schaden dann ganz die Bankgläubiger treffen würde.

100. Eine Zusammenstellung der verschiedenen Anleihen, welche die österreichische Regierung auf den Namen der Wiener Stadt-Bank contrahirte, ist bei Hauer, „Beiträge zur Geschichte der österreichischen Finanzen“, unter der Überschrift: „Staatsschulden“, S. 122 u. ff., zu finden. Über den Curswerth der Bankobligationen unter Maria Theresia und Joseph II. sieh: Nikolai a. a. O. III. Bd., S. 322, und Zusätze dazu S. LXIX. Wie wenig gerechtfertigt die Bezeichnung „Banko-Zettel“ für das in der zweiten Hälfte des XVIII. und im Anfange des XIX. Jahrhunderts emittirte österreichische Papiergeld war, geht schon daraus hervor, dass die Regierung zu dessen Umwechslung eine ihren Befehlen unmittelbar unterstehende und auch im Staatsschematismus als „kais. königl.“ aufgeführte Kasse errichtete, also es unnöthig fand, zur Wahrung des Scheines, als gäbe es noch eine Wiener Stadt-Bank, dieses Geschäft den städtischen Behörden zu übertragen. Offenbar liess sich der wahre Sachverhalt vom Jahre 1759 an so wenig mehr verbergen, dass alle Bemäntelungsversuche unnütz gewesen wären.

101. Über die Finanzlage Österreichs unter Maria Theresia gibt zunächst der in der Note 1 angezogene Aufsatz von Ranke Aufschluss, welcher aber nur bis zum Jahre 1755 reicht. A. Wolf hat in seinem Buche: „Österreich unter Maria Theresia“, S. 277—310, den Gegenstand etwas ausführlicher erörtert, ohne übrigens ihn zu erschöpfen. Doch genügt das dort Gesagte zur Veranschaulichung des Fortschrittes, welcher in der Staatswirthschaft seit Leopold I. eingetreten war.

102. Übrigens wird der Wiener Stadt-Bank auch manches zugeschrieben, was sie in der That nicht geleistet, oder mindestens nicht dergestalt, wie man es ihr nachrühmt, vollbracht hat. So heisst es z. B. in verschiedenen topographischen und historischen Werken: die Wiener Stadt-Bank habe die Bamberghischen Besitzungen in Kärnten im Jahre 1759 acquirirt und sodann als ihr Eigenthum bewirthschaftet, ferner die Baumwollwaaren-Manufactur in Linz von der banquerotten „Orientalischen Compagnie“ an sich gelöst und in

schwunghaften Betrieb gesetzt, im Banat auf Herrschaften, die sie pfandweise inne hatte, Sumpfstrecken trocken gelegt und dadurch sich ein grosses Verdienst um die Bodencultur erworben, endlich das Eisenwerk zu St. Gertrud in Kärnten längere Zeit hindurch besessen und meliorirt u. s. w. Das Wahre an all' dem ist, dass die Bank in Ansehung mehrerer Objecte, welche der Staat an sich kaufte, an die Gewähr geschrieben wurde und daher als Besitzer mancher Güter und Industrieanstalten erscheint, von welchen sie in Wirklichkeit nie Besitz ergriffen hat, sondern deren Verwaltung stets die oberste Finanzbehörde besorgte. Jene Anschreibung der Bank an die Gewähr erfolgte auch nur darum, weil die fraglichen Objecte vom Staate mit Bankobligationen erkauft worden waren, und es demnach zur Beruhigung der betreffenden Gläubiger erforderlich war, die Bank als den Rechtsnachfolger, an welchen sie sich halten könnten, darzustellen, während in Wirklichkeit der Staat im Besitze succedirte.

Georg Konrad
Univers.-Buchbinderel
München

Bidermann, Hermann Ignaz,

Die Wiener Stadt-Bank, ihre Entstehung, ihre Eintheilung und Wirksamkeit,
ihre Schicksale

Wien 1859

Merc. 25 p

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10290464-5